

Preussische Allgemeine



Nr. 10 · 8. März 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Keine Wahl

Russland und die Welt vor einer weiteren Amtszeit Wladimir Putins Seite 3



Verbrechen Der Fall des Serienmörders Jack Unterweger Seite 11



Schiffahrt Wie 1921 aus U-Boot-Kreuzern zivile Tanker wurden Seite 18

VON RENÉ NEHRING

„TAURUS-GATE“

Die Offenbarung einer sicherheitspolitischen Unreife

Der Abhörskandal um vier deutsche Generäle ist größer als der Gesichtsverlust gegenüber den Russen und unseren westlichen Verbündeten

Diese Affäre ist nicht nur peinlich – sie birgt im Umfeld des Ukrainekriegs Zündstoff für eine fatale Eskalation. Nur wenige Tage, nachdem Bundeskanzler Olaf Scholz den Einsatz westlicher Truppen gegen Russland ausgeschlossen hatte (siehe PAZ 9/2024), enthüllte der russische Sender „RT“ den Mitschnitt einer Videokonferenz deutscher Luftwaffengeneräle, darunter der Chef der Luftwaffe, Inspekteur Ingo Gerhartz, in dem diese sich in lockerem Ton unter anderem über die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Lieferung des Marschflugkörpers „Taurus“ an die Ukraine sowie dessen mögliche Wirkung auf russische Ziele wie die Brücke von Kertsch unterhielten.

Während der Kanzler, dessen Worte hier von seinen eigenen Soldaten in aller Öffentlichkeit widerlegt wurden, umgehend von „einer sehr ersten Angelegenheit“ sprach und auch sein Verteidigungsminister Boris Pistorius ähnliche Worte wählte, nannten Politiker der Opposition Scholz ein „Sicherheitsrisiko“ und brachten umgehend einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ins Spiel.

Obwohl längst klar ist, dass es sich bei dem mitgeschnittenen Gespräch nicht um eine konkrete Planung handelt, sondern um die Erörterung von Einsatzszenarien, ist diese Affäre mehrfach brisant. So interpretierten die Russen das Telefonat umgehend als Beleg dafür, dass Deutschland mit seinen Verbündeten entgegen allen Versicherungen längst ein aktives Eingreifen in den Ukrainekrieg vorbereite. Ob sie dies selbst glauben, kann indes bezweifelt werden. Denn sollten die Russen tatsächlich der Meinung sein, eine Angriffs Vorbereitung enttarnt zu haben, würden sie ihrem Gegner wohl kaum zu erkennen geben, dass sie von seinen Plänen wissen. Hinzu kommt, dass die Generäle in ihrem Gespräch zu dem Ergebnis kommen, dass Deutschland das „Taurus“-System nicht

liefern kann, ohne sich aktiv an Kampfhandlungen gegen Russland zu beteiligen – womit sie im Grunde doch die Position des Kanzlers bekräftigen.

Mehr als heikel ist die Affäre auch mit Blick auf die Verbündeten Frankreich und Großbritannien. Diese zeigten sich irritiert bis erbost darüber, dass nun zum wiederholten Male – nach Andeutungen des Kanzlers in der Vorwoche in einem Pressetermin, wie Engländer und Franzosen die Ukrainer beim Einsatz der Marschflugkörper „Storm Shadow“ und „SCALP“ unterstützen – durch deutsche Verantwortungsträger in die Öffentlichkeit getragen wurde, dass ihre Militärhilfen für die Ukraine über die bloße Lieferung von Waffen hinausgehen. Es ist schwer vorstellbar, dass diese Erfahrung keinen Einfluss auf ihre Bereitschaft haben wird, künftig vertrauliche Informationen mit ihrem deutschen Verbündeten zu teilen.

Das eigentliche deutsche Problem

Die Leichtigkeit, mit der geheime Informationen in die Öffentlichkeit gelangen, ist auch für Deutschland ein Problem. Inzwischen bestätigte Verteidigungsminister Pistorius, dass die Russen die deutschen Generäle deshalb abhören konnten, weil einer von ihnen von Singapur aus über eine „offene Verbindung“ an dem Gespräch teilgenommen hatte. Doch warum spielen Spitzen der Luftwaffe überhaupt ein Szenario durch, dass die politische

Führung ausgeschlossen hat? Und warum tun sie das über ein Kommunikationssystem, das schon in deutlich weniger sensiblen Bereichen als nicht sicher gilt?

Und so wirft die in Medien „Taurus-Gate“ genannte Affäre wie so viele Krisen der letzten Jahre – etwa der NSA-Abhörskandal oder die lange Ignoranz gegenüber der Massenmigration nach Europa oder die Behandlung des Nord-Stream-Projekts als rein wirtschaftliche Angelegenheit, ohne die geopolitischen Folgen zu bedenken – wieder einmal die Frage auf, ob zumindest Teilen der deutschen Eliten noch immer nicht bewusst ist, welche gewachsene Bedeutung ihr Land seit der Vereinigung von 1990 in der Welt hat. Dabei erinnern kluge Köpfe wie der Politologe Herfried Münkler seit Jahren daran, dass die Bundesrepublik von heute – ob sie will oder nicht – als Zentralmacht in der Mitte Europas dazu bestimmt ist, diesen Kontinent zusammenzuhalten.

Obwohl kein geringerer als der Kanzler beim Ausbruch des Ukrainekriegs eine „Zeitenwende“ ausrief, sucht man bis heute vergebens nach einer Debattenkultur, in der die Herausforderungen an unser Land umfassend diskutiert werden. Dabei verlangt allein der von Münkler und manchem Historiker schon vor über zehn Jahren, im Vorfeld des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, gegebene Hinweis, dass sich die Bundesrepublik von heute in einer ähnlichen geopolitischen Lage befin-

det wie das Kaiserreich vor 1914, bereits nach einem breiten Bewusstseinswandel.

Doch woher soll dieser Wandel kommen? Dass es an deutschen Hochschulen 173 Lehrstühle für Genderforschung gibt, während lediglich 61 Hochschulen einen Studiengang im Fach Internationale Beziehungen anbieten, zeigt, wo hierzulande die Schwerpunkte liegen. Und während sich die USA, Großbritannien und Russland zahllose Thinktanks leisten, die regelmäßig sicherheitspolitische Aspekte in die allgemeinen Debatten tragen, stehen deutsche Denkfabriken wie die Stiftung Wissenschaft und Politik oder die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik allenfalls am Rande der Debattenlandschaft. Dass zudem Spitzenpositionen zuständiger Behörden wie des Bundesnachrichtendienstes und des Militärischen Abschirmdienstes mit Beamten besetzt werden, die keine einschlägige Berufserfahrung haben, passt da nur zu gut ins Bild.

Und so wird deutlich, dass Deutschlands Problem ungleich größer ist als eine fragwürdige Videokonferenz einiger tratschender Generäle. Und dass die vom Kanzler diagnostizierte Zeitenwende weit mehr verlangt als die Verbesserung der Ausstattung der Bundeswehr. Noch vor der materiellen Aufrüstung braucht Deutschland ein Bewusstsein für seine gewachsene Verantwortung in der Welt – und für die konzeptionellen Grundlagen, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Bei der Europawahl im Juni rechnen Demoskopien mit einem Rechtsruck Seite 4

Kultur
„Strike Germany“ – warum Künstler zu einem Boykott Deutschlands aufrufen Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Auch in Allenstein ziehen die Bauern für ihre Interessen auf die Straße Seite 13

Lebensstil
Jagdscheine auf Rekordniveau – der weite Weg zum „Grünen Abitur“ Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Militärische Altlasten Wo für den Krieg entwickelt wurde, muss aufwendig saniert werden.
Viele deutsche Truppenübungsgebiete sind verseucht mit Giften aus der kriegerischen Vergangenheit

Der Tod lauert in der Erde

Eine Jahrhundertaufgabe – Seit zum Teil über 100 Jahren vergiftete Böden von Truppenübungsplätzen müssen aufbereitet werden

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Seit bald 130 Jahren nutzt das deutsche Militär eigene Truppenübungsplätze, um im Manöver das Zusammenspiel verschiedener Truppenteile zu üben. Das älteste dieser militärisch gesicherten Areale ist Altengrabow im Jerichower Land. Der aktuell europaweit wichtigste ist der NATO-Truppenübungsplatz Bergen in der Lüneburger Heide, denn es ist der einzige Platz dieser Art, auf dem das westliche Militärbündnis in Bataillonsstärke scharf üben kann. Derartige Militärareale haben aber auch eine Schattenseite, die vor allem unterirdisch Folgen nach sich zieht. Neben neueren Blindgängern der Artillerie kommen vergrabene Munitionsreste aus früheren Tagen hinzu.

Aus der Zeit der beiden Weltkriege und des Kalten Krieges waren es bis 2020 rund 2500 Liegenschaften, auf denen über 15.000 Kontaminations-Verdachtsflächen erfasst worden sind. Von diesen wurden bis dahin 6000 Flächen untersucht und 1000 als tatsächlich kontaminiert festgestellt und saniert. Dafür hat der Bund 495 Millionen Euro aufgewendet.

Ab 1995 wurden beispielsweise im hessischen Stadtallendorf auf den Arealen zweier ehemaliger TNT-Produktionsfirmen Boden und Grundwasser saniert. Im Zweiten Weltkrieg befanden sich hier die wichtigsten Sprengstoffproduktionsanlagen des Reichs. Hier produzierten die Dynamit AG (DAG) und die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff AG (Wasag).

Gifte im „Dethlinger Teich“

Nach dem Krieg wurden hier bis 1948 zudem 17.000 Tonnen Munition zerlegt und gesprengt. Die Kernarbeiten der Sanierungsmaßnahmen sind zwar abgeschlossen, doch das Grundwasser wird wohl noch über Jahre unter Beobachtung stehen und weiterhin eine Sanierungsanlage durchlaufen. Noch völlig offen ist die Frage nach dem Umfang des Sanierungsbedarfs der ehemaligen sowjetischen Militärfelder in Brandenburg. Öffentlich bekannt sind solche Projekte kaum.

Das mit Abstand aufwendigste und teuerste Sanierungsprojekt findet derzeit

allerdings im niedersächsischen Heidekreis unweit des Bundeswehrstandorts Munster statt. Der dortige „Dethlinger Teich“, eine Kieselgur-Grube mit einem Durchmesser von etwa 60 Metern und einer Tiefe von rund neun Metern, enthält kein Wasser mehr. Zwischen 1945 und 1952 wurde der Teich genutzt, um unverhüllte Kampfstoffe, 100.000 Zündkapseln, zirka 30.000 Kampfstoffgranaten, bis zu 300 Phosgenbomben, 300 Fässer Flüssig-Phosgen und 100 Fässer Lost darin zu versenken. Lose sind die nach den Chemikern Wilhelm Lommel und Wilhelm Steinkopf benannten Stoffverbindungen, aus denen chemische Waffen wie Senfgas hergestellt werden können.

Da eine Dokumentation dieser Entsorgungsarbeiten allerdings nicht existiert und die Daten nur durch Zeugenaussagen beteiligter Arbeitskräfte gesammelt wurden, sind die Zahlen nur als vage Schätzungen zu klassifizieren.

Der Dethlinger Teich wird nun seit 2019 saniert, nachdem die „Böhme-Zeitung“ als Lokalzeitung der Region, das Thema öffentlich gemacht hat. Die Kosten für das mehrere Jahre andauernde Mammutprojekt werden sich auf wenigstens 62 Millionen Euro, im schlimmsten Fall aber auf 80 Millionen Euro belaufen. Das zumindest schätzte zuletzt Heidekreis-Landrat Jens Grote. Ein gewaltiger Betrag für die überschaubar kleine – wenn auch hochgefährliche – Fläche.

In Klingbeils Wahlrevier

Die gewaltigen Kosten hängen vor allem mit den modernen Sicherheitsstandards zusammen, die an das Projekt angelegt worden sind. Die erste zentrale Maßnahme war die Einrichtung einer Wasserpumpstation mit integrierter Sanierungsanlage, die mindestens bis 2027 das Grundwasser reinigen soll. Die Anlage läuft durchgehend 365 Tage im Jahr.

Um den Teich überhaupt ausheben zu können, musste das Areal von einer 40 Meter in den Boden tief eingerammten Spundwand umgeben werden, damit kein Grundwasser in den Teich nachsickert. Inzwischen ist der Teich mit einer eigens angefertigten Schutzhalle überbaut, die in etwa die Ausmaße der Breslauer Jahrhunderthalle hat: 97 mal 106 Meter – das Dach freitragend. Der für das Projekt verantwortliche Heidekreis hat zudem gepanzerte und mit eigener Sauerstoffversorgung versehene Baugeräte wie Bagger und Laster anfertigen lassen.

Ein umfangreiches Schutzkonzept unter Einbindung aller für die Sicherheit von Wasser, Boden, Luft und Mensch relevanten Behörden und Einrichtungen steht hinter dem spektakulären Projekt, das vor allem mit Bundesmitteln finanziert worden ist, nachdem die „Böhme-Zeitung“ jahrelang zu dem Gifttümpel berichtet hatte. Hinzu kommt: Die Fläche

liegt im Wahlbezirk des einflussreichen Bundestagsabgeordneten und SPD-Parteichefs Lars Klingbeil.

Weitaus größflächiger als der Dethlinger Teich sind indessen die kontaminierten Flächen auf dem Truppenübungsplatz Munster-Nord, wo sich zwischen 1916 und 1919 der Gasplatz Breloh und zwischen 1935 und 1945 die Heeres-Versuchsstelle Munster-Nord befunden haben. Hier wurden während des Ersten Weltkriegs für den Gaskrieg die hochgiftigen chemischen Kampfstoffe entwickelt und erprobt. Jedes vierte Kampfmittel kam aus Breloh. Nach 1945 wurden hier immer wieder willkürlich und aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar Granaten und Kampfstoffe wie Lost durch Sprengen, Vergraben und Versickern entsorgt.

Sanierung bis Sankt Nimmerlein

Seit 1999 hält eine Grundwassersanierungsanlage die Gifte, die auch das Trinkwasser der Region bedrohen, in Schach. Die gewaltige Anlage kann bis zu 1,7 Millionen Kubikmeter Wasser per anno reinigen. Bis 2022 hat sie 7,2 Tonnen Arsen, 7,8 Tonnen Lost-Kampfstoffe und mehr als zwei Tonnen andere Gifte aus dem Wasser filtriert.

Seit 2007 werden zudem die Bodenflächen sukzessive saniert. Die gesperrten Areale werden Zentimeter um Zentimeter mit Sonden abgesucht. Auf den Flächen befinden sich Blindgänger nicht nur der Wehrmacht, sondern auch der Bundeswehr. Erst im vergangenen Herbst detonierte bei den Sanierungsarbeiten eine Nebelgranate aus Wehrmachtsbeständen.

Um die Dimension der Sanierung zu verdeutlichen: Zurzeit müssen noch rund 1400 Hektar saniert werden. 268 Hektar wurden bereits saniert und dabei 11,4 Tonnen Arsen und andere Giftstoffe beseitigt. Da auf dem Truppenübungsplatz weiterhin geübt wird, müssen die gefährlichen Arbeiten mit den Schießübungen der Truppe koordiniert werden.

Die Dauer der Arbeiten ist unbekannt. Ein mit der Koordinierung der Arbeiten befasster junger Unteroffizier gibt allerdings an, dass er auf diesen Flächen seinen Ruhestand erleben und die Aufgaben weiterreichen werde.



Sarkophag der Lüneburger Heide: Eine riesige Halle umhüllt den mit Kampfstoffgiften kontaminierten „Dethlinger Teich“

UMWELTKATASTROPHE

Das Inferno am Gasplatz Breloh 1919

Schauplatz Munster – Als Millionen Granaten, Minen und ganze Waggons von Kampfstoffen auf einen Schlag explodierten

Ein für die Örtzstadt Munster bis heute sehr bedeutendes Ereignis der unmittelbaren Nachkriegszeit ist die Katastrophe vom 24. Oktober 1919. An jenem Tag bebte morgens um 9.40 Uhr im ganzen Landkreis Soltau die Erde. Eine infernalische Explosion beendete die Arbeiten in der Klopferwerkstatt des Breloher Gasplatzes für immer. 1000 Tonnen Kampfgas, rund eine Million Gasgranaten, eine Million Zünder und Kartuschen sowie 230.000 Minen und 40 Kesselwaggons mit unverfüllten Kampfstoffen flogen in einem wahrhaften Explosionsinferno in die Luft. Munitionsreste und Gesteinsbrocken gingen kilometerweit nieder.

Wo zuvor 48 Gebäude der Grün- und Gelbkreuzwerke standen, in denen gerade noch Kampfstoffe zur Vernichtung vorbereitet wurden, blieb allein noch ein

Schornstein und ein Nebengebäude stehen – der Rest war eine vergiftete Wüste. Die Zahl der Todesopfer ist bis heute nicht bekannt.

Allerdings arbeiteten auf dem sogenannten Gasplatz Breloh bereits im Kriegs-Januar 1916 auf etwa 6500 Hektar rund 6000 Mann. Wo zuvor Kampfstoffmunition für den verheerenden Gaskrieg hergestellt worden waren, wurden die Kampfstoffe und -mittel nach dem Krieg zur Vernichtung gesammelt. Die bis dahin größte Einrichtung zur Herstellung und Erprobung von Kampfstoffen war 1919 der reichsweit bedeutendste Platz zur Vernichtung von Restbeständen an Munition.

Ein Teil der giftigen Gaskampfstoffe sollte unter anderem in der Nord- und Ostsee versenkt werden. Die Explosion vom 24. Oktober 1919 beendete diese Ar-

beiten allerdings auf einen Schlag. Nach der Explosion blieben die Gase buchstäblich in der Luft hängen. An jenem Tag lag Norddeutschland am Südrand eines skandinavischen Hochdruckgebiets in einer schwachen südöstlichen Luftströmung. Der Spätherbsttag wies laut den Datenbanken des Deutschen Wetterdienstes Temperaturen zwischen zwei und fünf Grad Celsius auf.

Umweltschaden bis heute spürbar

Die Giftgase drifteten vor diesem Hintergrund leicht in westliche Richtung ab. „Wegen der freiwerdenden Gase mussten Töpingen, Elster, Breloh und Alvern geräumt werden. Die Bevölkerung samt Vieh flüchtete nach Munster“, berichtete die „Böhme-Zeitung“. Die Tageszeitung wollte umfangreich zu der Katastrophe

„Wegen der freiwerdenden Gase mussten Töpingen, Elster, Breloh und Alvern geräumt werden. Die Bevölkerung samt Vieh flüchtete nach Munster“

Die „Böhme-Zeitung“ über die Katastrophe vom 24. Oktober 1919 in Munster

berichten, doch erfuhren die Leser im Nachgang der Katastrophe über den ersten Artikel hinaus nichts mehr über die Ursachen und Folgen der Explosion. Um das tödliche Inferno hatte sich der Mantel des Schweigens der militärischen Geheimhaltung gelegt.

Die Zivilbevölkerung konnte zwar Schäden beim Landrat anmelden, doch der Umweltschaden ist bis heute, mehr als 100 Jahre nach dem Ereignis, präsent. Das auf dem damaligen Gasplatz heute angesiedelte Entsorgungsunternehmen Geka vernichtet jährlich rund 5000 Tonnen kontaminierten Erdboden. Um das Betriebsgelände herum sind die meisten Flächen weiterhin bis heute hochgradig belastet, Schilder verbieten selbst militärisch Befugten ohne Schutzmaßnahmen das Betreten der Flächen. BK

Die Welt im Banne Putins

In wenigen Tagen sind die Russen dazu aufgerufen, ihrem Präsidenten eine weitere Amtszeit zu ermöglichen. Obwohl von einer demokratischen Wahl keine Rede sein kann, kommt die Welt auch in Zukunft nicht an ihm vorbei

VON ALEXANDER RAHR

Es herrscht absolut kein Zweifel daran, dass Wladimir Putin in wenigen Tagen zum fünften Mal zum Präsidenten der Russischen Föderation gewählt werden wird. Aller Voraussicht nach wird er dann bis zum Jahre 2030 herrschen – und die Welt in Atem halten. Er wird, wenn seine Amtszeit endet, 78 Jahre alt sein – so alt wie Joe Biden, als dieser vor vier Jahren zum US-Präsidenten gewählt wurde. Der älteste russische Herrscher aller Zeiten war Leonid Breschnew, ihn wird Putin altersmäßig überholen. Übertreffen wird er auch Stalins Herrschaftsperiode von 29 Jahren. Übrigens erlaubt die überholte Verfassung Putin, 2030 erneut für sechs Jahre anzutreten. So wie es aussieht, bekommt der Westen Putin nicht los – und er wird noch viele westliche Staatschefs überdauern.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie Boris Jelzin mit nur 69 Jahren krankheitsgeschwächt aus dem Amt schied, ist Putin äußerlich fit für seine Amtsgeschäfte. Ein Nachfolger ist weit und breit nicht zu sehen, obwohl nicht auszuschließen ist, dass Putin bereits einen jüngeren Gouverneur oder Minister als Erben im Auge hat. Die von jahrelangen Instabilitäten vor und nach 1989/91 geplagten Russen sehen in Putin einen Garanten für den Zusammenhalt und Stärke Russlands. Sein Ansehen ist im Volk sehr hoch, die gesamte Politik ist auf ihn fixiert.

Eine Wahl im Schatten des Krieges

Der Kremlchef hat es geschafft, den Großteil seiner Bevölkerung im Ukrainekrieg, den er eigentlich als Blitzkrieg schnell gewinnen wollte, davon zu überzeugen, dass es im Konflikt um die Existenz Russlands gehe. Der Westen habe Russland durch die NATO-Ausdehnung bis an die Grenzen Russlands herausgefordert. Russland hätte keine andere Wahl gehabt, als militärisch einzugreifen, um russische Sicherheitsinteressen zu wahren. Putin vermittelt den Russen erfolgreich das Narrativ von der Befreiung historischer russischer Territorien, die niemals zur Ukraine gehört hätten. Dass Russland damit die europäische Sicherheitsordnung, die sich nach dem Kalten Krieg in Europa manifestiert hat, zerstört, und dass er den Zerfall der Sowjetunion dem Westen ankreidet, wird in Russland nicht in Frage gestellt. Dieses Narrativ könnte die Diplomatie Russlands der zweiten Hälfte der 2020er Jahre entscheidend prägen. Diejenigen Stimmen im Westen, die in den Tagen des Zerfalls der Sowjetunion darüber sinnierten, dass Russland sich langfristig mit dem Verlust seines Imperiums nicht abfinden würde, scheinen recht gehabt zu haben.

Putin hat seinem Volk seinen Personenkult aufgesetzt, obwohl es vielmehr die Herrschaftselite war, die – ausgehend von eigenen Machtinteressen – den einst schüchtern wirkenden KGB-Funktionär zu einem allmächtigen Zaren geformt hat. Putins Wille, nicht die Verfassung, besitzt heute in Russland das letzte Wort. Niemand anderer ist in Russland für diese Frage zuständig. Das Parlament ist gleichgeschaltet, die Medien bedienen den Staat, Oppositionsparteien existieren nicht, Justiz und Kirche sind nicht unabhängig. Ob Russland irgendwann einmal wieder in eine Reform- und Demokratisierungsphase eintreten kann, ist aus heutiger Sicht äußerst ungewiss, auch wenn manche im Westen dies ganz anders sehen mögen.

Es ist in der Tat schwer zu verstehen, warum den Russen, die über Generationen hinweg in autoritären Systemen lebten, Werte wie Demokratie und Menschenrechte unwichtig und ein starkes Russland wichtig ist. Natürlich gibt es im Land auch eine kritische Zivilgesellschaft. Sie zeigte sich bei der Beredung des Oppositionellen Alexej Nawal-



Eine Wahl ohne Alternativen: Russlands Präsident Wladimir Putin im Wahlkampf 2024. Dass jemand anderes gewinnt als er, gilt gemeinhin als ausgeschlossen
Foto: imago/TAR-TASS

nyj, als Tausende sich trotz Verbots an Trauermärschen beteiligten. Aber die liberale proeuropäische Minderheit ist marginal, findet kaum die Möglichkeit, sich zu organisieren oder sich politisch zu artikulieren. Das wird sich unter Putin auch nicht ändern.

Ankündigung eines Elitenwechsels

Putin muss bei den Präsidentschaftswahlen keine Widersacher fürchten. Die sogenannten Gegenkandidaten kommen ausschließlich aus kreml-treuen Parteien, wie den Kommunisten. Putin selbst muss noch nicht einmal Wahlkampf betreiben, sich mit den anderen Kandidaten in Talkshows setzen. Wahlkampf zu machen ist unter seiner Würde, seine Botschaft hat er in seiner Rede vor der Föderalen Versammlung Ende Februar an die Bevölkerung geschickt. Putin versprach, Milliardensummen in das nationale Sozialwesen, in Bildung, in Infrastruktur und in Gesundheit zu investieren. Finanzieren kann er die neuen nationalen Projekte nicht ausschließlich durch Rohstoffverkäufe. Deshalb hat er zum ersten Mal Steuererhöhungen für Besserverdienende angekündigt. Die Zeiten, in denen jeder Bürger – egal ob arm oder reich – mit einem niedrigen Steuersatz von 13 Prozent belastet wurde, sind vorbei.

Putin will das Steuersystem sozial gerechter gestalten, und Entsetzten breitet sich auf den Gesichtern der Oligarchen aus, als er einen Elitenwechsel ankündigte. Diejenigen, die sich bislang bereichert hätten, müssten Platz machen für eine patriotische Elite, die künftig aus Personen bestehen soll, die sich in der „Militärischen Spezialoperation“ in der Ukraine ausgezeichnet haben. Die Oligarchen sitzen in der Falle, sie können aufgrund westlicher Sanktionen ihr Kapital nicht mehr in „Off-shore“-Oasen in Sicherheit parken.

In diesem Jahr finden in über zwei Dritteln aller Staaten der Erde Wahlen statt. Ent-

scheidend werden die US-Wahlen sein. Sollte Donald Trump gewinnen, hätte es die Welt mit einem gänzlich anderen Amerika zu tun. Putin würde ein Sieg Trumps entgegenkommen, denn mit ihm könnte er einen Deal zur Beendigung des Ukrainekriegs abschließen. Für Trump ist es wichtiger, einen russisch-chinesischen Militärblock zu verhindern, als die Ukraine zu retten.

Putin wird auch deshalb wiedergewählt werden, weil die russische Wirtschaft trotz Sanktionsdrucks floriert. Der Präsident hat die Volkswirtschaft des Landes auf Kriegswirtschaft umgestellt. Der Westen wird für eine ähnliche Umstellung mindestens zwei Jahre benötigen. Putin hatte sich auf den Krieg vorbereitet, enorme Währungsreserven angehäuft, die jetzt verbraucht werden. In Russland steigen die Löhne, es gibt keine Arbeitslosigkeit; Waren, die zuvor im Ausland gekauft wurden, werden jetzt zuhause produziert. Frontsoldaten und ihre Familien erhalten einen hohen Lohn, was sich auf die allgemeine Kaufkraft in der Bevölkerung auswirkt. Westliche Waren, die nicht in Russland produziert werden können, wie Hochtechnologie, werden aus den Ländern Asiens importiert. China, Indien, Südafrika, Iran – sie beteiligen sich nicht an den westlichen Sanktionen.

Und so zahlt sich Putins Strategie, durch den Ukrainekrieg den Wandel der Welt zu einer multipolaren Ordnung zu beschleunigen, für ihn aus. Er wird diesen Wandel in seiner künftigen Amtsperiode weiter forcieren – und der Westen sollte sich darauf einstellen.

Umdenken des Westens notwendig

Entgegen anderslautenden Aussagen wird der Westen nicht umhinkommen, letztendlich mit dem geächteten Putin den Frieden in der Ukraine und eine neue Sicherheitsarchitektur für den europäischen Kontinent aus-

zuhandeln. Das wird Monate, wenn nicht Jahre in Anspruch nehmen. Man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass Russland in der Ukraine nicht gewinnen, aber auch nicht verlieren wird. Am Ende wird Russland vermutlich 15 Prozent des ukrainischen Territoriums und 40 Prozent der Rohstoffe des Nachbarlandes besitzen. Die Ukraine wird dafür vom Westen mit der Mitgliedschaft in der EU und einem Beistandspakt mit Großbritannien und anderen EU-Staaten kompensiert.

Deutschland wird als Partner Russlands ausfallen – für viele Jahre. Berlin hat die „Zeitenwende“ vollzogen. Anstatt weiterhin die Rolle des russischen Anwalts im Westen zu übernehmen, positioniert sich Deutschland nun als Anführer der Abschreckungspolitik gegenüber Moskau. Darauf zu hoffen, dass Putin gestürzt oder durch eine andere Person ersetzt wird, ist eine Illusion. Gleichwohl hat Putin bislang keines seiner Ziele erreicht, weder den Sturz der ukrainischen Regierung noch eine Demilitarisierung der Ukraine. Und so erleben wir eine zerstörerische Materialschlacht, in der beide Seiten die Abnutzung des jeweiligen Gegners erwarten.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hofft weiter auf „Wunderwaffen“ aus dem Westen, wie den „Taurus“, den Deutschland aber verweigert. Putin setzt dagegen auf eine Kapitulation der ukrainischen Truppen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt will niemand im Westen eine Friedensregelung auf Kosten von Gebietsverlusten der Ukraine, denn das käme auch einer Niederlage des Westens und der NATO gleich. Und so läuft der Krieg einseitig ohne Rücksicht auf die vielen Opfer weiter, bis eine der Kriegsparteien ausblutet.

Das Verhältnis zu Deutschland

Putin wird nicht entgangen sein, dass sein ehemaliger Lieblingspartner Deutschland inzwischen die Führungsrolle bei der militärischen und finanziellen Unterstützung Kiews innehat. Deutschland übernimmt jetzt aber auch die Rolle des Anführers des Westens im künftigen Kampf gegen Russland in Europa, wohlwissend, dass die USA diese Führungsrolle nicht mehr spielen wollen.

Gerade weil Putin für die nächsten Jahre der entscheidende Ansprechpartner in Russland bleibt, wäre der deutschen Außenpolitik anzuraten, gegenüber Russland „realistisch“ zu sein und nicht ausschließlich auf eine Totrüstung und Abschreckung Russlands zu setzen. Früher oder später wird der Westen wieder Abrüstungsgespräche und Verhandlungen für eine Koexistenz mit Putins Russland führen müssen. Zudem wird Berlin zum wichtigsten Mentor beim Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft und der Garant für die künftige Stabilität in der Ukraine.

Soll der Westen mit einem möglichen russischen Angriff auf die EU beziehungsweise die NATO rechnen? Das würde unweigerlich einen Atomkrieg auslösen. Putins Ziel ist es nicht, die untergegangene Sowjetunion wiederherzustellen, sondern die Begründung einer slawischen Union, bestehend aus den historischen Kerngebieten Russland-Weißrussland-Ostukraine. Der Westen wird alles dran setzen wollen, um das zu verhindern.

● **Alexander Rahr** war von 1982 bis 1994 Analytiker für Radio Liberty und die Denkfabrik Rand Corporation sowie bis 2012 Programmleiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik für Osteuropa und Zentralasien. Er war Mitglied im Lenkungsausschuss des Petersburger Dialogs und Forschungsdirektor des Deutsch-Russischen Forums. Er ist Vorsitzender der Eurasien-Gesellschaft sowie Berater für diverse deutsche und russische Firmen. Rahr ist Autor mehrerer Bücher über Russland, u.a. einer Biographie über Wladimir Putin, den er im Laufe der Jahre mehrfach persönlich getroffen hat.
www.eurasien-gesellschaft.org

Gerade weil Putin für die nächsten Jahre der entscheidende Ansprechpartner in Russland bleibt, wäre der deutschen Außenpolitik anzuraten, „realistisch“ zu sein und nicht ausschließlich auf eine Totrüstung und Abschreckung Russlands zu setzen

MELDUNGEN

Musliminnen in Frauenhäusern

Berlin – Von den 6444 Frauen, die vergangenes Jahr in Deutschlands Frauenhäusern Schutz gesucht haben, um ihren gewalttätigen Partnern oder Familienmitgliedern zu entkommen, waren nur 2007 gebürtige Deutsche. Das geht aus einem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für 2023 hervor. Von dem Immigrantinnenanteil von 69 Prozent stammten 14 Prozent aus Syrien, 7,3 Prozent aus der Türkei, 6,9 Prozent aus Afghanistan, 5,3 Prozent aus dem Irak, 3,9 Prozent aus Marokko und 3,2 Prozent aus dem Iran. Auf diese sechs islamisch geprägten Länder konzentriert sich das Phänomen der häuslichen Gewalt gegen Frauen. Und die Konzentration nimmt zu, wie die bundesweite Statistik des Vereins Frauenhauskoordinierung (FHK) mitteilte. Hingegen gab es bei den deutschen Frauen einen Rückgang um etwa drei Prozent gegenüber dem Vorjahr. W.K.

Einheitswippe vor dem Aus?

Berlin – Nach jahrelangen Verzögerungen beim Bau des sogenannten Einheitsdenkmals auf dem Berliner Schlossplatz ist in der Schlussphase des Projekts ein neues Problem aufge-taucht. Bereits im Dezember 2023 hatte die für die Umsetzung des Denkmals zuständige Agentur „Milla & Partner“ dem westfälischen Stahlbauunternehmen gekündigt, das mit der Fertigung der 120 Tonnen schweren Denkmalkonstruktion beauftragt worden war. Im Februar meldete das Stahlbauunternehmen zudem Insolvenz an. Die 50 mal 18 Meter große Denkmalkonstruktion ist bislang jedoch nur zu 85 Prozent fertiggestellt. Nach Darstellung des Stahlbauunternehmens stehen ihm für Mehrarbeiten, die über den ursprünglichen Vertragsrahmen hinausgegangen sind, noch Zahlungen im sechsstelligen Bereich zu. Das Unternehmen erklärte zudem, dass ihm im vergangenen Jahr permanent Änderungswünsche an der Stahlkonstruktion mitgeteilt worden seien. H.M.

Viele Ärzte resignieren

Berlin – Bei einer Sitzung des Petitionsausschusses räumte Gesundheitsminister Karl Lauterbach Fehler bei der Reform des Gesundheitswesens ein. So stelle die Digitalisierung eine Mehrbelastung für die Ärzte dar, die Beibehaltung der Budgetierung und der Arzneimittelregresse sowie der Rückgang der Medizinstudienplätze werde dazu führen, dass der Ärztemangel zunehme, und zwar nicht nur bei den niedergelassenen Hausärzten, sondern auch in fast allen Facharztgruppen. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, kritisierte, dass das ambulante System seit Jahren kaputtgespart werde. Der Bürokratieaufwand wachse ständig, und es fehle an Personal. Immer mehr Ärzte, Psychotherapeuten und Helfer resignierten und flüchteten aus dem System. Gassen fordert Maßnahmen wie die im Koalitionsvertrag vereinbarte Entbudgetierung innerhalb von Wochen und nicht erst in einigen Jahren. MRK



Gallionsfiguren und Hoffnungsträgerinnen der beiden rechten Fraktionen im EU-Parlament, EKR und ID: Meloni und Le Pen (v.L.)

EUROPAWAHL

Rechtsruck erwartet

Jeder vierte Sitz könnte an eine rechtsgerichtete und EU-kritische Partei gehen

VON ROBERT MÜHLBAUER

Bei den Wahlen zum Europaparlament in zwei Monaten zeichnen sich laut Umfragen starke Gewinne der rechtsgerichteten und EU-kritischen Parteien ab. Die tonangebende Linke zittert deshalb schon. Grünen und Sozialdemokraten drohen bei den Wahlen vom 6. bis 9. Juni herbe Verluste.

Von einer „scharfen Wende nach rechts“ spricht ein Report der einflussreichen Denkfabrik European Council on Foreign Relations (ECFR). Nach ihrer Analyse könnten sogenannte rechtspopulistische und „anti-europäische“ Parteien, wie die Autoren schreiben, in neun Ländern stärkste Kraft werden, nämlich in Frankreich, Italien, Österreich, Belgien, den Niederlanden, Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei. In neun weiteren Ländern würden rechte Parteien auf dem zweiten Platz landen, etwa in der Bundesrepublik die AfD, oder auf dem dritten

Platz, etwa in Spanien Vox (Stimme) und in Portugal Chega (Es reicht).

Das kommende Europaparlament wird rechter sein als bisher. Sogenannte Rechtspopulisten könnten fast ein Viertel der Sitze erhalten. Laut der ECFR-Berechnung wird „fast die Hälfte der Sitze an Europaabgeordneten gehen jenseits der ‚super-großen Koalition‘ der drei zentristischen Gruppen“. Dies sind die Christdemokraten (EVP-Fraktion), Sozialdemokraten (S&D-Fraktion) und die Liberalen (Renew-Fraktion).

Allerdings sind die sogenannten rechtspopulistischen oder rechtskonservativen Parteien in zwei Fraktionen, Identität und Demokratie (ID) sowie Europäische Konservative und Reformen (EKR), gespalten. Zusammen könnten sie mehr Sitze als die Europäische Volkspartei (EVP) bekommen, zu der die deutsche CDU/CSU gehört. Wenn die Grünen und Sozialdemokraten dezimiert werden, könnte das EU-Parlament die teure Klimapolitik des Green Deal abschwächen. Die

se hat bislang die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Spitzenkandidatin der EVP, vorangetrieben.

„Scharfe Wende nach rechts“

In Deutschland drohen besonders den Grünen Verluste. Laut einer Insa-Umfrage von Mitte Februar könnten die Grünen, die 2019 noch auf 20 Prozent der Stimmen sprangen, diesmal auf 10,5 Prozent abstürzen. Die FDP mit Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann soll statt 5,5 Prozent nur noch drei Prozent bekommen. Die SPD könnte bei 16 Prozent stagnieren, das Bündnis Sahra Wagenknecht auf 5,5 Prozent kommen. Vorne liegt die CDU/CSU mit 27 Prozent, etwas schwächer als vor fünf Jahren. Die größten Zugewinne werden der AfD zugetraut. Laut Insa-Umfrage soll sie ihr Ergebnis auf 22 Prozent verdoppeln. Die österreichische Schwesterpartei FPÖ liegt seit Monaten stabil vorne. Der Freiheitlichen Partei Österreichs werden nach der neuesten Market-Umfrage 27 Prozent zugetraut.

DEUTSCHE BISCHOFSKONFERENZ

Rückendeckung für AfD vom Vatikan?

Anders als gegen die Alternative für Deutschland wettet der Klerus nicht gegen die Brüder Italiens

Schon im Vorfeld der viertägigen Vollversammlung der deutschen Bischöfe in Augsburg hatte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), der Limburger Bischof Georg Bätzing, die laufenden Proteste gegen die Alternative für Deutschland als ein „einmütiges Signal gegen Extremismus“ bezeichnet. „Die Gefährdung eines völkisch-nationalistischen und rechtsextremen Denkens gibt es leider Gottes auch unter Katholiken“, beklagte er. Und die Bischöfe von Berlin, Hamburg, Magdeburg, Erfurt, Görlitz und Dresden-Meißen hatten Mitte Januar vor der Wahl der AfD gewarnt und diese im Bundestag und fast allen Landtagen vertretene Partei mit Parteien wie „Die Heimat“ (ehemals NPD) und „Der Dritte Weg“, die fast nirgendwo Mandatsträger haben, gleichgesetzt.

Vor diesem Hintergrund hat die DBK bei ihrer Frühjahrsversammlung in Augsburg die Mitgliedschaft in der AfD als unvereinbar mit Ämtern einschließlich Ehrenämtern in der katholischen Kirche erklärt. Die Inhalte der Partei, die auf völkisch subsumiert wurden, seien, weil sie vom Verfassungsschutz so festgestellt worden seien, inkompatibel mit den Werten der Kirche, sagte der Vorsitzende der DBK. Die kirchenpolitische Sprecherin der AfD, die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst, hat hierraufhin angekündigt, das Papier der deutschen Bischöfe in Rom prüfen zu lassen.

Hätte Bätzing am 27. Januar seinem nach Frankfurt zum Karlsamt eingeladenen Gast, dem italienischen Bischof der Diözese von Albano Vincenzo Viva, zugehört, dann hätte er aus Italien ganz

andere Töne der dortigen Bischöfe zu ihrer Regierungschefin Giorgia Meloni hören können.

Während Meloni in Deutschland immer noch als „Neofaschistin“ betitelt und bezeichnet wird, warnte Viva, in dessen Diözese sich der Sommersitz der Päpste Castel Gandolfo befindet und der inoffiziellen sehr enge Kontakte zum Vatikan hat, vor dieser Bezeichnung bei einem Gespräch im Frankfurter „Haus am Dom“, bei dem sich Bätzing durch seinen Weihbischof vertreten ließ. Der in Frankfurt als Sohn von Gastarbeitern geborene und aufgewachsene Bischof von Albano bezeichnete die Politik von Meloni zwar als konservativ, aber keineswegs als faschistisch. Die Kirche arbeite gut mit dieser Ministerpräsidentin zusammen. Irgendwie konnte man in seinen Ausführungen

In Frankreich, dem zweitgrößten EU-Land, führt klar die Le-Pen-Partei Rassemblement National. Dem RN unter seinem jungen Spitzenkandidaten Jordan Bardella werden mehr als 30 Prozent in der Europawahl zugetraut, fast zehn Prozentpunkte Vorsprung zum Parteienbündnis von Staatspräsident Emmanuel Macron. Vor Kurzem gelang dem RN ein politischer Coup, als die Partei den früheren Chef der EU-Grenzschutzbehörde Frontex, Fabrice Leggeri, als Kandidaten gewann. Der Frontex-Chef war 2022 im Streit um sogenannte Pushbacks im Mittelmeer zum Rücktritt gezwungen worden. Leggeri sagt, er wolle nun als Europapolitiker „gegen die Migrationsüberflutung kämpfen“ (siehe PAZ vom 1. März).

EKR oder ID?

In Italien liegt die regierende Partei „Brüder Italiens“ (Fratelli d'Italia, FdI) von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni laut Umfragen stabil vorne. Sie kann auf 28 Prozent der Stimmen hoffen. Auf die mitregierenden Lega entfallen neun Prozent, auf Forza Italia sieben Prozent. In den Niederlanden kämpft der Islam-Kritiker Geert Wilders noch immer um eine Regierungsbildung. Bei der Europawahl wird seine Partei führend sein. Ungarns Rechtspartei Fidesz dürfte abermals über 50 Prozent erhalten, obwohl mehrere Skandale und Rücktritte sie zuletzt geschwächt haben und die Zustimmungswerte daher rückläufig sind. Die in Polen abgewählte Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) dürfte laut Umfragen mehr als 30 Prozent bekommen, doch geht ihr Einfluss in der rechtskonservativen EKR-Fraktion zurück.

Unklar ist noch, wer nach der Wahl die stärkste Fraktion auf der Rechten bilden wird: EKR oder ID. Beide kommen laut Projektionen von „Politico“ künftig auf mehr als 80 der insgesamt 720 Mandate im neuen Europaparlament. In der ID-Fraktion sitzen die AfD und der RN, deren Zusammenarbeit dort ganz gut klappen soll, auch wenn es zwischen der Pariser Fraktionsvorsitzenden Marine Le Pen und AfD-Chefin Alice Weidel jüngst knirschte. Die Europäischen Konservativen und Reformen werden von Melonis FdI dominiert. Ungarns Regierungschef Viktor Orbán signalisierte jüngst, dass sein fraktionsloser Fidesz zu den Europäischen Konservativen und Reformern gehen wolle. Allerdings gibt es Meinungsverschiedenheiten über Orbáns relativ Russland-freundlichen Kurs. Unter den Europäischen Konservativen und Reformern sind die schärfsten Putin-Gegner aktiv. Mit Orbán könnten sie aber mit fast 100 Mandaten drittstärkste Fraktion in Brüssel werden.

INNERE SICHERHEIT

Suche nach Ausflüchten geht weiter

Der Clan-Krieg auf Berlins Straßen eskaliert – Forscher nennen es Folge von „Ausgrenzung“

VON HERMANN MÜLLER

Vermutlich haben sich nur die wenigsten Berliner vor zehn oder zwanzig Jahren vorstellen können, in welchem Umfang schwere Gewaltkriminalität wie Raubmorde, Messerangriffe oder Schusswechsel irgendwann zum Alltagsgeschehen der Stadt gehören werden. Inzwischen müssen die Bewohner Berlins zur Kenntnis nehmen, dass insbesondere türkisch-arabische Großclans Gewaltkriminalität ganz ungehemmt in aller Öffentlichkeit austragen.

Wie die Gewerkschaft der Polizei feststellte, erlebt Berlin derzeit „wieder eine Welle an Auseinandersetzungen, bei denen auch vor Waffengewalt in der Öffentlichkeit nicht zurückgeschreckt wird“. Als Folge solcher brutalen Auseinandersetzungen musste die Polizei am 24. Februar mit einem Großaufgebot die Notaufnahme des Urban-Krankenhauses sichern. Wie regionale Medien berichten, waren zum Schutz des Krankenhauses in Berlin-Neukölln über mehrere Stunden sogar Beamte mit Maschinenpistolen im Einsatz. Vorausgegangen war ein Streit zwischen zwei Clan-Familien, der am Abend des 24. Februars im Kreuzberger Graefekiez ausgetragen wurde.

„Ganze Horden wie im Urzustand“

Dort soll der Angehörige eines Clans zunächst mit seinem Wagen geparkte Fahrzeuge gerammt haben. Schnell war das mit mehreren Personen besetzte Auto von einer Gruppe aus zehn bis 15 Personen einer anderen Großfamilie umzingelt. In kurzer Zeit holten beide Familien Verstärkung heran. Nachdem die Scheiben des Autos eingeschlagen waren, trugen beide Gruppen im öffentlichen Raum eine brutale Massenschlägerei aus. Im Zuge der Auseinandersetzung erlitt ein 19-Jähriger eine Schussverletzung am Bein. Ein weiterer Mann wurde mit mehreren Stichverletzungen am Oberkörper ins Urban-Krankenhaus eingeliefert. Ein weiterer Jugendlicher kam mit Verletzungen am Kopf in die Notaufnahme.

In der Vergangenheit war es bei der Behandlung von Clan-Angehörigen immer wieder zu Bedrohungen von medizinischem Personal gekommen. Da auch eine Fortsetzung des Clan-Krieges nicht



Beamte kamen mit Maschinenpistolen: Die Polizei musste das Urban-Krankenhaus mehrere Stunden bewachen Foto: pa/Paul Zinken

auszuschließen war, reagierte die Polizei, indem sie schnell das Urban-Krankenhaus mit einem Großaufgebot absicherte.

Benjamin Jendro, Chef der Berliner Gewerkschaft der Polizei, sprach im Rückblick auf die Gewalteskalation im Graefekiez von „testosterongeladenen Protagonisten“, die beim Konkurrenzkampf um Bereiche wie „Prostitution, Schutzgeld oder Drogenhandel auch nicht vor Waffengewalt zurückschrecken“. Laut dem Polizeigewerkschafter reiche „ein schiefer Blick oder eine Bemerkung“ manchmal aus, „damit ganze Horden wie im Urzustand mit Schlägern, Macheten oder Schusswaffen aufeinander losgehen“.

Sehr kontrovers haben einige Kommentatoren inzwischen Aussagen aufgenommen, die in einer Untersuchung mit dem Titel „Kriminalität im Kontext großfamiliärer Strukturen“ enthalten sind. In der Studie beklagen die Autoren, dass einer großen Gruppe von Menschen, die vermeintlich einem Clan angehörten, generalisierend das Attribut „kriminell“

zugeschrieben werde. Die Aussage ist zweifellos zutreffend. Wahr ist aber auch, dass viele der Großfamilien mit türkisch-arabischen Wurzeln tatsächlich ein extrem hohes Mobilisierungspotenzial haben und ihnen dies nicht nur zugeschrieben wird.

Wie Beispiele in Berlin, Bremen oder Nordrhein-Westfalen beweisen, genügt mitunter ein „Pfiff“ oder der Anruf eines Clan-Angehörigen, um bei Auseinandersetzungen innerhalb weniger Minuten Dutzende oder sogar Hunderte Unterstützer zu mobilisieren. Bei Beerdigungen krimineller Clan-Größen reisen bis zu Tausend Trauergäste aus dem gesamten Bundesgebiet an.

Angeblich „doppelt stigmatisiert“

Auf Kritik gestoßen sind auch Aussagen, wonach Erfahrungen von Alltagsrassismus und Diskriminierung die Angehörigen arabischsprachiger Großfamilien in ihrer persönlichen Entwicklung beeinträchtigen und die Neigung zu kriminellen Handlungen förderten. Nach Ansicht

von Robert Pelzer, Studienleiter von der TU Berlin, werden Angehörige arabischsprachiger Großfamilien „gewissermaßen doppelt ausgegrenzt und stigmatisiert. Sie sind wie andere Menschen mit (arabischer) Migrationsgeschichte von Alltagsrassismus betroffen. Zusätzlich werden sie aufgrund ihres Familiennamens oder auch ihres Geburtsortes in eine bestimmte Schublade gesteckt.“

Gegenüber dem Magazin „Focus“ behauptete der Kriminologe zudem, dass neben „Fluchterfahrungen und anderen traumatischen Erlebnissen“ auch „die negativen Auswirkungen eines Duldsstatus“ eine Rolle spielten. Die Studie ist vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit Steuergeldern gefördert worden. Beteiligt an dem Forschungsprojekt waren neben der TU Berlin auch die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, die Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht, die Deutsche Hochschule der Polizei, das Bundeskriminalamt sowie mehrere Landeskriminalämter.

UMBENENNUNG

Kritik an Plänen zu Nawalnyj-Platz in Berlin

SPD-Politikerin Giffey will Kreml-Kritiker im Stadtbild verewigen – Ukrainer stellen sich dagegen

In Berlin werden Rufe laut, eine Straße oder einen Platz nach dem in russischer Haft verstorbenen Kreml-Kritiker Alexej Nawalnyj zu benennen. Der Plan ist nicht nur wegen einer Regelung des Berliner Straßengesetzes schwierig. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden von Nawalnyjs Tod hatte der Verein „Demokrati-Ja“ vorgeschlagen, die Behrenstraße in Berlin-Mitte in Alexej-Nawalnyj-Straße umzubenennen. Auch die „Stiftung Zukunft Berlin“ sprach sich dafür aus, einen Platz oder ein Gebäude in Berlin nach Nawalnyj zu benennen.

Aufgegriffen wurde die Forderung inzwischen von Berlins Wirtschaftsministerin Franziska Giffey. Die SPD-Politikerin sagte: „Alexej Nawalnyjs Kampf für die Freiheit ist unsterblich.“ Giffey weiter: „Diesen weiterzuführen und an ihn zu erinnern ist Verantwortung aller Demokra-

tinnen und Demokraten.“ Deutlich zurückhaltender reagierte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU). Wegner kündigte lediglich an, die „Koalition und der Senat werden zu gegebener Zeit über den Vorschlag“ beraten.

Bei einer positiven Entscheidung wird der Senat auf eine Ausnahmeregelung zurückgreifen müssen. Die Ausführungsvorschriften des Berliner Straßengesetzes sehen nämlich vor, dass Straßen „grundsätzlich erst nach Ablauf von fünf Jahren seit dem Tode“ nach der Person benannt werden dürfen. Über Ausnahmen von dieser Regelung kann der Senat entscheiden, wenn es sich um eine herausragende Persönlichkeit handelt.

Ob dies auf Nawalnyj zutrifft, ist unter Ukrainern stark umstritten. Der Verstorbene war zwar als Kreml-Kritiker geschätzt. Übernommen wurde Nawalnyj

oftmals aber die Forderung, die Menschen in der Ukraine sollten akzeptieren, dass die Krim russisch sei und es auch bleiben werde. Im Jahr 2014 hatte er in einem Interview gefragt: „Ist die Krim irgendein Sandwich mit Wurst, das man hin und her zurückgeben kann?“ In Anspielung auf diese Aussagen veröffentlichten einige Ukrainer nach dem Tod Nawalnyjs in sozialen Medien dann auch prompt Darstellungen eines Sandwiches, das im Müll gelandet war.

„Verhöhnung“ der Ukrainer

Scharfe Kritik am Vorschlag, einen Platz nach dem Kreml-Kritiker zu benennen, kam inzwischen von der Vorstandsvorsitzenden des Vereins Allianz Ukrainischer Organisationen, Oleksandra Bienert. Sie bezeichnete den Vorschlag gegenüber der „Berliner Zeitung“ als inakzeptabel: „Für

Ukrainer:innen, die aufgrund der russischen Okkupation nach Berlin geflohen sind, würde so eine Benennung die Verhöhnung des Versprechens darstellen, dass Berlin für sie ein sicherer Ort sein kann“, so die Chefin der Allianz, die für acht ukrainische Organisationen in Deutschland steht.

In der Ukraine selbst sorgte Ende Februar Kyrjlo Budanow, der Chef des militärischen Geheimdienstes der Ukraine, mit einer Aussage zur Todesursache Nawalnyjs für Aufsehen. Laut der „Kyiv Post“ widersprach der Geheimdienstchef Spekulationen, Nawalnyj sei in der Haft ermordet worden. Stattdessen soll der Kreml-Kritiker nach Informationen, die dem ukrainischen Nachrichtendienst vorlägen, nicht durch Fremdeinwirkung, sondern durch ein Blutgerinnsel gestorben sein. H.M.

KOLUMNE

RAF Berlin

VON VERA LENGSELD

Berlin wurde in helle Aufregung versetzt, als gemeldet wurde, dass die RAF-Terroristin Daniela Klette in Kreuzberg in ihrer Wohnung verhaftet wurde. Gefunden hat sie allerdings nicht die Polizei, sondern ein Fotograf, der mit Hilfe von KI ein Fahndungsfoto mit Fotos im Netz abgleichen ließ. Denn Klette lebte zwar unter falschem Namen, aber keineswegs versteckt.

Sie war sogar auf Facebook aktiv und postete Bilder von ihren Kampftanz-Auftritten. Obwohl in den Medien Klettes Terroristen-Status mit dem Zusatz „Ex-“ versehen wurde, war die Dame alles andere als inaktiv. Mit ihren Kumpanen Staub und Garweg überfiel Klette 2016 eine Bank im niedersächsischen Cremlingen bei Braunschweig. Insgesamt soll das Trio laut LKA für zwölf Raubüberfälle im norddeutschen Raum verantwortlich sein.

Im Jahr 1999 sollen sie bei einem Überfall auf einen Geldtransporter in Duisburg mithilfe einer Panzerfaust eine Million D-Mark erbeutet haben. Dafür lebte Klette allerdings sehr bescheiden, eher auf Sozialhilfeniveau. Ihre Kumpane, die von der Berliner Polizei jetzt mit Hochdruck gesucht werden, sollen in einer illegalen Wohnwagensiedlung in Friedrichshain gehaust haben. Der Wohnwagen wurde für eine gründliche Untersuchung abtransportiert, von den Bewohnern fehlt jede Spur.

Die linksradikale „taz“ kritisierte den Einsatz als zu hart. Die inzwischen über 60-Jährigen hätten eine bürgerliche Existenz geführt. Eine bürgerliche Existenz mit einer Panzerfaust unter dem Bett und einer Handgranate griffbereit daneben? Etwas, wovon der gefährlichste Terrorist Deutschlands, Prinz Reuß, nur träumen konnte. Auch sonst geht in Berlin Einiges durcheinander. Als der Wohnwagenplatz untersucht wurde, sammelte sich eine partysüchtige Menge an. Kinder riefen lautstark: „Nazis raus“, und Zuschauer applaudierten.

MELDUNG

Jeder vierte ist Ausländer

Berlin – Knapp ein Viertel der Einwohner Berlins hat eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit. Laut dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg waren zum Stichtag 31. Dezember 2023 im Einwohnermelderegister rund 946.000 Personen aus dem Ausland gemeldet. Dies sind 24,4 Prozent aller Einwohner der Hauptstadt. Wie das Statistikamt weiter berichtet, sind im Laufe des vergangenen Jahres etwa 46.000 ausländische Personen nach Berlin gezogen. Gleichzeitig sind im Jahr 2023 annähernd 19.000 Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit aus Berlin weggezogen. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat mit 30,5 Prozent den höchsten Ausländeranteil unter den Berliner Bezirken. Den niedrigsten Anteil ausländischer Einwohner weist mit 16,4 Prozent der Bezirk Treptow-Köpenick im Südosten der Metropole auf. Insgesamt ist die Einwohnerzahl Berlins mittlerweile auf rund 3,88 Millionen gestiegen. H.M.

● MELDUNGEN

Kriegsmüde
Ukrainer

Kiew – Mit 72 Prozent plädierten fast drei Viertel der Ukrainer, die Anfang Februar vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie dazu befragt wurden, dafür, dass ihre Regierung „zusätzlich zu den militärischen Anstrengungen auch nach einem diplomatischen Weg sucht, den Krieg mit Russland zu beenden, um die menschlichen Verluste zu minimieren“. Dahingegen wollen nur 23 Prozent den militärischen Sieg, „egal wie hoch die Opferzahlen sind“. Zu diesem Symptom von Kriegsmüdigkeit passt, dass sich rund neun Zehntel der Befragten gegen Zwangsmobilisierungen aussprachen und die Popularitätswerte des Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj eingebrochen sind. In den ersten Monaten nach dem russischen Einmarsch lagen sie bei 90 Prozent. Mittlerweile würden nur noch 16 Prozent der Ukrainer Selenskyj wählen, während auf den entlassenen Oberbefehlshaber Walerij Saluschnyj 38 Prozent der Stimmen kämen. W.K.

Schäden durch
Lockdowns

Paris – Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der 38 Mitgliedsstaaten angehören, beziffert den Schaden für die Weltwirtschaft aufgrund der Schulschließungen während der Corona-Lockdowns auf rund eine Billion Euro. Dieser resultiert laut OECD aus der geringeren Wertschöpfung innerhalb der nächsten 30 bis 40 Jahre, deren Ursache im sinkenden Bildungsniveau der Schüler liegt. Die Wissenslücken der Corona-Generation hätten eine zurückgehende Arbeitskräftequalifikation und damit einen Schwund der Arbeitsproduktivität zur Folge. Dazu komme der Umstand, dass es zukünftig auch weniger Innovationen und technischen Fortschritt geben werde. Außerdem führe die mangelnde Qualifikation zu niedrigeren Löhnen und somit zum Kaufkraftverlust. Des Weiteren seien vermehrte soziale Konflikte zu erwarten, die der Wirtschaft gleichermaßen schaden, weil sie die Investitionsbereitschaft senken. W.K.

Unsichere
Aussichten

Warschau/Wien – Zwei Jahre nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine hat Polens Regierung das Bleiberecht für ukrainische Flüchtlinge nur bis zum 30. Juni verlängert. Nach Angaben von Abgeordneten des polnischen Sejm prüft die Regierung auch den Bedarf an Unterstützung für die Ukrainer. Hilfsorganisationen äußerten die Befürchtung, dass es bei der Unterstützung für die mehr als eine Million ukrainischen Kriegsflüchtlinge in Polen Kürzungen geben wird. In Österreich meldete Nina Andresen, die Leiterin des Communitycenters der Hilfsorganisation „Train of Hope“, dass viele ukrainische Kriegsflüchtlinge inzwischen „mit allen psychischen und sozialen Folgen“ in die Armut fallen. Als Lösungsmöglichkeiten nannte die Flüchtlingshelferin gegenüber dem Wiener „Standard“ die Überführung der ukrainischen Kriegsflüchtlinge „in ein fixes Aufenthaltsregime und die Einbeziehung in die Sozialhilfe“. H.M.

GROSSBRITANNIEN

Spaltpilz Gazakrieg

Londons große Parteien sind tief zerrissen – Flügelkämpfe sowohl bei Labour als auch bei den Tories

VON CLAUDIA HANSEN

Die britische Innenpolitik wird derzeit von Fliehkräften fast zerrissen. Mit einem ungewöhnlichen Kampagnenslogan hat George Galloway die Nachwahl im nordenglischen Rochdale gewonnen: „George kämpft für Gaza. Keir Starmer kämpft für Israel“, behauptete der Sozialist, der Anführer der linksradikalen kleinen „Workers Party of Britain“ (WPB). Und mit dieser Stichelei gegen den Labour-Chef hat er vorige Woche in Rochdale den Parlamentssitz errungen. Man könnte meinen, dass es in der Stadt bei Manchester andere Themen sind, etwa die hohe Armut, Inflation oder geringe soziale Chancen, die Wähler bewegen. Aber nein: Der Krieg im fernen Gaza war offenbar das zündende Thema.

In Rochdale leben viele Muslime. Sie stellen etwa ein Fünftel der Bevölkerung. Dazu kamen weitere Stimmen von pro-palästinensischen Linken, denen der offizielle eher Israel-freundliche Kurs des

Vorsitzenden der Labour Party, dessen beide Kinder im jüdischen Glauben, der Religionszugehörigkeit seiner Frau, erzo-gen werden, nicht gefällt. Die Labour-Linke erhöht den Druck. Sie fordert eine Resolution zu einem sofortigen dauerhaften Waffenstillstand in Gaza und eine Abkehr von Israel.

WPB macht Labour Konkurrenz

Druck kommt auch von der Straße. Von Demonstranten, die Abgeordnete bedrohen und bedrängen, wenn sie sich nicht entschieden „für Gaza“ positionieren. Als das Parlament vor zwei Wochen über einen Waffenstillstandsantrag der Scottish National Party (SNP) abstimmen sollte, zog der Sprecher des Hauses – trotz vehementer Proteste – einen Änderungsantrag von Labour auf der Tagesordnung vor. Er begründete dies auch mit Sicherheitsbedenken. An die Fassade des Parlaments warfen Pro-Palästina-Aktivisten mit einem starken Lichtstrahler die Parole „From the River to the Sea“, die faktisch eine Auslöschung Israels meint. Ein

Londoner Tory-Abgeordneter, der als Israel-Unterstützer bekannt ist, wurde Opfer eines Brandanschlags, der sein Wahlkreisbüro verwüstete. Andere berichten von massiver Einschüchterung und Todesdrohungen.

Premierminister Rishi Sunak hat davor gewarnt, dass „die Mob-Herrschaft“ die Demokratie zu verdrängen drohe. Nach dem Wahlsieg von Galloway warnte Sunak noch eindringlicher vor einer Bedrohung durch Islamisten und Extremisten. Er hat 31 Millionen Pfund Sterling (über 36 Millionen Euro) für zusätzlichen Polizeischutz von jüdischen Einrichtungen und Parlamentariern versprochen. Vor allem weibliche Abgeordnete werden nun von Personenschützern begleitet.

Sunaks Konservative Partei ihrerseits ist seit Tagen in Turbulenzen, weil einer ihrer prominentesten nordenglischen Abgeordneten, Lee Anderson, nach einer kritischen Bemerkung über „Islamisten“ und den Londoner Labour-Bürgermeister Sadiq Khan aus der Partei geworfen worden ist. Anderson hatte gesagt, dass „die

Islamisten, Extremisten und Antisemiten“ jetzt den Ton angeben und dass der Labour-Bürgermeister „unter ihrer Kontrolle“ stehe. Er meinte damit, dass Khan zu wenig tue, um gegen die von Islamisten unterwanderten pro-palästinensischen Großproteste vorzugehen.

Aber ihm wurde ein Strick aus der ungelungenen Bemerkung gedreht, die als „islamophob“ bezeichnet wurde. Labour hat es geschickt verstanden, die Empörung anzufachen. Statt über den grassierenden Hass auf Juden spricht das Land nun über die „Islamophobie“ in der Conservative Party. Anderson hat indes bekräftigt, dass er sich für seine „ungeschickte Äußerung“ nicht entschuldigen wolle. Er hat zahlreiche Sympathisanten und Unterstützer.

Reform UK fordert die Tories heraus

Noch ist unklar, ob es die Partei vollends zerreißt. Die Tories stehen in Umfragen seit Monaten rund zwanzig Punkte hinter Labour. Während der Labour-Chef sich schon auf der Zielgeraden in die Downing Street sehen kann, droht den Konservativen eine verheerende Niederlage bei den Parlamentswahlen, die vermutlich in diesem Herbst stattfinden werden. Sie kämpfen auf verlorenem Posten. Einige haben auch schon innerlich aufgehört zu kämpfen. 58 Abgeordnete haben bereits angekündigt, dass sie nicht mehr kandidieren werden. Bis zur Wahl könnten es gut hundert werden.

Ein zunehmendes Problem für die Tories ist neben dem großen Labour-Vorsprung die Konkurrenz von rechts in Form der Partei „Reform UK“. Dies ist die umbenannte ehemalige Brexit-Partei, die früher von Nigel Farage geführt wurde. In Umfragen hat Reform UK inzwischen landesweit etwa zehn Prozent Zustimmung erreicht. Ihr Parteichef Richard Tice umwirbt frustrierte Konservative. Bei den Nachwahlen in den Wahlkreisen Kingswood und Wellingborough vor zwei Wochen erzielte Reform UK respektable Ergebnisse. Einige Strategen der Konservativen fürchten, dass eine Zersplitterung des rechten Lagers und zu viele Stimmen für die „rechtspopulistische“ Konkurrenz ihnen bei der Parlamentswahl endgültig das Genick brechen könnten. Sunak kämpft noch und versucht ein allzu schlimmes Ergebnis abzuwenden. Doch es wird um ihn zunehmend einsam.



Sie stehen vor der Herausforderung, Fliehkräften in ihren Parteien entgegenzuwirken: Keir Starmer und Rishi Sunak Foto: pa/ap

BELGIEN

Imam rezitiert Hass-Sure im Brüsseler Parlament

„Nie dagewesene Szenen der Unterwerfung“: Skandal-Auftritt löst breiten Sturm der Empörung aus

Ein Video, das den pakistanischen Imam Muhammad Ansar Butt in Taliban-Kleidung zeigt, wie er auf der Tribüne des Brüsseler Parlaments Verse aus einer antisemitischen Hass-Sure des Korans rezitiert, sorgte nach der Veröffentlichung für Empörung. Der Imam durfte diese Sure rezitieren, nachdem er zuvor von der Staatssekretärin für Chancengleichheit, der Sozialistin Nawal Ben Hammou, einen Preis für „Antirassismus“ erhalten hatte.

Die Szene, die bis dahin nicht nach außen gedrungen war, ereignete sich bereits am 13. Januar bei einer Veranstaltung, die der Vizepräsident des Parlaments und Parteifreund Nawal Ben Hammou, Hasan Koyuncu, zusammen mit dem Verein „Friends Of Brussels“ organisiert hatte. Ebenfalls geehrt wurde bei dieser Gelegenheit der radikale Imam der

Brüsseler Moschee Idara Taleem ul Islam, Adnan Feroz. Der Imam selbst, der pakistanischer Abstammung ist und in Flämisch-Brabant lebt, hatte die Sequenz auf Facebook gepostet, bevor er sie wieder entfernte.

Ansar Butt setzt sich unter anderem für die Zwangsverschleierung für Schülerinnen ab acht Jahren ein. Er möchte auch die Scharia in Europa durchsetzen und trat in der Vergangenheit mit radikalen Moslems wie Anas Noorani Siddiki, einem Imam, der Al-Kaida-Kämpfer glorifizierte und die Todesstrafe für Prophetenbeleidigung fordert, in Eindhoven auf.

Obwohl die Veranstaltung nicht vom Parlament organisiert wurde, brachten belgische Politiker ihre Missbilligung zum Ausdruck. Theo Francken, Mitglied der Abgeordnetenkammer, Ex-Staatssekretär

für Asyl und Immigration, seit 2012 Bürgermeister von Lubbeek und Angehöriger der Neu-Flämischen Allianz (N-VA), welche die Unabhängigkeit Flanderns von Belgien anstrebt, leitete das Video auf X, früher Twitter, weiter und versah es mit einer sehr langen Nachricht. „Brüssel, einst liberal, sieht aus wie eine verlorene Stadt“, klagte er. Der Sozialistischen Partei warf er vor, sich „tiefer als je zuvor der Gunst der Muslime zu beugen“, und prangerte „nie dagewesene Szenen der Unterwerfung“ an.

David Leisterh, der Brüsseler Vorsitzende der französischsprachigen liberalen Reformbewegung (MR), forderte die Einsetzung einer Kommission zu diesem Thema: „Jahrhunderte der Religionskämpfe blicken auf uns herab. Wie könnten wir ein solches Vorgehen akzeptieren?“

Idit Rosenzweig-Abu, die israelische Botschafterin in Belgien und Luxemburg, sagte, sie sei „absolut entsetzt zu entdecken, dass ein muslimischer Gastprediger im Brüsseler Parlament Auszüge aus der Sure ‚Al-Ahzab‘ rezitieren konnte, einer Sure, die den Krieg zwischen Muslimen und Juden zum Religionskrieg propagiert“. „Es handelt sich um eine Sure, die ausdrücklich (Vers 26) dazu aufruft, die Juden zu töten und gefangen zu nehmen“, betonte die Diplomatin und erinnerte an den wachsenden Antisemitismus und die Angst der 18.000 in Brüssel lebenden Juden vor dem Hintergrund, dass in der Vergangenheit – ausgehend von der Hochburg der radikalen Moslems, dem Stadtteil Molenbeek – schlimme Anschläge mit Dutzenden Opfern von Moslems durchgeführt worden sind. Bodo Bost

VON D. JESTRZEMSKI

Freiflächen-Photovoltaikanlagen (PV FFA) wurden bis vor wenigen Jahren nur auf minderwertigen Böden angelegt, um Natur und Landwirtschaft möglichst wenig zu beeinträchtigen. Im Zuge des politisch getriebenen rasanten Ausbaus der Photovoltaik (PV) beanspruchten Investoren in den Gemeinden und Landkreisen für ihre Planungen aufgrund der geänderten Gesetzgebung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) auch immer mehr fruchtbares Ackerland. Was durch strenge Gesetzesvorschriften ursprünglich ausgeschlossen war, scheint jetzt politisch erwünscht zu sein. Das Drängen der Bundesregierung und der Solarbranche bewirkte desgleichen einen Trend zu Giga-Anlagen auf bis zu 180 Hektar Fläche. In raschem Tempo werden den Ökosystemen und der landwirtschaftlichen Produktion durch PV FFA immer größere Flächen entzogen. In riskanter Weise wurde eine scharfe Konkurrenz um verfügbares Agrarland mit einer Wettbewerbsverzerrung zulasten der Erzeuger von Lebensmitteln losgetreten. Pachtgebote der Solarinvestoren von mehr als 2500 Euro je Hektar pro Jahr – in Österreich sogar bis 5000 Euro – stehen Pachtpreisen für Acker- und Grünland von 200 bis 400 Euro je Hektar gegenüber.

Eldorado für Glücksritter

Um die Situation zu entschärfen, fördern Bund und Länder das Modell Agri-Photovoltaik (Agri-PV), also die Doppelnutzung von Ackerböden sowohl für Photovoltaik als auch für die landwirtschaftliche Produktion. Seit 2021 hat die Bundesregierung mehrere Millionen Euro an Fördermitteln für die Forschung zu Agri-PV bereitgestellt sowie für Subventionen bei Inanspruchnahme dieses Modells. Agri-PVA sind über das EEG 2023 auf allen Ackerflächen, Flächen mit Dauerkulturen und Grünlandflächen förderfähig. Bei Ackerland muss die Nutzung durch PV auf 15 Prozent der Fläche beschränkt sein. Landwirte können für den mit PV kombinierten Feldbau eine Förderung gemäß der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beantragen. Jedoch entstehen bei Agri-PV etwa fünfmal höhere Anschaffungskosten für die Solarindustrialanlagen, während die Erträge der Stromerzeugung wegen der reduzierten Nutzungsfläche wesentlich geringer ausfallen. Bei einer 2022 in Betrieb genommenen Agri-PV-Versuchsanlage auf einem Hektar in Lüchow im Kreis Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen beliefen sich die Kosten für die PV-Anlagen auf 1,4 Millionen Euro. Ein Drittel davon kam vom Bundesumweltministerium. Aufgrund der Rahmenbedin-



Agri-Photovoltaik ermöglicht nur in der Theorie die reibungslose Kombination von Strom- und Nahrungsmittelherstellung: Agri-PV-Anlage bei Kressbronn am Bodensee
Foto: Lisamiri

ENERGIEWENDE

Erst die Steckdose, dann der Teller

Für den „Klimaschutz“ privilegiert der Staat die Produktion von Solarstrom gegenüber der von Nahrungsmitteln

gungen ist anzunehmen, dass Agri-PV eher eine Nischenlösung für einzelne landwirtschaftliche Betriebe bleiben wird.

Ein Beispiel aus Sachsen zeigt, dass die geänderten Gesetzesvorschriften Glücksritter auf den Plan rufen. Bei der Gemeinde Königshain im Landkreis Görlitz hat ein Solarprojektierer aus Schweinfurt den Plan für eine PV-Anlage über eine Fläche von insgesamt 170 Hektar Land vorgestellt, etwa 135 Fußballfeldern entsprechend. Ein Investor, der namentlich nicht genannt werden will, lockt die Gemeinde mit hohen Geldsummen. Die beanspruchten Flächen werden hauptsächlich landwirtschaftlich genutzt und gehören etwa 40 Eigentümern. Von einem möglichen zweistelligen Millionenbetrag an Gewerbesteuern und jährlich 200.000 Euro aus dem Stromertrag ist die

Rede, gerechnet über einen Zeitraum von 30 Jahren. Bislang gibt es jedoch noch nicht genug Photovoltaikanlagen, die länger als 20 Jahre in Betrieb sind und eine so lange Lebensdauer bestätigen. Der Investor lehnt Agri-PV ab, weil die Stromerträge dann um zwei Drittel reduziert würden, wie der Geschäftsführer des Solarprojektierers erklärte. Einwendungen gegen das Vorhaben begegnete der Unterhändler des Investors mit dem absurden Argument: „Wir haben keine Ernährungs- und Energiekrise, sondern eine Energiekrise.“

Agri-Photovoltaik ist keine Lösung

Agri-PV kann keine Lösung des Dilemmas der konkurrierenden Nutzung von fruchtbarem Ackerland sein. Derweil steht eine dringend notwendige, ergebnisoffene Forschung zu den Auswirkungen einer lang-

jährigen Versiegelung unterschiedlicher Bodentypen durch PV FFA nicht auf der politischen Agenda, obwohl die Regierung aufgrund des Vorsorgeprinzips dazu verpflichtet ist. Infolge der Überdachung und Verschattung durch die Solarmodule zieht sich das Bodenleben insbesondere von humusarmen, austrocknenden Ackerböden tief in die Erde zurück oder stirbt ab. Eine dauerhafte Bewässerung von bewirtschafteten Flächen unter PV-Modulen hat ebenfalls gravierende Folgen: Die Böden versalzen und können ihre Fruchtbarkeit verlieren. Die Politik muss handeln: Die rasant zunehmende Fremdnutzung von Ackerland durch PV FFA stellt eine schlechende Bedrohung für Quantität und Qualität der landwirtschaftlichen Nutzfläche dar. Ohne gesunde Böden kann keine gute Nahrung produziert werden.

ARBEITSMARKTPOLITIK

Einheimische Ungelernte sollen nicht arbeiten

Für die vielen offenen Stellen will die Bundesregierung zusätzliche Ungelernte aus dem Ausland anwerben

Im vergangenen Monat meldete die Bundesagentur für Arbeit, dass aufgrund eines neuen Gesetzes der Weg frei sei, um 25.000 ungelernete Ausländer kurzfristig dem deutschen Arbeitsmarkt zuzuführen. Eigentlich hatte Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) anderes angekündigt. Mit einem neuen Gesetz sollte es viel leichter möglich sein, die angeblich so dringend benötigten Fachkräfte ins Land zu holen.

Und Heil ärgerte sich dann auch. Aber nicht etwa über die recht eigenwillige Gesetzesauslegung. Viel mehr schimpfte er im Rahmen einer Podiumsdiskussion über einen Journalisten des „Spiegel“, der auf eine eklatante Diskrepanz hingewiesen hatte. „Man darf Arbeitslosen nichts mehr zumuten“, hatte Nikolaus Blome in einer Kolumne geschrieben. Es sei eine Kapitulation, dass

nicht einmal mehr versucht werde, Bürgergeldbezieher in Arbeit zu bringen. „Was für ein Quatsch“, giftete Heil und wies auf den Sinn seines Gesetzes hin. Dies könne in Spitzenzeiten helfen, wenn es nicht möglich ist, ausreichend inländisches Potential zu erschließen.

Inländische Ungelernte sollen fortgebildet werden

Außer Frage steht, dass Gastronomen, touristische Anbieter und Flughäfen massiv über fehlende Saisonarbeiter klagen. Auf der anderen Seite gibt es laut Statistik in Deutschland derzeit 2,8 Millionen Arbeitslose. Gut 1,5 Millionen von ihnen sind ohne Berufsausbildung. „Tätigkeiten etwa in der Gastronomie sind wegen der Arbeitszeiten am Abend oder Wochenende beispielsweise für inländische Allein-

erziehende mit Kindern nicht immer möglich“, heißt es im sogenannten Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Allerdings sind keine Alleinerziehenden unter den in der Statistik aufgeführten 1,5 Millionen Menschen, die zu einem großen Teil seit mehr als einem Jahr ohne Arbeit sind. Denn Alleinerziehende werden in einer anderen Statistik geführt. Das Problem liegt also woanders.

2,5 Millionen der 20- bis 34-Jährigen hatten in Deutschland im Frühjahr 2023 nach der bisher letzten Erhebung keine abgeschlossene Ausbildung. Experten schoben den sprunghaften Anstieg auf die Corona-Pandemie. Doch auch ohne Ausbildung ist es derzeit relativ leicht möglich, einen Arbeitsplatz zu bekommen. „Der Arbeitsmarkt für Ungelernte boomt gerade“, teilte das Institut für Arbeits-

markt- und Berufsforschung (IAB) mit. Rund ein Viertel der derzeit offenen Stellen sind nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit sogenannte Helferstellen, jene Stellen, für die nun im Ausland Arbeitskräfte angeworben werden.

Die 1,5 Millionen einheimischen Arbeitslosen kommen dafür offenbar nicht in Frage. Denn das Ministerium hat gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) festgestellt, dass man erst einmal versuchen müsse, die Leute doch noch auszubilden. Also sie quasi so zu schulen, dass sie hinterher keine Helfer-Dienste verrichten müssen. In diese Maßnahmen fließen Milliarden von Euro. Und arbeiten müssen sie so lange auch nicht. Dafür will man ja nun zusätzliche Ungelernte aus dem Ausland anwerben.
Peter Entinger

MELDUNGEN

Erhöhtes Risiko

Kopenhagen – Die Corona-Impfstoffe von BioNTech/Pfizer, AstraZeneca und Moderna sollen für eine deutliche Zunahme von „unerwünschten Ereignissen von besonderem Interesse“ innerhalb von 42 Tagen ab der Injektion verantwortlich sein. So liege das Risiko, an einer Herzmuskelentzündung zu erkranken, nach der Gabe der dritten Dosis des AstraZeneca-Vakzins sieben Mal höher als bei konventionellen Vor-Corona-Impfstoffen. Zu diesem Ergebnis ist eine 35-köpfige internationale Forschergruppe unter der Leitung der Epidemiologin Kristýna Faksová vom dänischen Statens Serum Institut (SSI) gekommen. Im Rahmen der bisher umfangreichsten Studie über den kausalen Zusammenhang zwischen der Verabreichung der Corona-Impfstoffe der drei Hersteller und dem Auftreten schwerwiegender Gesundheitsschäden wurden die Daten von über 99 Millionen Probanden in acht Ländern der Erde ausgewertet.
W.K.

„Job-Turbo“ gescheitert

Nürnberg – Die „Job-Turbo“-Initiative, in deren Rahmen 500.000 Flüchtlinge aus der Ukraine sowie 600.000 „Schutzsuchende“ aus den acht größten Asyl-Herkunftsländern beschleunigt in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden sollten, ist offensichtlich auf ganzer Linie gescheitert. Wie der „Job-Turbo“-Sonderbeauftragte der Bundesagentur für Arbeit, Daniel Terzenbach, mitgeteilt hat, gehen von rund 2,4 Millionen „Geflüchteten“ im arbeitsfähigen Alter nach wie vor zwei Drittel keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Bei den ukrainischen Frauen sank die Abgangsrate aus der Arbeitslosigkeit sogar von 1,7 auf 1,2 Prozent und bei den ukrainischen Männern von 3,4 auf 2,4 Prozent im Vergleich zum Anfang des Vorjahres. Terzenbach führt dies auf mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie die schlechte konjunkturelle Lage zurück, die Neueinstellungen derzeit allgemein erschwere.
W.K.

EZB versucht vorzubeugen

Frankfurt – Weil die Europäische Zentralbank (EZB) befürchtet, dass Angriffe von Computerhackern Europas Finanzsysteme bedrohen und gar zum Kollabieren bringen können, hat sie einen Katalog mit 476 Fragen an etwa hundert Bankhäuser in Europa verschickt, um herauszufinden, wo Schwachstellen liegen und mit welchem Schaden man schlimmstenfalls rechnen muss. Parallel zu der Befragung unterzieht die EZB 28 systemrelevante Banken in der EU einem realen Stresstest, in dessen Verlauf die Institute nachweisen sollen, dass sie in der Lage sind, nach einem Hacker-Angriff schnellstmöglich wieder zum Tagesgeschäft zurückzukehren. Anlass hierfür dürfte ein Vorfall in den USA vom vergangenen November sein. Damals war die ICBC-Bank Attacken von Cyber-Kriminellen der russischen Gruppe Lockbit zum Opfer gefallen, was auch Auswirkungen auf den Handel mit US-Schatzbriefen hatte.
W.K.

ANALYSE

Der nächste Konfliktherd

BODO BOST

Die Behörden der prorussischen, sich von Moldau losgesagten Region Transnistrien haben das russische Parlament um „Schutz“ angesichts des „erhöhten Drucks“ aus Moldau gebeten. Der russische Präsident Wladimir Putin versicherte, dass der „Schutz“ der Bewohner dieser Region „Priorität“ habe und fügte hinzu, dass Moskau die Anfrage aus Tiraspol „sorgfältig prüfen“ werde.

Die moldauische Regierung bezeichnete das transnistrische Schutzgesuch als „Propaganda“, vielmehr würde die Region im Rahmen ihrer Verbindungen zur EU von der „Politik des Friedens, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Integration“ profitieren. Hilfe- oder Schutzgesuche gab es häufig in der Sowjetzeit – damals folgten meistens militärische Interventionen aus Moskau. Die Ereignisse erinnern an die Situation im Februar 2022, als der Aufruf der prorussischen Kräfte in der Ostukraine von Putin als Vorwand für den Angriff auf die Ukraine benutzt wurde.

Die Abgeordneten Transnistriens waren in Tiraspol zu einem außerordentlichen Kongress – dem ersten seit 2006 – zusammengetroffen und forderten das russische Parlament auf, „Maßnahmen zum Schutz“ dieses kleinen Gebiets, in dem „mehr als 220.000 russische Bürger“ leben, „umzusetzen“. Die Einwohnerzahl der Republik beträgt 470.000. Die Mehrheit setzt sich aus rumänischsprachigen Moldauern und Ukrainern zusammen.

Hilfsgesuche auch an EU und OSZE

Transnistriens Präsident Wadim Krasnoselski sprach vor dem Kongress von einer „Politik des Genozids“. Diese werde durch wirtschaftlichen, „physischen“, rechtlichen und sprachlichen Druck ausgeübt. Die Transnistrier richteten ihr Hilfegesuch außer an Russland auch an die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, das Europäische Parlament, das Rote Kreuz und die Vereinten Nationen. Es enthielt die Bitte, „Provokationen“ zu verhindern, die zu einer „Eskalation der Spannungen“ führen könnten. Transnistriens Außenminister Witali Ignatjew sagte im russischen Fernsehsender Rossiya 24, es gehe „zu-

nächst einmal darum, Moskau um diplomatische Unterstützung zu bitten“.

Transnistrien ist ein schmaler Landstreifen zwischen Moldau und der Ukraine. Es hatte sich nach einem kurzen Krieg 1992 von Moldau abgespalten. Damals kämpften Russischsprachige und Ukrainischsprachige noch gemeinsam gegen die rumänischsprachigen Moldauer. Russland hält dort nach offiziellen Angaben immer noch 1500 Soldaten, die eine „friedenserhaltende“ Mission durchführen sollen. Derzeit sind jedoch alle Verbindungswege zwischen Moskau und Tiraspol abgebrochen. Seit dem russischen Angriff auf Kiew im Februar 2022 tauchen immer wieder Vermutungen über einen möglichen russischen Angriff von Transnistrien aus in Richtung der großen ukrainischen Hafenstadt Odessa am Schwarzen Meer auf.

Provokationen von beiden Seiten

Die transnistrischen Behörden versicherten, dass ihr Kongress eine Reaktion auf die kürzlich von Chisinau eingeführten Zölle auf Importe aus Transnistrien gewesen sei. Beim letzten Kongress 2006 hatte die Mehrheit beschlossen, ein Referendum über die Vereinigung Transnistriens mit Russland abzuhalten. Bei dieser Abstimmung, deren Ergebnis international nicht anerkannt wurde, hatte die lokale Bevölkerung mit 97,1 Prozent für die Zugehörigkeit zu Russland gestimmt.

Seit dem Beginn des Ukrainekriegs vor zwei Jahren ist die Angst vor einer Ausweitung des Krieges auf Transnistrien wiederholt aufgekommen. Im vergangenen Jahr beschuldigte Tiraspol Kiew, es angreifen zu wollen und einen Anschlag gegen die Führung Transnistriens vorzubereiten. Das russische Verteidigungsministerium versicherte vor Kurzem erneut, ohne Beweise vorzulegen, dass die Ukraine eine „bewaffnete Provokation“ gegen Transnistrien vorbereite.

Das Gebiet entlang des Dnjestr wird von Moskau nicht als Staat anerkannt. Chisinau und die Brüssel werfen Moskau dennoch regelmäßig vor, dass es versuche, Moldau zu destabilisieren. Im Dezember 2023 beschloss die EU die Aufnahme von Verhandlungen sowohl mit der Ukraine als auch mit Moldau. Die Hälfte der Bewohner Moldaus hat bereits die rumänische und damit eine EU-Staatsangehörigkeit.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Keith B. Richburg:
„Selbst in sogenannten kultivierteren oder entwickelteren Ländern wie Kenia ist es in dreißig Jahren nation building nicht gelungen, ein wirkliches Gefühl der nationalen Identität zu schaffen, das über den Stamm hinausreichen könnte“

Foto: Terissa Schor

KOLUMNE

„Altruismus-Heuchelei“

FLORIAN STUMFAL

In jüngster Zeit haben Nachrichten über die Entwicklungshilfe Schlagzeilen gemacht und Kopfschütteln ausgelöst. So ist als besonders bizarres Beispiel dafür, wie die Berliner Bürokraten mit Steuergeld umgehen, die Unterstützung von Radwegen in Peru im allgemeinen Gedächtnis verblieben. Im Gegensatz dazu kann man getrost die Zahlungen an Großmächte wie China und Indien als versteckte Exportsubvention verstehen.

Wenn aber von Entwicklungshilfe im ursprünglichen Sinn die Rede sein soll, dann richtet sich der Blick nach Afrika. Warum? Axelle Kabou aus Kamerun, Mitarbeiterin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, sagt: „Afrika ist der einzige Teil der Dritten Welt, den man noch als ‚schwach industrialisiert und nur Rohstoffe produzierend‘ definieren muss.“

Das ist die Ausgangslage, seit im Jahr 1961 das Ministerium für Entwicklungshilfe geschaffen worden ist. Im selben Jahr wurde die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gegründet, das internationale Pendant. An der damaligen Problemstellung allerdings hat sich seither nichts geändert, obwohl mittlerweile Milliarden-Beträge in den Schwarzen Kontinent geflossen sind.

Denn in der deutschen Politik gilt: Was mit viel Geld nicht zu machen ist, das erledigen wir mit noch mehr Geld. Damit verstößt man allerdings systematisch gegen eine tiefe Einsicht des Geistes-Titanen Albert Einstein. Der sagt: „Es ist ein Zeichen von Schwachsinn, stets das Gleiche zu tun und verschiedene Ergebnisse zu erwarten.“ Diesem Schwachsinn aber ist die deutsche Entwicklungspolitik seit Jahrzehnten verpflichtet.

Gründe für den Schwachsinn

Doch woher diese Malaise? Die Gründe dafür liegen sowohl in Deutschland als auch in Afrika. Die hiesigen sind schnell aufgezählt. Zum einen leidet die Politik an einem kollektiven Helfersyndrom, das sich auf die Sünden der Großväter und Urgroßväter stützt. Zum anderen will man sich Ansehen und Einfluss erkaufen und bedient sich dafür aller edlen Regungen, die viele Menschen empfinden angesichts der teils bedrückenden Verhältnisse in Afrika.

Dort aber sind die Perspektiven völlig andere. Die dortige Entwicklung seit der Dekolonialisierung haben die europäischen Mächte nicht vorhergesehen. Sie dachten, mit einem Federstrich aus einer Kolonie einen Staat zu machen, ohne zu bedenken, dass der afrikanischen Tradition der abstrakte Begriff vom Staat fremd ist. Daher verfuhr die neuen Machthaber nach ihren überkommenen Prinzipien, und sie regieren bis heute ihre Völker in patriarchalischer Weise.

Das heißt ferner, dass es zwar politische Präsidenten gibt, doch sie beanspru-

den in Afrika, die, wie etwa der Kongo, in ihrem Staatshaushalt für Bildung oder Gesundheitswesen gar keinen Titel einsetzen, dies in der sicheren und begründeten Erwartung, dass so etwas Randständiges ohnehin von den Europäern gezahlt wird. Der deutsche Diplomat Volker Seitz, der 17 Jahre lang in Afrika auf Posten war, zuletzt in Kamerun als Botschafter, beschreibt ein anderes Beispiel: „Viele Eliten gehen selbstverständlich davon aus, dass Ausländer die Entwicklung quasi im Alleingang in die Hand nehmen. ... Es gibt mittlerweile zwischen Sahara und Südafrika kaum eine neu errichtete Straße, die nicht von der Entwicklungshilfe gezahlt wurde.“

Gescheitertes nation building

Dabei handelt es sich nicht um eine Momentaufnahme. Nochmal Seitz: „In den 60er Jahren hatten Staaten wie Nigeria, der Kongo oder Ghana bessere Entwicklungsindikatoren als etwa Südkorea.“ Überflüssig, den heutigen Vergleich anzuführen – er ist vernichtend. Axelle Kabou bietet dafür eine überraschende Erklärung an. „Im Bereich Entwicklung weist nichts mit Sicherheit darauf hin, dass sich Afrika wirklich entwickeln will.“ Die Eliten haben sich nämlich komfortabel eingerichtet, so Kabou. Fragen nach ihrer Inkompetenz, so die Kamerunerin, werden mit Hinweisen auf ein internationales Komplott abgewiesen. Zweitens soll das System der Einheitsparteien beibehalten werden. Und drittens will man nicht an der Einrichtung der luxuriösen Entwicklungsindustrie rühren.

Der kenianische Marktwirtschaftler James Shikwati hat noch handfestere Erklärungen parat. Er zieht als Gegenbeispiel zu Europa die überaus erfolgreiche Strategie Chinas in Afrika heran. „China“, so Shikwati, „hat vermutlich die Schwächen westlicher Ansätze in Afrika analysiert: Dass nämlich aus Furcht vor Migranten aus Afrika eine künstliche Stabilität erkaufte wird, wobei man sich hinter dem Begriff ‚Entwicklungshilfe‘ verbirgt. Der chinesische Ansatz bestand bisher aus Abmachungen und knallharten Verhandlungen, nicht aus Altruismus-Heuchelei.“ Und grundsätzlich erklärt er: „Wer Afrika helfen will, darf kein Geld geben.“

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Erfolgreicher als die deutsche Afrika-Strategie ist die chinesische

Eine linke Front gegen Deutschland

„Strike Germany“ – Künstler-Boykotte aus dem Ausland und das Versagen der Kunstszene nach den Terrorangriffen gegen Israel

VON HARALD TEWS

Nimmt man die Berlinale zum Maßstab, dann kann man sich bei der Oscar-Verleihung am Montag auf einiges gefasst machen. Preisträger könnten dann bei ihren Reden mit Palästinenserschall auftreten, ihre teuren Designerroben mit Botschaften zum Waffenstillstand in Gaza beschriften wie „Cease fire now“ (stellt das Feuer ein) und den Staat Israel der Apartheid und des Genozids bezichtigen.

Genauso unverhohlen geschah das bei der kürzlich erfolgten Verleihung der Goldenen und Silbernen Bären bei der Berlinale, als Filmschaffende und Jurymitglieder die offene Bühne für anti-israelische Propaganda nutzten. Und was tat das Publikum, darunter Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner und Kulturstatsministerin Claudia Roth? Es applaudierte zum Skandal (die PAZ berichtete).

Als sich Roth Tage später zu der Aussage genötigt sah, dass es „bei Linksradi-kalen diesen ekelhaften offenen Antisemitismus“ gebe, stellte sich der scheidende künstlerische Berlinale-Chef Carlo Chiarian hinter die kritisierten Künstler: „Unabhängig von unseren eigenen politischen Ansichten und Überzeugungen sollten wir alle bedenken, dass die Meinungsfreiheit ein entscheidender Teil davon ist, was Demokratie ausmacht“, ließ er in den sozialen Medien wissen.

Diesen Satz sollten sich jene Kulturschaffenden hinter die Ohren schreiben, die sich zum Boykott gegen Deutschland entschlossen haben. „Strike Germany“ heißt der im Internet veröffentlichte Aufruf, den inzwischen rund 1900 Intellektuelle aus aller Welt unterschrieben haben mit der festen Absicht, auf keinen Kulturveranstaltungen mehr in Deutschland aufzutreten.



„Cease fire now“ in Gaza: Politisch aufdringliche Rückenansicht von Berlinale-Jurymitglied Véréna Paravel

Foto: pa/Anadolu

Prominenteste Unterzeichnerin ist dabei die französische Literaturnobelpreisträgerin Annie Ernaux, die zuvor schon ihre Sympathie für die gegen Israel gerichtete Bewegung „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“, kurz BDS, bekundet hat. Gegen die Veröffentlichung ihrer Bücher in Deutschland hat sie freilich laut ihres Suhrkamp Verlags nichts einzuwenden. Der Rubel muss ja rollen.

Dass Deutschland ins Boykott-Visier gerät, liegt laut „Strike Germany“ an den „McCarthyistischen Maßnahmen deutscher Kultureinrichtungen ..., die die freie

Meinungsäußerung einschränken, insbesondere den Ausdruck von Solidarität mit Palästina“. Als Beweis dieser Behauptung dienen drei oder vier Fälle, in denen eine Ausstellung mit offenkundigen BDS-Unterstützern abgesagt oder die Zusammenarbeit mit ihnen aufgekündigt wurde.

Größtes Aufsehen erregte dabei die auf das Miniatur-Format geschrumpfte Verleihung des Hannah-Arendt-Preises in Bremen an die jüdische Publizistin Masha Gessen für ihre engagierte Berichterstattung über Russland. Als sie kurz vor der Preisverleihung den Krieg Israels im Ga-

zastreifen mit der Liquidierung der jüdischen Ghettos durch die SS gleichgesetzt hatte, schlug eine solche Woge der Empörung hoch, dass sich die Heinrich-Böll-Stiftung und der Bremer Senat zu einer wenig feierlichen Verleihung in kleinem Rahmen entschlossen.

Den Hannah-Arendt-Preis hat Gessen trotz allem nicht verschmäht und sich sogar dafür brav bedankt. Boykottiert wurde sie nicht. Dennoch haben inzwischen einige Künstler ihren Fall zum Vorwand genommen, einen Bogen um Deutschland zu machen. Die Zahl ist allerdings über-

schaubar. Beim Berliner Festival für Medienkunst und digitale Kultur „transmediale“ sowie dem CTM-Festival für elektronische Musik Anfang Februar musste man auf einige unbedeutende Videokünstler und DJs verzichten. Und bei der Berlinale waren es zuletzt gerade einmal drei – wenig namhafte – Filmemacher, die abgesagt hatten, weil ihrer Meinung nach in Deutschland eine „faschistische und rassistische Zensur“ herrsche.

Selbst die Wissenschaft, die von freiem Meinungsaustausch lebt, ist inzwischen davon betroffen. So berichtete die Germanistin Eva Conzen in der „FAZ“, dass sie für eine Tagung zu einem unverfänglichen literaturwissenschaftlichen Thema eine Absage aus den USA unter Berufung auf „Strike Germany“ erhalten habe.

Hat man früher von Deutschland stets gefordert, dass es seiner Verantwortung für den Holocaust gerecht werde, so kritisiert man jetzt die daraus konsequenterweise folgende deutsche Staatsräson gegenüber Israels Sicherheit. Dass die Hamas am 7. Oktober 2023 ausgerechnet auf einem Musikfestival einen Mini-Holocaust mit über 1100 Toten anrichtete, wird auch in „Strike Germany“ völlig ausgeblendet. Es ist außerdem paradox, dass sich Künstler mit den Palästinensern solidarisieren, aus deren Reihen die Mörder der Besucher eines Musikfestivals stammen und welche die Meinungsfreiheit anders als in Deutschland mit Füßen treten.

Zu befürchten ist, dass sich die „Strike Germany“-Unterzeichner ins eigene Fleisch schneiden. Wer hier nicht ausstellt, auftritt oder veröffentlicht, verzichtet letztlich auf üppige Gagen und viel Reputation. Andererseits lässt sich der Verlust einiger antisemitischer Aktivisten, denen die Politik wichtiger ist als die Kunst oder die Wissenschaft, leicht verschmerzen.

MUSIK

Wandernde Menschenschlangen

Exportschlager aus Polen – Die Polonaise gehört seit Dezember zum Immateriellen Kulturerbe

Die Polonaise als *der* polnische Nationaltanz steht bereits auf der repräsentativen Liste des Immateriellen Kulturerbes der UNESCO. Die Aufnahme erfolgte am 5. Dezember 2023 während der 18. Sitzung des Zwischenstaatlichen Ausschusses für den Schutz des Immateriellen Kulturerbes in Kasane, Botswana. Dieses Ereignis war die Krönung der zweijährigen Bemühungen der Stadt Krakau und der Direktorin des Hofballetts Cracovia Danza, Romana Agnel, welche die Hinterleger des Eintrags vertrat. Cracovia Danza ist seit 2006 eine Kultureinrichtung, die sich auf die Aufführung von historischen Tänzen spezialisiert.

Polnische Tänze waren an den europäischen Höfen vom 16. Jahrhundert an bekannt. Sie hatten eine repräsentative Funktion und ersetzten irgendwann die Pavane. Mit einem Polonaise-Zug begann jede Feier. Je nachdem, in welchem Land sie komponiert wurde, nannte man sie „Polonaise“, „alla polacca“ oder „Polnischer Tanz“. Die Tanzkultur war zu dieser Zeit eine Domäne Frankreichs, darum erhielt der „Polnische Tanz“ im 18. Jahrhundert den französischen Namen „danse polonaise“, den man bis heute nutzt. Damals entwickelte sich schließlich auch der

Rhythmus der Polonaise im Dreiertakt, mit dem charakteristischen, langgezogenen, fließenden Schritt und stolzer Haltung. Zu Beginn gibt es eine leichte Kniebeugung (*plié*), gefolgt von zwei kleinen Schritten nacheinander.

Im 16. Jahrhundert komponierten Gallot d'Angers in Frankreich und Valentin Haussmann in Deutschland die ersten Polonaisen, die danach sowohl in tänzeri-

scher als auch in rein musikalischer Form groß in Mode kamen. Die deutschen Tanzmeister Gottfried Taubert und Adam Wolfgang Winterschmid unterrichteten Polonaise in ihren Schulen und beschrieben sie in ihren Traktaten. Bach nahm sie in seine Orchestersuiten und in die „Goldberg-Variationen“ auf. Telemann schrieb einige Werke unter dem Namen „alla polacca“ in einem höfischen Stil. Zu jener

Zeit tanzte man Polonaise auf Hofzeremonien in Paris, London, Dresden, Wien und an Fürstenhöfen in Italien.

Während der Teilung Polens (1795–1916) ging die Gebrauchsform der Polonaise verloren. Sie blieb jedoch in musikalischen Werken erhalten und nahm einen brillanten Charakter an. Mit dieser künstlerischen Art der Polonaise setzten sich Joseph Haydn, Carl Maria von Weber, Frédéric Chopin, Henryk Wieniawski, Gioachino Rossini und Franz Liszt auseinander. Die deutsche Komponistin Emilie Zumsteeg (1794–1857) schrieb ein lustiges „Sans-façon-Lied“, das sie als eine „Polonaise mit Laune“ bezeichnete. Sogar Richard Wagner schrieb eine frühe „Polonia“-Ouvertüre sowie entsprechende musikalische Motive in der Schlusszene seiner Oper „Das Rheingold“.

Im Bezug zur Aufnahme der Polonaise in die UNESCO-Liste finden dieses Jahr in Krakau zahlreiche Veranstaltungen statt. Beim Festival der Hof-Tänze im Juli werden die Bewohner der Stadt zusammen mit den Besuchern die Polonaise auf dem Marktplatz tanzen. In der ersten Maihälfte plant man dort einen neuen Guinness-Rekord: das Tanzen der Polonaise für 1000 Paare.

Jolanta Lada-Zielke



Tanz der Polonaise auf dem Krakauer Marktplatz durch das Hofballett Cracovia Danza

• MELDUNGEN

Ballett vor Wandteppichen

Berlin – Am 28. Februar wäre die israelische Tänzerin und Choreographin Noa Eshkol 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass zeigt das Berliner Georg-Kolbe-Museum, Sensburger Allee 25, vom 15. März bis 25. August in der Ausstellung „No Time to Dance“ Eshkols Choreographien, Tänze, Teppichkulisen und das von ihr entwickelte Notationssystem. www.georg-kolbe-museum.de *tws*

Die restlichen „Blauen Reiter“

München – Mit „Eine neue Sprache“ stellte das Lenbachhaus vom 12. März an eine Auswahl von 250 Werken der expressionistischen Künstlervereinigung „Der Blaue Reiter“ vor. Gezeigt werden Werke, die nicht, wie viele andere Bilder des Hauses, als Leihgabe für eine im April geplante „Blue Rider“-Ausstellung an die Londoner Tate Gallery gehen. Das Lenbachhaus besitzt die weltweit größte Sammlung zur Kunst des „Blauen Reiter“. *tws*

PETER SCHOLL-LATOUR

Schwimmer gegen den Strom

Peter Scholl-Latour schwamm mit einer Unverblümtheit gegen den auf außenpolitischem Gebiet vor allem an Washington orientierten Mainstream der Bundesrepublik, die heute mit einer Karriere in den Medien, zumal den öffentlich-rechtlichen kaum noch vereinbar wäre. So widersprach er dem Propagandabild vom offensiven, aggressiven Russland und dem defensiven Westen. Die Syrienpolitik des Westens kritisierte er ebenso wie dessen Ukrainepolitik und die schnelle NATO-Osterweiterung. Auch in der Innenpolitik schwamm er gegen den Strom, wenn er den sogenannten Klimaschutz als „Modethema“ bezeichnete.

Scholl-Latour war im Abendland verankert, doch ein Wanderer zwischen den Welten. Durch seine Mutter war er zumindest gemäß jüdischem Glauben Jude. Das hinderte ihn nicht daran, Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft zu werden und beste Beziehungen in die islamische Welt zu haben. Von Letzterem zeugt nicht zuletzt seine Begleitung Ayatollah Khomeinis bei dessen triumphaler Rückkehr in den Iran 1978.

Scholl-Latour, der mit Peter Scholl einen deutschen Geburtsnamen, mit Otto Konrad und Mathilde Zerline Scholl deutsche Eltern sowie mit Bochum einen deutschen Geburtsort hatte, kämpfte mit der Waffe in der Hand für die Grande Nation. Der Besitzer der deutschen Staatsangehörigkeit war ähnlich Alfred Grosser ein Bürger der Französischen Republik. Dazu passt, dass er sich vor der Abstimmung im Saarland und dessen Rückkehr zu Deutschland der dortigen Frankreichfreundlichen Regierung als Pressesprecher zur Verfügung stellte.

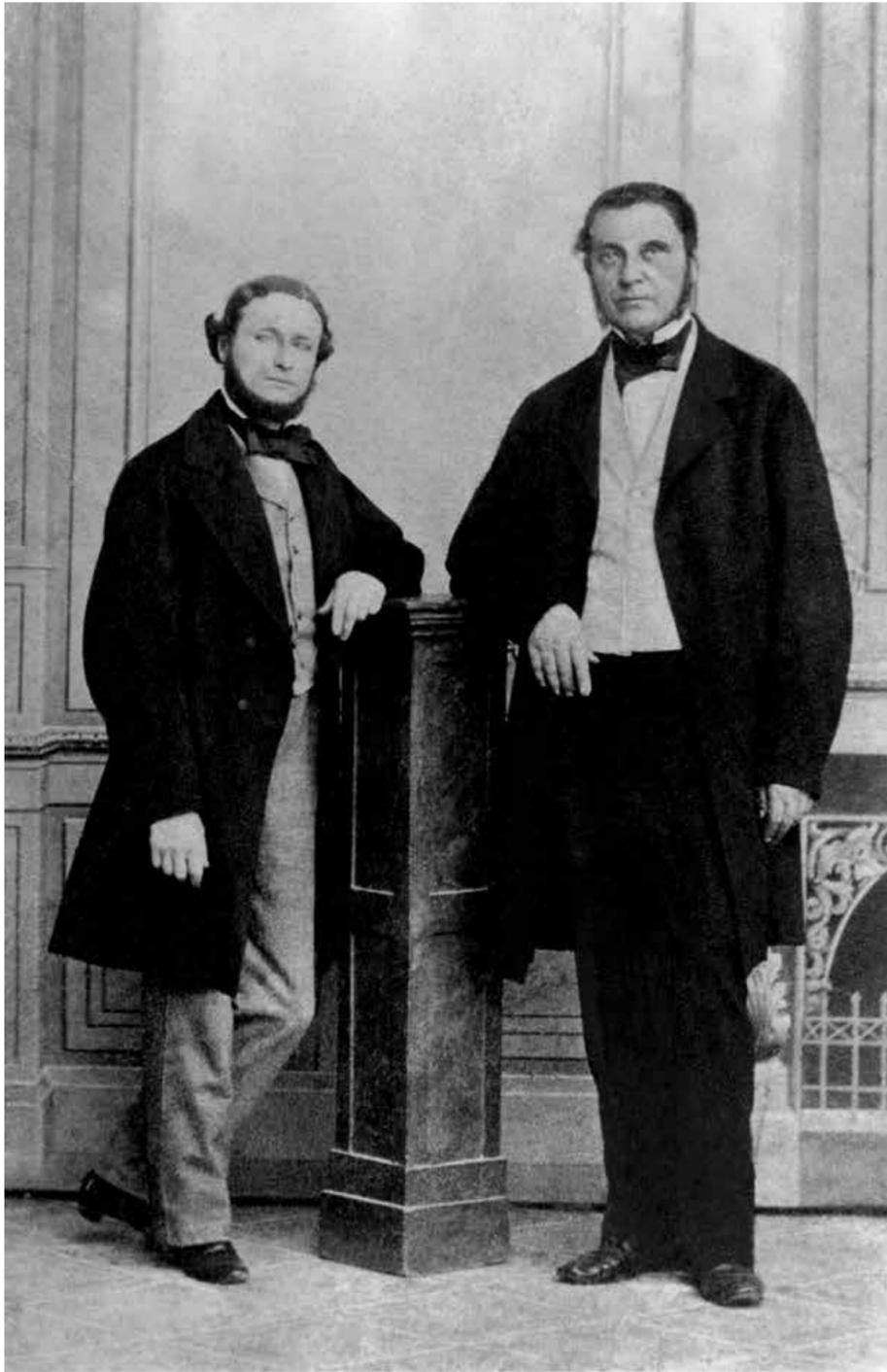
Ungeachtet seiner eindeutigen Verankerung im Katholizismus stand der erklärte Gaullist Vertretern anderer Weltlehren mit einer Offenheit, einer Fähigkeit und Bereitschaft zum Begreifen und Einfühlen sowie einer Fairness gegenüber, die Respekt hervorrief. Hiervon zeugt nicht nur der gegenseitige Umgang mit den Gegnern des Westens im Iran, sondern auch mit dessen Gegnern in Südvietnam, als er und sein Kamerateam 1973 in die Hand der vorrückenden Nationalkommunis-



Vor 100 Jahren geboren: Peter Scholl-Latour
Foto: Haider About

ten gerieten und nach einer Woche nicht ohne den Austausch gegenseitiger Respektbekundungen wieder ihres Weges ziehen konnten.

Vor 100 Jahren, am 9. März 1924, kam der Journalist, Sachbuchautor und Publizist auf die Welt. Mehr denn je fehlt der vor zehn Jahren in Rhöndorf Verstorbene dem Pluralismus in der Bundesrepublik. Manuel Ruoff



Ein starkes Team:
Der Physiker Gustav Robert Kirchhoff und der Chemiker Robert Wilhelm Bunsen (von links)

Foto: Ullstein

GUSTAV ROBERT KIRCHHOFF

Mit Bunsen entwickelte er die Spektralanalyse

Der die Elektrizität erforschende Physiker und Namensgeber der kirchhoffschen Regeln kam vor 200 Jahren in Königsberg zur Welt

VON MARGUND HINZ

Der Name Gustav Robert Kirchhoff ist für den naturwissenschaftlich Kundigen insbesondere mit der Spektralanalyse verbunden. Sein und der Anteil Robert Wilhelm Bunsens an deren Entdeckung geht aus Kirchhoffs folgender erster Mitteilung an die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften im Oktober 1859 hervor: „Bei Gelegenheit einer von Bunsen und mir in Gemeinschaft ausgeführten Untersuchung über die Spektren farbiger Flammen, durch welche es uns möglich geworden ist, die qualitative Zusammensetzung complicirter Gemenge aus dem Anblick des Spektrums ihrer Lötrohrflamme zu erkennen, habe ich einige Beobachtungen gemacht, welche einen unerwarteten Aufschluß über den Ursprung der Fraunhoferschen Linien geben und zu Schlüssen berechtigen von diesen auf die stoffliche Beschaffenheit der Atmosphäre der Sonne und vielleicht auch der helleren Fixsterne ...“ Den Fraunhoferschen Linien und dem Zusammenhang zwischen Emission und Absorption von Licht und Wärme widmete Kirchhoff zwei 1859 veröffentlichte Arbei-

ten. Zwei Jahre zuvor war bereits seine Abhandlung über das Sonnenspektrum erschienen.

Kirchhoff wurde am 12. März 1824 im preussischen Königsberg als Sohn des Justizrats Carl Friedrich Kirchhoff geboren. Er besuchte dort gemeinsam mit seinen beiden älteren Brüdern Carl und Otto das Kneiphöfische Gymnasium, an dem er 1842 das Abitur ablegte.

Neumann sah in ihm „ein wahres, sich durchbildendes Talent“

Von 1842 bis 1847 studierte er an der Albertina Mathematik und Physik. Franz Ernst Neumann, Professor für Physik und Mineralogie sowie Leiter der physikalischen Abteilung des Mathematisch-Physikalischen Seminars der Königsberger Albertus-Universität, erkannte in den Arbeiten seines Studenten „ein wahres, sich durchbildendes Talent“.

In dem Seminar entstand Kirchhoffs erste eigenständige wissenschaftliche Arbeit „Über den Durchgang eines elektrischen Stromes durch eine Ebene, insbesondere durch eine kreisförmige“. Darin gab er eine sehr beachtliche Lösung für das Problem der Stromverzweigung in ebenen Platten und erbrachte den Beweis

ihrer Richtigkeit. In dieser Arbeit, für die er einen doppelten Preis seiner Fakultät erhielt, sprach er bereits Grundsätze aus, die später in die nach ihm benannten kirchhoffschen Regeln Eingang fanden. Sie bildete ferner die Grundlage für seine Doktorarbeit.

Nach der Promotion im Jahr 1846 sowie dem Abschluss seines Studiums in Königsberg habilitierte er sich 1848 als Privatdozent für Physik in Berlin. Dort war er mit einer bedeutsamen experimentellen Untersuchung beschäftigt. Sie ist 1849 in den „Annalen der Physik und Chemie“ unter dem Titel „Bestimmung der Konstanten, von welcher die Intensität induzierter elektrischer Ströme abhängt“ publiziert worden.

Schon 1850 folgte er einem Ruf an die Universität zu Breslau. Dort übernahm Kirchhoff das Extraordinariat für experimentelle Physik. Von seinen Untersuchungen aus der Breslauer Zeit seien exemplarisch die über die Gleichgewichtsverteilung der Elektrizität auf zwei leitenden Kugeln und über die Theorie des Kreisplatten-Kondensators genannt.

In Bunsen, der im Jahr 1851 nach Breslau auf den Lehrstuhl für Chemie berufen wurde, gewann Kirchhoff einen hervor-

ragenden Fachkollegen und Freund, der ihm sogar die Wertschätzung zuteil werden ließ, seine Vorlesung zu hören. Durch den Einfluss Bunsens, der schon 1852 einem Ruf an die Heidelberger Universität gefolgt war, wurde Kirchhoff 1854 in das Ordinariat für Physik an diese Universität berufen. In Heidelberg verband die beiden Wissenschaftler ihr reges forschendes Zusammenwirken hinsichtlich der Spektralanalyse. Mit deren Hilfe entdeckten sie überdies im Jahr 1861 die Alkalimetalle Caesium und Rubidium.

Bunsen war ihm ein hervorragender Fachkollege und Freund

Kirchhoff widmete sich nach seiner Berufung zunächst jedoch dem Gebiet der Elektrizitätslehre und befasste sich darin speziell mit der Theorie schnell veränderlicher elektrischer Zustände. Anschließend erschloss er sich ein neues Arbeitsgebiet, und zwar das der mechanischen Wärmetheorie. Erstmals gelang ihm die Anwendung ihrer Grundsätze auf physikalisch-chemische Prozesse wie beispielsweise die Auflösung eines Salzes in einer Flüssigkeit. Die dabei von ihm angewandte Methode zu der theoretischen Behandlung derartiger Probleme war für die physikalische Chemie später sehr nutzbringend. Neben seinen Forschungen beinhaltete seine Lehrtätigkeit an der Universität in Heidelberg umfangreiche Vorlesungen zur „Experimentalphysik“ und zur „Theoretischen Physik“ sowie kleinere zu Spezialgebieten wie Hydrodynamik, Elektrizität und Magnetismus. Ferner gehörten zu seiner Lehre praktisch-physikalische Übungen.

Die Heidelberger Zeit war für Kirchhoff nicht nur im Beruflichen, sondern auch im Privaten eine erfüllte. Im Jahr 1857 heiratete er eine Tochter seines Königsberger Lehrers, des Mathematikers Friedrich Julius Richelot. Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor. Hinzu kam seine freundliche Aufnahme in den geselligen Kreis um den Historiker Ludwig Häusser.

Ende der 1860er Jahre wurde Kirchhoffs Leben durch zwei Ereignisse überschattet. Er fiel auf einer Treppe und zog sich eine Fußverletzung zu, die nicht vollständig geheilt werden konnte und seine Gehfähigkeit dauerhaft einschränkte. Seine Frau starb im Jahr 1869, nachdem sie an Rippenfellentzündung und Tuberkulose erkrankt war. 1872 heiratete er erneut.

Bevor sich Kirchhoff im Jahr 1875 für die Berliner Universität als neue Wirkungsstätte entschied, hatte er Rufe nach Würzburg, Berlin und Potsdam abgelehnt. Gründe hierfür waren, dass er seine Arbeit, insbesondere die an der Herausgabe von Vorlesungen über mathematische Physik, ungestört fortsetzen und sich von seinem Heidelberger Freundeskreis nicht trennen wollte. Zu diesem gehörten neben Bunsen besonders Hermann von Helmholtz, Hermann Kopp und Leo Koenigsberger. Um 1875 hatte sich dieser Kreis durch Tod und Berufungen in andere Städte gelichtet.

In Berlin übte Kirchhoff neun Jahre eine glanzvolle Lehrtätigkeit auf dem Gebiet der mathematischen Physik aus. Seine Vorlesungen über Mechanik hatte er selbst noch in Heidelberg als Buch veröffentlicht, das in der präzisen und klaren Darstellung der schwierigsten Sachverhalte ungewöhnlich erfolgreich war. Auch seine Abhandlungen aus der Zeit vor 1882 gab Kirchhoff selbst heraus. In Berlin führte er ferner experimentelle Arbeiten im Laboratorium seines Freundes Gustav von Hansemann gemeinsam mit diesem aus.

Im Jahr 1885 musste er seine Lehrtätigkeit wegen einer fortschreitenden Erkrankung beenden. Gustav Robert Kirchhoff ist am 24. Oktober 1887 in Berlin gestorben. In seiner Gedächtnisrede würdigte ihn der Chemiker August Wilhelm von Hofmann mit den Worten: „Auf meinem langen Lebenspfade bin ich Keinem begegnet, bei welchem wie bei Kirchhoff, höchstes Vollbringen gesellt gewesen wäre mit fast demutvoller Bescheidenheit.“

IM GESPRÄCH MIT MALTE HERWIG

Es war einer der spektakulärsten Kriminalfälle der jüngeren Geschichte. 1990 kam der zu lebenslanger Haft verurteilte Mörder Johann „Jack“ Unterweger, der sich im Gefängnis zu einem gefeierten Schriftsteller gewandelt hatte, auf Druck prominenter Autoren wie Günter Grass, Elfriede Jelinek und Erich Fried frei – und ermordete kurz darauf elf Frauen in Europa und Nordamerika. Der Schriftsteller Malte Herwig widmet sich in seinem neuesten Buch sowohl den Verbrechen Unterwegers als auch jenem kulturellen Milieu, das diese Taten durch das Engagement für seine Freilassung erst ermöglichte. Ein Gespräch über zwei höchst unterschiedliche Welten, die in diesem Fall auf verhängnisvolle Weise zusammenfanden.

Herr Herwig, Sie haben sich bislang mit Thomas Mann und Peter Handke befasst, mit Picassos Muse Françoise Gilot und dem Zauberer Kalanag sowie mit der Generation der „Flakhelfer“. Nun widmen Sie sich in „Austrian Psycho“ dem Serienmörder Jack Unterweger. Wie kam es dazu?

Ich komme zwar aus dem Feuilleton und den Geisteswissenschaften, habe mich aber immer schon für Verbrechen sowie für deren Täter und Ursachen interessiert. Spannend finde ich unter anderem, warum sich Menschen immer wieder von Verbrechen täuschen lassen. Darum interessieren mich an einem Fall wie dem des Jack Unterweger weniger die Morde, über die es bereits Bücher gibt, als vielmehr die Hochstapelei, die diese Morde erst ermöglichte.

Wer das Buch in die Hand nimmt, stellt schnell fest, dass es keine klassische Biographie ist und auch keine Schilderung von Unterwegers Kriminalfällen.

Richtig. Stilistisch ist es ein erzählendes Sachbuch. Alles darin beruht auf Fakten, was auch an den Quellenverweisen am Ende ersichtlich ist. Trotzdem wollte ich mir die erzählerische Freiheit nehmen, mich diesem Thema auf andere Art zu nähern als ich es zuvor in dem NDR-Podcast „JACK. Gier frisst Schönheiten“ getan habe.

Beim Schreiben des Buches ging es mir vor allem um die Menschen, die von Unterweger hinters Licht geführt, manipuliert und instrumentalisiert wurden, namhafte Personen aus dem Kultur- und Literaturbetrieb, die sich für seine Freilassung eingesetzt haben. Es ging mir darum, mich ihren Beweggründen zu nähern, ohne sie bloßzustellen und im Nachhinein als Richter aufzutreten. Deshalb habe ich auch einen Erzähler erfunden, der sich zusammensetzt aus vielen realen Vorlagen, aber keiner bestimmten Person entspricht.

Dieser fiktive Erzähler beklagt sich mehrfach darüber, von Herwig – also Ihnen – zur Niederschrift seines Textes genötigt worden zu sein. Warum haben Sie diesen Weg gewählt?

Weil diese Einstellung den Erfahrungen entspricht, die ich in der Begegnung mit Zeitzeugen gemacht habe. Für viele Gesprächspartner ist es noch immer unangenehm, über den Fall und ihre Rolle darin zu erzählen. Außerdem bin ich als fragender Journalist in einer Rolle, die durchaus etwas Aufdringliches hat. Deshalb habe ich meinen fiktiven Erzähler gelegentlich die Empörung über meine Arbeit zum Ausdruck bringen lassen.

Was macht den Fall Unterweger so besonders? Es gibt ja Mörder, die weitaus mehr Frauen getötet haben als er.

An Unterweger besonders ist, dass er ein Psychopath war, der die Talente eines Psychopathen – andere Menschen manipulieren zu können und schnell zu erfassen, wie diese Menschen manipulierbar sind – auf einem für Verbrecher ganz ungewöhnlichen Feld eingesetzt hat, nämlich der Literatur.

Allerdings konnte ich durch meine Recherchen nachweisen, dass Unterwegers



Täuschte nicht nur seine Opfer: Jack Unterweger, hier bei einer Lesung nach seiner Freilassung 1990

Foto: pa

INTERVIEW

„Morden konnte er, schreiben nicht“

Über den Fall des österreichischen Serienmörders Jack Unterweger, der in den 1980er Jahren als „Knastpoet“ zum Liebling des Feuilletons wurde – und nach seiner Freilassung elf Frauen tötete

Werke, für die er gefeiert wurde, zum großen Teil aus Plagiaten bestanden, während die Texte, die wirklich von ihm selbst geschrieben waren, einfach nur schlecht sind. Morden konnte er, schreiben nicht. Unterwegers ehemaliger Deutschlehrer, der ihn nach der ersten Verurteilung in der Justizvollzugsanstalt Stein unterrichtete, bestätigte mir, dass der später so gefeierte „Häf’npoe“ (Hochdeutsch: Knastpoet) kaum einen korrekten Satz schreiben konnte, geschweige denn literarisch.

Wie also gelang es jemandem, der kaum Bildung hatte, sich in der Haft in jemanden zu verwandeln, der vermeintlich einen Roman schreibt, der allerorts bejubelt wird? Der 1983 in der Haft eine eigene Lesung – die erste dieser Art im österreichischen Strafvollzug – veranstalten durfte, zu der Busladungen von Literaten und Journalisten und sogar der Abt des benachbarten Klosters kamen? Wie kam es dazu, dass so viele kluge Köpfe hereinfielen auf einen Betrüger?

Haben Sie eine Antwort gefunden?

Zunächst einmal sind diese klugen Köpfe Opfer ihres guten Willens sowie ihres Glaubens an die Kraft der Literatur geworden. Die Vorstellung, dass Menschen durch Kultur zu besseren Wesen werden können, geht ja bis in die Weimarer Klassik zurück. Und wenn dann jemand auftaucht, der das scheinbar verkörpert und sich mit Hilfe der Literatur am eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen hat, dann ist es durchaus verständlich, wenn große Geister davon angetan sind.

Allerdings glaube ich auch, dass die Beschäftigung mit Unterweger und seinen angeblichen Werken vor seiner Freilassung einfach zu oberflächlich war. Wobei wir aus heutiger Sicht natürlich schlauer sind. Ich hatte bei meinen Recherchen den Vorteil, dass es längst Indizien dafür gab, dass Unterweger eigentlich nicht schreiben konnte. Deswegen konnte ich gezielt in diese Richtung weiterforschen und bin entsprechend fündig geworden. Hinzu kommt, dass die technischen Möglichkeiten für das Aufdecken von Plagiaten heute andere sind als in den achtziger Jahren.

Das Fatale am Fall Unterweger ist, dass er das völlig falsche Aushängeschild für die Resozialisierung von Strafgefangenen war – mit furchtbaren Folgen für mindestens elf ermordete Frauen. Und so wurde der ganze Fall getragen von guten Absichten auf allen Seiten – außer bei demjenigen, dem diese Absichten galten.

Hat sich jemand von denen, die sich für Unterwegers Freilassung eingesetzt haben, hinterher um ihn gekümmert?

Es gab direkt nach seiner Haftentlassung eine Lesung und Pressekonferenz in der „Alten Schmiede“, einem bekannten Wiener Kulturhaus.

Dort hat er übrigens einem Reporter des Österreichischen Rundfunks (ORF) auf die Frage, was er denn in all den Jahren der Haft gelernt habe, geantwortet: „Gelernt? Im Grunde genommen bin ich gefährlicher als zuvor. Denn ich habe das Denken gelernt und wie man Worte als Waffen verwendet.“ Wer das hörte dachte, er spräche als Literat und in Metaphern. Doch leider waren diese Aussagen die Wahrheit. Diese Dreistigkeit, offen zu sagen, was er meint, und darauf zu setzen, dass alle denken, er spräche im übertragenen Sinne, findet man immer wieder bei Unterweger. So kam es, dass ausgerechnet er, als er seine Mordserie beginnt, vom ORF als Reporter auf den Wiener Straßenstrich geschickt wurde, um Sexarbeiterin-

nen zu interviewen. Und er hatte keine Skrupel, diese Aufgabe zu übernehmen.

Es gibt davon einen bezeichnenden ORF-Beitrag, in dem Unterweger eine Sexarbeiterin anspricht und sagt, sie habe ja eine Kollegin gekannt, die unweit von dort, wo sie jetzt stehen, ihrem „M-Mörder“ begegnet ist. Der eloquente Jack Unterweger stolpert beim Wort „Mörder“. Denn er ist der Mörder. Ein wahrer Freudscher Versprecher, der allerdings niemandem aufgefallen ist.

Schon bald nach der Entlassung ließ das mediale Interesse an Unterweger nach. Warum?

Der damalige Chef der „Alten Schmiede“, Kurt Neumann, sagte mir: „Der Unterweger taucht hier auf in einem weißen Anzug mit einer roten Stoffblume am Revers.“ Und da haben die Leute aus der Kulturszene schnell gemerkt, dass das keiner von ihnen ist, sondern eher ein Lude, ein Zuhältertyp, weshalb auch schnell das Interesse für ihn nachließ.

Umso bemerkenswerter, wie viel Post Unterweger von Frauen bekam! Schon in der Haft waren es körbeweise Briefe. Zuerst von Frauen aus seinem Milieu, dann aus allen gesellschaftlichen Schichten. Wobei die Frauen aus seinem Milieu ihn viel besser durchschauten. Eine von denen, die ihm schon während der Haft geschrieben hatten, sagte ihm in einem letzten Brief nach seiner Freilassung: „Im Gefängnis warst du interessant, weil du ungewöhnlich warst durch das Schreiben. Wenn du nun draußen bist, dann ist das nicht mehr so was Besonderes.“

Und das stimmt auch. Unterweger hatte sich vom schreibenden Häftling zum inhaftierten Schriftsteller gewandelt. Doch als er dann nicht mehr inhaftiert war, war er einfach nur noch ein Schriftsteller, der nicht besonders gut schreiben konnte. Psychopathen sind oft böartige Narzissten. Als bei Unterweger dieser Narzissmus nicht mehr durch Aufmerksamkeit für seine Literatur und seine Auftritte befriedigt wurde, hat er sich anders befriedigt und wieder mit dem Morden angefangen.

Gab es nach dem Bekanntwerden der Mordserie bei Intellektuellen, die sich für Unterweger eingesetzt hatten, so etwas wie öffentlich gezeigte Reue?

Ja, vor allem bei Journalisten, die ihm in der Haft Aufmerksamkeit geschenkt hatten. Peter Huemer, der ein halbes Jahr vor seiner Entlassung ein langes Interview mit ihm geführt hatte, schrieb nach Bekanntwerden der Mordserie sehr kritisch darüber. Gleiches gilt auch für Günther Nenning.

Aus literarischen Kreisen ist mir derlei Selbstkritik nicht bekannt. Ich kann jedoch verstehen, dass vielen Fürsprechern ihr Engagement für Unterweger im Nachhinein peinlich ist. Sie haben sich in guter Absicht für einen Verbrecher eingesetzt, von dessen Läuterung sie überzeugt waren – und mussten dann erkennen, wie schrecklich schiefgegangen die Sache ist. Bei Elfriede Jelinek, mit der ich in Kontakt stehe, habe ich wirklich das Gefühl, dass ihr der Fall und ihre Rolle darin noch immer zu schaffen macht.

Der von ihrem Erzähler zitierte Herwig äußert sich wiederholt sehr hart über Unterweger, was angesichts der Verbrechen nicht verwundert. Haben Sie dennoch in seiner Biographie etwas gefunden, zum Beispiel Gewalterfahrungen in der Kindheit, das diese Taten zwar nicht entschuldigt, aber zumindest erklärt, warum er so geworden ist wie er geworden ist?

Nein. Und bei allem Verständnis für den großen Einfluss, den die frühen Jahre für die Bestimmung eines Lebensweges haben, glaube ich nicht, dass eine schwere Kindheit allein einen Menschen zum Mörder macht.

Unterweger war ein Psychopath. Das ist bei beiden seiner Prozesse klinisch diagnostiziert worden. Das heißt, er war ein kranker Mensch. Das entschuldigt nichts, aber es erklärt, dass da eine Persönlichkeitsstörung vorlag, die nichts mit einer schweren Kindheit zu tun hatte.

Hinzu kommt, dass Unterweger seine Kindheit geradezu verzerrt geschildert hat, um sich als Opfer zu inszenieren. Er hat zum Beispiel seine Mutter als Prostituierte dargestellt, was sie nicht war. Auch die Behauptung vom saufenden und prügelnden Großvater stimmt sehr wahrscheinlich nicht. Ich habe im Wimitztal in Kärnten, wo Unterweger aufgewachsen ist, alte Nachbarn aufgefunden, die sagten, der Großvater sei sicherlich kein mustergültiger Erzieher gewesen, aber er habe seinen Enkel trotzdem geliebt.

Was hat Sie während der Befassung mit dem Leben Jack Unterwegers, mit seinen Opfern, seinen Förderern und seinem Publikum am meisten gewundert – oder eben auch verstört?

Der Fall Unterweger ist die Geschichte eines Mörders, der das Schreiben für sich entdeckte, aber das Morden nicht lassen konnte. Das ist schon mal furchterregend. Er war als Mörder gnadenlos, aber eben auch ein „Würschtel“. Denn er hat seine Opfer ja nicht einfach so erdrosselt, sondern hat den Sexarbeiterinnen vom Straßenstrich zunächst mehr Geld geboten, damit sie mit ihm in den Wienerwald fuhren, und hat ihnen noch mehr geboten, wenn er sie mit Handschellen fesseln durfte. Erst als sie wehrlos waren, hat er sie gequält und getötet.

Unterweger gelang es jedoch nicht nur, seine Opfer zu täuschen, sondern auch so viele Unterstützer, die diesen Fall erst zu einem besonderen machen. Das ist einerseits unheimlich, macht es andererseits aber auch zu einem Fall, über den nachzudenken auch nach über dreißig Jahren noch lohnt.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **Dr. Malte Herwig** ist Schriftsteller und Journalist. Er ist Verfasser mehrerer Biographien, unter anderem über den Schriftsteller Peter Handke, die Künstlerin Françoise Gilot und den Zauberer Kalanag. www.publicorum.com

Buch-Tipp



Malte Herwig
Austrian Psycho
Jack Unterweger
Molden Verlag 2024, Hardcover mit Schutzumschlag, 128 Seiten
ISBN: 978-3-222-15112-5, 18,90 Euro

VON WOLFGANG KAUFMANN

Um die Gesundheit der Deutschen steht es derzeit nicht zum Besten. Vor allem Infekte und psychische Störungen nehmen überhand. Darraus resultieren Rekordwerte bei den Krankenständen, die auch spürbare negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Die Statistiken und Analysen des Robert-Koch-Instituts sowie der Krankenkassen sprechen diesbezüglich eine deutliche Sprache. Zu den wesentlichsten Ursachen der schlechten Immunlage und seelischen Verfassung der Menschen hierzulande zählt ganz offensichtlich die multiple Dauerkrise seit 2007, deren Auswirkungen jetzt in dramatischer Weise kumulieren.

Auf die globale Finanzkrise von 2007/08 folgten wenig später die Schulden- beziehungsweise Euro-Krise und dann die Migrationskrise – drei Krisen, welche bis heute nicht ausgestanden sind. Hierzu kam 2020 die Corona-Krise, die keineswegs nur eine Gesundheitskrise war, sondern auch ein gewaltiges politisches und ökonomisches Beben auslöste. Beispielsweise nahm die Inflation nun in erschreckendem Tempo Fahrt auf. Und als ob dies nicht bereits mehr als gereicht hätte, brachen 2022 und 2023 noch zwei Kriege aus, die erneut globale Schockwellen auslösten und die wirtschaftliche Lage weiter verschlechterten. Ebenso sind Teile der Bevölkerung überzeugt davon, dass wir uns parallel zu all dem in einer Klimakrise befinden.

Seelische und körperliche Spuren

Das Ganze führt bei vielen Menschen zu enormer Unsicherheit, weil sie erkennen, wie sehr die Krisen ihr Leben beeinflussen, ohne dass sie die Möglichkeit besitzen, in irgendeiner Weise gegenzusteuern. Dadurch entstehen tiefgreifende Ängste. Steigende Preise, Energieknappheit und Rohstoffmangel, der unkontrollierte Zustrom von Immigranten, ausufernde Kriminalität, fehlender Wohnraum, ein darniederliegendes Gesundheitssystem, Firmeninsolvenzen in bislang nie gekannter Zahl und Ähnliches wecken die Furcht vor einem Systemkollaps und dem Wegbruch der gesamten Daseinsvorsorge.

Außerdem scheinen die Werte und Normen, welche den Deutschen lange Zeit Sicherheit gaben, keine Rolle mehr zu spielen. Man denke nur an die vielen, ebenso rechts- und verfassungswidrigen wie dummen, aber dennoch mit aller Macht durchexerzierten Corona-Maßnahmen oder das Damoklesschwert der COVID-Impfpflicht, das zeitweise über der gesamten Bevölkerung schwebte.

Dazu gesellen sich jetzt noch zunehmende Repressionsmaßnahmen gegen Kritiker der Chaos-Politik einer offensichtlich inkompetenten Regierung. Manche reagieren hierauf mit erbittertem Wi-



Rekordwerte bei den Krankenständen: Viele Deutsche lässt der Blick auf die Welt resignieren

Foto: action press/Michael Bihlmayer

GESUNDHEIT

Stress durch multiple Krisen: Wenn die Weltlage krank macht

Finanzkrise, Schuldenkrise, Asylflut, Corona-Welle, Krieg, Wirtschaftseinbruch, Ampel-Chaos: Immer mehr Deutsche leiden gesundheitlich an der Flut großer Probleme – Aber man kann sich schützen

derstand oder hektischer Betriebsamkeit, um für sich zu retten, was zu retten ist, andere resignieren gebrochen und desorientiert. Die Folge ist dabei in jedem Fall – egal, ob vom Einzelnen bewusst wahrgenommen oder nicht – ein anhaltender kollektiver wie individueller Dauerstress, welcher gravierende körperliche und seelische Spuren hinterlassen kann.

Das Ganze beginnt mit Schlafproblemen, Müdigkeit, Schmerzzuständen und weiteren funktionellen Störungen insbesondere des Magen-Darm- und Herzkreislauf-Systems und endet mit chronischen Erkrankungen. So sorgt der Stress für Bluthochdruck mit all seinen gefährlichen Begleiterscheinungen oder eine deutliche Gewichtszunahme, weil Menschen unter Druck häufiger zu ungesunder Ernährung neigen. Hinzu kommen Burn-out-Synndrome, Depressionen und Suchterkrankungen der verschiedensten Art. Das sind indes nicht die einzigen Folgen der multiplen Dauerkrise.

Wer um die materielle oder soziale Existenz fürchten muss, vernachlässigt seinen Körper und nutzt die vorhandenen Ressourcen nicht für „Wellness“ und Prävention. Die Bereitschaft der Deutschen, für ihr gesundheitliches Wohlergehen in der Zukunft zu sorgen, ist allerdings schon des Längeren rückläufig. An dieser Tendenz ändern auch kurzzeitige Modetrends wie der anfängliche Drang, sich eine Corona-Impfung nach der anderen abzuholen, nichts Wesentliches. Die Präventionslücke ist eine der Hauptursachen für die kontinuierliche Zunahme von Krebserkrankungen, die keineswegs nur aus den unterlassenen Vorsorgeuntersuchungen während der Pandemie resultiert.

Das richtige Maß finden

Dabei gibt es durchaus Möglichkeiten, die eigene körperliche und seelische Gesundheit im Trommelfeuer der Krisen zu bewahren. An erster Stelle steht hier ein

bewusster Umgang mit Nachrichten. Untersuchungen der Harvard School of Public Health und der Texas Tech University zeigen übereinstimmend, dass der Konsum schlechter Nachrichten – und solche dominieren ja in Krisenzeiten – bei den meisten Menschen starken Stress auslöst und somit auch potentiell krank macht. Daher ist es wichtig, Nachrichten nur in wohlüberlegtem Maße zu verfolgen. Als gesunde Dosis für alle, die nicht von Berufs wegen solche Informationen abrufen müssen, gelten maximal zehn Minuten am Tag – und das natürlich keinesfalls vor dem Schlafengehen.

Ansonsten wird die Widerstandskraft in solch schwierigen Phasen wie jetzt durch eine angemessene Lebensführung gestärkt. So steigert der häufige Aufenthalt in der Natur die Zufriedenheit auf signifikante Weise. Laut der Psychologin Leonie Fian von der Universität Wien zeitigt bereits ein 40 Minuten langer Aufenthalt in der Natur pro Woche den gleichen

Effekt wie 1000 Euro mehr Jahresnettoeinkommen.

Des Weiteren sollten wir versuchen, in dem, was wir tun, einen Sinn zu sehen, auch wenn der gesamtgesellschaftliche Kontext dies oftmals erschwert. Außerdem ist es wichtig, Ängste nüchtern einzuordnen: Welche Bedrohung ist real beziehungsweise relevant und welche doch eher theoretisch? Zudem sollte man die eigenen Grenzen kennen und sich nicht zu viel aufbürden.

Manchmal hilft auch ein gesundes Maß an narzisstischer Energie, um aus Grübelfallen und depressiven Tiefs herauszufinden. Allerdings ist der Glaube an die eigenen Fähigkeiten kein Allheilmittel. Psychologen warnen sogar vor einem Übermaß an „positivem Denken“. Denn die „Alles wird gut“-Mantras verdecken, wie kritisch die Situation tatsächlich ist, und verhindern nötige Diskussionen über die Ursachen. Davon profitieren letztlich nur die Verantwortlichen für die Krisen.

DEMOGRAPHIE

Ein Volk arrangiert sich mit seiner Schrumpfung

Japan treibt in einen rapiden Bevölkerungsrückgang – Doch statt gegenzusteuern, macht man einfach das Beste daraus

Zu den derzeitigen Krisen wird sich bald noch eine demographische gesellen. Zum einen explodieren die Bevölkerungszahlen in Afrika und weiteren Teilen der Dritten Welt, zum anderen gibt es in den Industrieländern komplett gegenteilige Entwicklungen. Einen Wandel der letztgenannten Art macht auch Japan durch, wobei der Bevölkerungsschwund hier besonders zeitig einsetzte.

Der Höchststand bei der Einwohnerzahl wurde in Japan bereits 2008 erreicht. Damals lebten 128 Millionen Menschen auf den 14.125 japanischen Inseln – etliche davon in den beiden Megastädten Osaka und Tokio. Mittlerweile sind es schon

zwei Prozent weniger, nämlich 125,4 Millionen, wobei die Entwicklung immer schneller verläuft. Zuletzt sank die Bevölkerungszahl im Land der aufgehenden Sonne um 500.000 Menschen pro Jahr. Neuere Hochrechnungen des Nationalen Institutes für Bevölkerungs- und Sozialversicherungsforschung vom April vorigen Jahres besagen, dass es 2070 bloß noch um die 87 Millionen Japaner geben wird. Und 2120 sollen es dann sogar nur 49,7 Millionen sein.

Verursacht wird das Ganze durch einige wenige Faktoren. 1945 lebten in Japan rund 72 Millionen Menschen. Dann stieg die Bevölkerungszahl infolge der hohen

Geburtenrate nach dem Zweiten Weltkrieg von mehr als vier Kindern pro Frau rapide an. Allerdings sorgten die unablässig wachsenden Lebenshaltungskosten und die daraus resultierende stärkere Erwerbstätigkeit der japanischen Frauen für eine baldige Abflachung der Geburtenkurve, bis die Reproduktionsrate Ende der 1970er Jahre auf unter 2,1 Kinder pro Frau fiel – also jenen Wert, der erreicht werden muss, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten.

Damit setzte deren Rückgang ein, da die japanische Regierung es weder vermochte, durch passende sozialpolitische Programme gegenzusteuern, noch bereit

war, auf diese Entwicklung mit einer Förderung der Immigration zu reagieren. Stattdessen wurde beschlossen, sich mit dem Bevölkerungsschwund auf kreative Weise zu arrangieren.

Dazu gehören spezielle Programme für die „Shoumetsu Kanousei Toshi“, also die „Vom Aussterben bedrohten Orte“. Von denen gibt es laut Angaben des Japan Policy Council mittlerweile bereits 900, wobei ein Ort dann auf die Liste kommt, wenn Demographen davon ausgehen, dass die Zahl der hier lebenden Frauen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren bis 2040 um voraussichtlich 50 oder mehr Prozent zurückgeht. In diesem Fall fördert der

Staat beispielsweise Maßnahmen zur Umnutzung der vorhandenen, aber für ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr gebrauchten Infrastruktureinrichtungen. So werden aus Schulen Orte, an denen sich Anhänger verschiedenster Interessen in größeren Gruppen zusammenfinden und austauschen können. Überflüssige Banken wiederum dienen nun oftmals als Bürogebäude für Firmengründer, welche es lieben, in den leer stehenden Trepperräumen ungestörte Konferenzen abzuhalten. Und nicht selten verwandeln die Japaner die verwaisten Einrichtungen auch in potentielle Notquartiere für den Katastrophenfall. W.K.

ALLENSTEIN

Bauern protestieren im Stadtzentrum

Landwirte fühlen sich durch Billigimporte aus der Ukraine in ihrer Existenz bedroht

VON DAWID KAZANSKI

Wie die Bauern in anderen Staaten der Europäischen Union, gingen auch in der Republik Polen die Landwirte auf die Straße. Sie organisierten eine ganze Reihe von Protestaktionen, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Bisher fanden die Proteste lediglich an den Grenzübergängen und Kontrollpunkten zur Ukraine, an Autobahnen, Schnell- und Umgehungsstraßen sowie an Zufahrtsstraßen statt. Um mehr Aufmerksamkeit zu erlangen, haben die Bauern ihre Aktionen nun in die Stadtzentren verlegt. Die größte Demonstration von Landwirten im südlichen Ostpreußen fand bisher am 20. Februar vor dem Woiwodschaftsamt in Allenstein statt.

Die anhaltenden Proteste der Landwirte richten sich gegen die Einfuhr ukrainischen Getreides und die Agrarpolitik der Europäischen Union, insbesondere gegen den sogenannten Green Deal, der die Landwirtschaft in allen EU-Ländern betrifft. Aus der Ukraine importierte Waren werden von polnischen Unternehmen für viel weniger Geld angekauft als Getreide von einheimischen Landwirten, obwohl die ukrainischen Produkte die Qualitätskontrollen nicht bestanden hatten und mit in der EU verbotenen Mitteln angebaut wurden. Viele Landwirte standen deshalb mit vollen Lagern und ohne Einnahme da. Der Green Deal, der die EU bis 2050 klimaneutral machen soll, erweist sich immer mehr als Problem, da er Bestimmungen enthält, welche die Landwirte zusätzlich belasten.

EU-Politik belastet Landwirte

Die Traktoren, die ins Allensteiner Zentrum einfuhren, waren mit polnischen Fahnen geschmückt. An der Vorder- und Rückseite vieler Fahrzeuge waren Transparente angebracht, die den Green Deal kritisierten und die Stadtbewohner daran erinnerten, dass die Demonstranten für das Wohl aller Polen kämpften. Fast 500 Traktoren blockierten den Abschnitt zwischen dem Rathaus und dem Woiwod-



Stillstand: Traktorenkolonne im Allensteiner Stadtzentrum, im Hintergrund das Rathaus

Foto: D.K.

schaftsamt, die Kreuzung der Kleebergerstraße und der Kopernikusstraße sowie den Dunikowski-Platz.

Der Woiwode von Ermland-Masuren, Radosław Król, ging auf die Landwirte zu. Er sagte, dass er die Forderungen der Bauern an die zuständigen Ministerien und an den Ministerpräsidenten weitergeleitet habe. Daraufhin soll der Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Czesław Siekierski, ein Schreiben mit seinen Plänen zur Beilegung des Konflikts übermittelt haben, die sich weitgehend mit den Forderungen der Demonstranten decken.

Am Abend zündeten die Landwirte vor dem Amtsgebäude Lagerfeuer an und verbrannten als Protestausdruck eine Strohuppe von Ursula von der Leyen, die sie für die Agrarpolitik der Europäischen Union verantwortlich machen.

Wegen der Bauernproteste und der Lahmlegung des Stadtzentrums wurden die Routen der öffentlichen Verkehrsmittel geändert. Viele Arbeitnehmer blieben

im Einvernehmen mit ihren Arbeitgebern zu Hause, da sie befürchteten, dass der Verkehr zum Erliegen kommen würde. Der Autoverkehr ging jedoch trotz aller Hindernisse an diesem Tag weiter.

Politiker sollen umdenken

Die Landwirte erklärten, das Ziel ihrer Proteste sei, die Haltung der polnischen Regierung als auch die der Europäischen Kommission gegenüber dem unkontrollierten Fluss von Agrar- und Ernährungsgütern aus der Ukraine in die EU zu ändern. Aus diesem Grund fanden zahlreiche Proteste auch am Grenzübergang zwischen Polen und der Ukraine statt, wo ukrainisches Getreide aus den Waggons gekippt wurde.

Die Landwirte fordern mit Nachdruck eine Änderung der Green-Deal-Strategie, da die landwirtschaftliche Produktion in Europa durch die Auferlegung von absurden Umweltauflagen eingeschränkt werde. Nach Ansicht der Landwirte wird die Umsetzung der grünen Agrarpolitik zur

Insolvenz vieler Familienbetriebe und zur Verdrängung polnischer, gesunder und qualitativ hochwertiger Lebensmittel vom Markt zugunsten von minderwertigen Produkten aus der Ukraine führen. Sollten die Regierung und die EU-Behörden im Streit mit den polnischen Landwirten keinen Kompromiss finden, wollen sie die Proteste und die Blockade des sogenannten zollfreien Warenstroms aus der Ukraine bis April verlängern.

Ministerpräsident Donald Tusk versicherte auf einer Pressekonferenz, dass die Regierung eine Lösung finden werde, um die Interessen der polnischen Landwirte zu wahren. Gleichzeitig sagte er aber auch, dass die Lieferungen von militärischer Ausrüstung und humanitären Hilfsgütern an die Ukraine nicht unterbrochen werden dürften und die Grenzübergänge in die Liste der kritischen Infrastrukturen aufgenommen würden. Das bedeutet eine stärkere Kontrolle der staatlichen Dienste an der Grenze zwischen den beiden Ländern.

● MELDUNGEN

Spenden vor Ort möglich

Allesstein – Schon seit Jahren gibt es Aktionen in der Woiwodschaft Ermland-Masuren bei der Suche nach Knochenmarkspendern. Wenn eine Übereinstimmung vorlag, mussten Patienten und Spender bisher zur Transplantation nach Warschau oder Kattowitz fahren. Jetzt wurde in der Abteilung für Hämatologie an der Allensteiner Poliklinik ein Zentrum für Transplantologie eröffnet. Die Abteilung ist die einzige in der Woiwodschaft, die sich mit der Diagnose und Heilung aggressiver Formen von Krebs wie akute Leukämie und malignen Lymphomen befasst. Ihre neunzehn stationären und acht ambulanten Betten sind durchschnittlich zu 90 Prozent ausgelastet, die Versorgung von Patienten mit hämatologischen Krankheiten stößt an ihre Grenzen. U.H.

Klein-Jamaika am Drewenzsee

Osterode – Mit Jamaika verbinden viele Menschen automatisch zwei Bilder: schnell laufende Menschen und Musiker, die Reggae spielen. Die Liebhaber dieser Musik zieht es im Sommer immer nach Osterode, dem „kleinen Jamaika am Drewenzsee“, wenn das größte Reggae-Festival in diesem Teil Europas über die Bühne geht. Zur Vorbereitung auf die diesjährige Ausgabe der Veranstaltung waren ihre Vertreter in Jamaika auf einem dortigen Festival zur Inspiration. Zwei Eindrücke haben sie nach Osterode mitgebracht, wie sie bei Radio Olsztyn erzählten. Zum einen zeigt das Osteroder Festival dieselbe Atmosphäre, denselben Geist wie die Konzerte auf Jamaika, zum anderen sei Osterode dank seines Reggae-Festivals auf Jamaika die bekannteste Stadt der Republik Polen, wenn nicht Europas. In diesem Jahr werden die Freunde und die Interpreten des Reggae im Juli am Drewenzsee erwartet. U.H.

ALLENSTEIN

Ein Herz für geschwächte Lungen

32. Finale des „Großen Orchesters“ – Spendensammlung für medizinische Spezialgeräte erbrachte Rekordsumme

Fast 41 Millionen Euro – das ist der Betrag, mit dem das 32. Finale des Großen Orchesters der Weihnachtshilfe polenweit endete. Es ist jedoch noch nicht das endgültige Ergebnis. Bei der letztjährigen Spendenaktion wurde ein Betrag von rund 35 Millionen Euro angegeben. 2023 war das Ziel der Sammlung die Bekämpfung der Sepsis. Letztendlich wurden viel mehr, nämlich 56 Millionen Euro, eingesammelt. Deswegen hoffen alle, dass auch dieses Mal nach den endgültigen Berechnungen ein neues Rekordergebnis aufgestellt wird.

In Allenstein fanden Wohltätigkeitsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Aufführungen, Wohltätigkeitskonzerte oder Animationen für Kinder und Erwachsene in der jüngst renovierten Sport- und Unterhaltungshalle Urania und im Kortosfera-Zentrum für die Popularisie-

rung von Wissenschaft und Innovation an der Universität Ermland-Masuren statt.

Der Eintritt in das Wissenschaftszentrum Kortosfera war am Tag der Spenden-

sammlung von Gebühren befreit, während alle Besucher der Laboratorien und wissenschaftlichen Ausstellungen um eine Spende für das Große Orchester der Weihnachtshilfe gebeten wurden.

Kleinere Veranstaltungen wurden in Einkaufszentren, in der Altstadt und am Stadtstrand organisiert, wo während eines gemeinsamen Winterbadens Spenden gesammelt wurden. Der Allensteiner Freiwilligenstab meldet, dass es gelang, umgerechnet rund 116 000 Euro zu sammeln.

Das 32. Finale des Großen Orchesters der Weihnachtshilfe stand unter dem Motto „Die Lungen nach der Pandemie. Wir spielen für Kinder und Erwachsene!“ Die diesjährige Kampagne war dem Kauf von Geräten zur Diagnose, Überwachung und Rehabilitation von Lungenkrankheiten in pulmonologischen Abteilungen für Kinder und Erwachsene gewidmet. Die

Stiftung plant unter anderem die Anschaffung von Geräten für die bildgebende Diagnostik, darunter Magnetresonanz- und Ultraschallgeräte.

Der Vorsitzende der Wohltätigkeitsorganisation, Jurek Owsiak, sagte auf einer Pressekonferenz, dass sich die Lungen eines Teils der Bevölkerung aufgrund von Erkrankungen infolge einer Infektion mit dem COVID-19-Virus nicht in einem optimalen Zustand befänden. Aus diesem Grund möchte die Stiftung die gesammelten Spenden für die Anschaffung von Geräten für 15 pulmonologische Kinder- und 49 Erwachsenenabteilungen verwenden. Owsiak betonte: „Während der Pandemie hat das öffentliche Gesundheitssystem versagt und war ineffizient, und jetzt ist es an der Zeit, dies durch die Anschaffung von Spezialgeräten ein wenig auszugleichen.“ D.K.



Abschlussfeier: Podiumsdiskussion in der Universität

Foto: D.K.

**ZUM 103. GEBURTSTAG**

Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 101. GEBURTSTAG

Schultz, Elfriede, geb. **Denda**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kapteina, Heinz-Erich, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Kunze, Hildegard, geb. **Rasokat**, aus Groß Schollen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Günther, Lieselotte, geb. **Turowski**, aus Lyck, am 11. März

Karpowski, Friedrich, aus Plöwen, Kreis Treuburg, am 8. März

Kosiey, Elfriede, geb. **Kensy**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 9. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Boelter, Elfriede, geb. **Waschke-witz**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. März

Erwin, Gerda, geb. **Lenz**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 11. März

Hahn, Waltraut, aus Kulmen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. März

Hoffmann, Hannelore, geb. **Warnat**, aus Lyck, am 14. März

Klause, Ega, geb. **Freude**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrun-gen, am 14. März

Pogoda, Werner, aus Lyck, am 10. März

Schulz, Margarete, geb. **Frei-wald**, aus Lyck, am 14. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Daab, Adelheid, geb. **Patz**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. März

Kristandt, Helmut, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 9. März

Lutz, Elsa, geb. **Reißmann**, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 9. März

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Wille, Ruth, geb. **Bliwernitz**, aus Schnellwalde, Kreis Mohrun-gen, am 10. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bierkandt, Ruth, geb. **Wehowski**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. März

Hänsel, Lieselotte, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 11. März

Lork, Erich, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Schumann, Helmut, aus Rode-bach, Kreis Ebenrode, am 12. März

Tubies, Hildegard, geb. **Klassen**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Beyer, Waltraut, geb. **Lau**, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 11. März

Buddrus, Dieter, aus Schnecken-walde, Kreis Elchniederung, am 10. März

Fuhrmann, Maria, aus Dorf Tra-kehnen, Kreis Ebenrode, am 8. März

Niepelt, Ruth, geb. **Wippich**, aus Lyck, Fligges Garten, am 9. März

Roeder, Margarete, aus Milucken, Kreis Lyck, am 9. März

Steinke, Anneliese, geb. **Kirsch-nick**, aus Sorthenen, Kreis Fisch-hausen, am 14. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bauer, Gerti, geb. **Lucka**, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Eichholz, Hildegard, aus Auglit-ten, Kreis Lyck, am 9. März

Föllscher, Gerda, geb. **Dumschat**, aus Dinslaken, Kreis Ebenrode, am 12. März

Gruppe, Ursula, geb. **Dotzek**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 11. März

Loosen, Maria, geb. **Meyer**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 12. März

Mielenz, Irmgard, geb. **Kudritz-ki**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 12. März

Muscheites, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 14. März

Riekewald, Günter, aus Lyck, am 14. März

Salomon, Edeltraud, geb. **Dom-mel**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 14. März

Sowa, Theodor, aus Borschim-men, Kreis Lyck, am 9. März

Zywietz, Werner, aus Passen-heim, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bendick, Reinhard, aus Wehlau, am 14. März

Berger, Else, geb. **Grüner**, aus Sa-reiken, Kreis Lyck, am 13. März

Fallik, Lotte, geb. **Lengemann**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. März

Köpke, Wolfgang, aus Mohrun-gen, am 12. März

Labusch, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. März

Ruske, Edith, geb. **Maczeyzik**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 12. März

Schröder, Christel, aus Thieren-berg, Kreis Fischhausen, am 13. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartel, Günter, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 8. März

Böker, Edith, geb. **Westphal**, aus Klein Friedrichsdorf, Kreis Elch-niederung, am 13. März

Breflein, Ursula, aus Ebenrode, am 9. März

Hartmann, Herta, geb. **Borutta**, aus Deuschheide, Kreis Ortels-burg, am 13. März

Lucka, Gerhard, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Mühlhoff-Gerecht, Helga, geb. **Meyer**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 11. März

Steinfath, Käthe, geb. **Kulz**, aus Ro-dental, Kreis Lötzen, am 13. März

Thom, Berta, geb. **Guckes**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 10. März

Thommek, Käthe, geb. **Knies**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 11. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brül, Ursula, geb. **Roekner**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 14. März

Burkhardt, Inge, geb. **Reypa**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 8. März

Czeranski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Howe, Henriette, geb. **Rimbach**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 12. März

Jelonnek, Gerhard, aus Königs-berg, am 13. März

Laubach, Irmgard, geb. **Reck**, aus Eisermühl, Kreis Lötzen, am 12. März

Orzessek, Willi, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. März

Perle, Fritz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 10. März

Syska, Erwin, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Tiede, Helga, geb. **Kröhnert**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniede-rung, am 11. März

Waldhof, Gerhard, aus Lyck, am 13. März

Zbikowski, Heinz, aus Kyschie-nen, Kreis Neidenburg, am 13. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 90. GEBURTSTAG

Altrock, Günther, aus Groß Bud-lacken, Kreis Wehlau, am 10. März

Augustin, Horst, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 8. März

Bachler, Fritz, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 9. März

Brix, Inge, geb. **Dörk**, aus Theer-wisch, Kreis Ortelsburg, am 11. März

Geise, Irmgard, geb. **Krosta**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 13. März

Grzesny, Günther, aus Anhalts-berg, Kreis Ortelsburg, am 8. März

Heemeier, Annemarie, geb. **Plot-trong**, aus Tauern, Kreis Ebenro-de, am 12. März

Kucklick, Wolfgang, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. März

Langner, Horst, aus Roddau Per-kuiken, Kreis Wehlau, am 14. März

Matthies, Gertraud, geb. **Kristo-fiak**, aus Steinau, Kreis Neiden-burg, am 10. März

Paulson, Adolf, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 8. März

Poganski, Albert, Kreisgemein-schaft Neidenburg, am 14. März

Pomian, Manfred, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 11. März

Rimkus, Kurt, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 12. März

Stobbe, Brigitte, geb. **Engler**, Kreisgemeinschaft Preußisch Ey-lau, am 12. März

Winkler, Erika, geb. **Fischer**, aus Neu-hof, Kreis Neidenburg, am 11. März

Wittschorek, Hubertus, aus Fri-schenau, Kreis Wehlau, am 10. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bauch, Erna, geb. **Reimann**, aus Sakrinten, Kreis Mohrun-gen, am 12. März

Besler, Dietrich, aus Mohrun-gen, am 9. März

Bohnsack, Helga, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 11. März

Cilwik, Helmut, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 11. März

Froese, Gerhard, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 9. März

Lorra, Helga, geb. **Traven**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 8. März

Meiser, Ursula, geb. **Aßmann**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 14. März

Overton, Helga, geb. **Philippzik**, aus Lyck, am 8. März

Podleck, Marion, geb. **Lucas**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 10. März

Pries, Ilse, geb. **Rempel**, aus Dip-pelsee, Kreis Lyck, am 9. März

Rude, Edelgard, geb. **Müller**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 11. März

Sommer, Edith, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. März

Warnke, Helmut, aus Ortelsburg, am 13. März

Ziemek, Dietmar, aus Kölmers-dorf, Kreis Lyck, am 12. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alex, Willfried, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 9. März

Hinz, Adelheid, geb. **Büchler**, aus Eydkau und Sandau, Kreis Ebenro-de, am 11. März

Korpp, Adelheid, geb. **Spieß**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 8. März

Lünz, Heidi, geb. **Objartel**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 9. März

Metzker, Georg, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 9. März

Neumann, Karl-Ernst, aus Kal-lehnen, Kreis Wehlau, am 14. März

Reiss, Gabriele, Kreisgemein-schaft Lötzen, am 10. März

Thieler, Siegfried, aus Angerapp, am 10. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Henning, Martin, aus Gedwan-gen, Kreis Neidenburg, am 13. März

Subroweit, Helmut, aus Neu-hof-Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 8. März

Zacharias, Horst, aus Roddau Per-kuiken, Kreis Wehlau, am 10. März

PAZ wirkt!

ANZEIGE

Sonnabend, 1. Juni 2024
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Ostermarkt

Stuttgart – Sonnabend, 16. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Schlossstraße 92: 15. ostdeutscher Ostermarkt.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Eisenbahn in Ostpreußen

Hof – Sonnabend, 9. März, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Die Eisenbahn in Ostpreußen

Hauptmann von Köpenick

Hof – Als Prominenten des Monats Februar stellte Kulturwart Bernd Hüttner den aus Tilsit stammenden Friedrich Wilhelm Voigt vor. Der am 13. Februar 1849 geborene Schuhmacher führte ein bewegtes Leben. Sein Husarenstück, die Besetzung des Köpenicker Rathauses und der Raub der dortigen Stadtkasse, ist vielen aus Theater und Film bekannt.

Bereits als Jugendlicher wurde Voigt wegen Diebstahls zu einer 14-tägigen Haftstrafe verurteilt. Während seiner Wanderjahre als Schuhmacher, die ihn durch Pommern und Brandenburg führten, kam er immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt und verbrachte wegen Diebstahl und Urkundenfälschung viele Jahre im Gefängnis.

Diese Vergangenheit hinderte ihn nach der Entlassung aus dem Zuchthaus, ein bürgerliches Leben zu führen. So wurde ihm der Aufenthalt im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin verboten. Auch in Berlin, wo er bei seiner Schwester Unterschlupf gefunden hatte, verwies man ihn des Landes.

Mit einer, aus verschiedenen Uniformteilen zusammengestellten, Hauptmannsuniform übernahm er am 16. Oktober 1906 nach einem Wachwechsel das Kommando über eine Gruppe Gardefüsilier. Er besetzte das Köpenicker Rathaus, verhaftete den Bürgermeister und beschlagnahmte den Inhalt der Stadtkasse. Auf sein Ergreifen wurde eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Zehn Tage später wurde er, dank des Tipps eines ehemaligen Zellengenossen, verhaftet. Die vierjährige Haftstrafe hob Kaiser Wilhelm II. durch eine Begnadigung im August 1908 auf.

Die „Köpenickiade“ machte Friedrich Voigt weltbekannt. Eine Grammophonaufnahme, seine Wachsfigur im Panoptikum „Unter den Linden“ und öffentliche Auftritte in Lokalen, auf Jahrmärkten und im Zirkus sorgten für Ärger bei der Obrigkeit. 1910 erhielt er einen Pass für Luxemburg, wo er überwiegend als Kellner und Schuhmacher arbeitete. Dank seiner Bekanntheit hatte er ein gutes Auskommen. Er besaß schon früh ein Automobil und kaufte sich 1912 ein Haus, in dem er bis zu seinem Tod am 3. Januar 1933 lebte. Im Alter von 72 Jahren starb er dort, verarmt und von einer Lungenkrankheit gezeichnet. 1961 kaufte der Zirkus Sarrasani für 15 Jahre sein Grab und stiftete einen Grabstein. Danach übernahm die Stadt Luxemburg die Pflege der Grabstelle.

Carl Zuckmayer schrieb über die Ereignisse in Köpenick eine dreiaktige Tragikomödie, die 1931 uraufgeführt wurde. Im selben Jahr gab es die erste Verfilmung der Geschichte. Die bekannteste Version dürfte jedoch der Film mit Heinz Rühmann aus dem Jahr 1956 sein. *Jutta Starosta*



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Tag der Archive

Bremen – Bis Sonnabend, 20. April, „Kapitel 8“, Bremische Evangelischen Kirche, Domsheide 8: Ausstellung des „Arbeitskreises Bremer Archive“ im Rahmen des Tags der Archive, der alle zwei Jahre am ersten Märzwochenende bundesweit stattgefunden hat, dieses Jahr unter dem Motto „Essen und Trinken“.

Auf Schautafeln und Vitrinen präsentieren 25 Archive der angeschlossenen Vereine und Institutionen ihre Schautafeln und Exponate. Die Ausstellung richtet einen besonderen Blick auf das kulturelle Erbe der Stadt und des Landes Bremen. Der Erhalt und die Verfügbarmachung des Kulturgutes zählen zu den wesentlichen Aufgaben der vielfältigen und vielschichtigen Archivlandschaft in Bremen und Bremerhaven.

Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen e.V., Bremen ist Mitglied im Arbeitskreis und beteiligt sich an der Ausstellung mit einer Text- und Bildtafel zum Thema „Staesz-Pfefferkuchengewürz“ aus Nesse bei Bremerhaven. Ein Besuch der in der Innenstadt Bremens präsentierten Ausstellung ist empfehlenswert. *Heinrich Lohmann*

Zusendungen für die Ausgabe 12/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 12/2024 (Erstverkaufstag 22. März) **bis spätestens Dienstag, den 12. März**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg



Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Jahresprogramm

Wetzlar – Dienstag, 19. März, Gaststätte Zum Matchball, Tennisplatz, Bodenfeld: Kuno Kutz zeigt den zweiten Teil des Filmes „Pommern – wie es einmal war“.

Dienstag, 16. April: Wolfgang Warnat spricht zum Thema „Ost- und Westpreußen im 20. Jahrhundert – Grenzverschiebungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg“.

Dienstag, 14. Mai: Gerd-Helmut Schäfer informiert über die „Schwarzmeerdeutsche Mathilde Stein“, die von Odessa über das Wartheland und Sibirien nach Hamburg kam.

Dienstag, 11. Juni: Kuno Kutz zeigt den Film „Sudetenland wurde es genannt“.

Sonnabend, 6. Juli: Grillfest.

Dienstag, 17. September: Gerd-Helmut Schäfer referiert über „Masuren – Der Süden von Ostpreußen“.

Dienstag, 15. Oktober: Wolfgang Post berichtet über eine Wanderung von der Oderquelle bis nach Cosel in Oberschlesien.

Dienstag, 12. November: Wolfgang Warnat spricht über eine Reise nach Ostpreußen auf der Suche nach dem Leben der Vorfahren.

Sonntag, 1. Dezember: gemeinsame Adventsfeier vom Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften in den Ratsstuben in Aßlar.

Zum Kantjubiläum

Wiesbaden – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: „Bestimme dich aus dir selbst!“, Vortrag von Dieter Schetat zum 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen Immanuel Kant. Ein Nachmittag mit Kant lohnt immer! Zu vor gibt es Kaffee und Kuchen.

Gemeinsames Mittagessen

Wiesbaden – Donnerstag, 21. März, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Gemeinsames Mittagessen á la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 15. März bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521 oder Ilse Klausen unter Telefon (06122) 14808.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Untertüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Sagen und Märchen

Oldenburg – Mittwoch, 13. März, 15 Uhr, Stadthotel: Wir machen einen Abstecher in die Welt der ostpreußischen Sagen und Märchen.

Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. *Gisela Borchers*



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Monattreffen

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Hubertus Hilgendorff aus Flehm hält einen Vortrag bei der Landsmannschaft „Ost- Westpreußen und Danzig“ über die Trakehnerzucht und ihre Organisation. Gäste sind herzlich willkommen!



Ostpreußisches Landesmuseum

Studienreise – Montag, 2., bis Montag, 9. September: Auf den Spuren von E.T.A. Hoffmann mit wissenschaftlicher Begleitung durch Jörg Petzel, Vizepräsident der E.T.A. Hoffmann-Gesellschaft. Wir laden Sie herzlich ein zu einer Reise nach Posen, Plock, Warschau und Berlin auf den Spuren Ernst Theodor Amadeus Hoffmanns – Schriftsteller, Jurist, Komponist, Kapellmeister, Musikkritiker, Zeichner und Karikaturist. Informationen und Anmeldung: Agata Kern, Kulturreferentin für Ostpreußen und das Baltikum am Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-15, E-Mail: a.kern@ol-ig.de

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, GSt.: Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Heimatpolitische Tagung

Rotenburg (Wümme) - Die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) haben zur traditionellen 66. Heimatpolitischen Tagung ins Ratsgymnasium nach Rotenburg (Wümme) eingeladen. Die Veranstaltung am 17. und 18. Februar im 70. Jahr des Bestehens der Patenschaft hatte die gemeinsame Geschichte der beiden Regionen Ostpreußen und Hannover zum Thema. Kreisvertreter Wolfgang Schiemann konnte im gut besetz-

ten Sitzungssaal neben vielen Ostpreußen und interessierten Besuchern aus Rotenburg (Wümme) auch einige politische Vertreter der Region begrüßen.

Den Auftakt bildete der Vortrag „Hannover - vom Königreich zur preußischen Provinz“ des Historikers Dr. Thomas Klingebiel. Er beleuchtete die Hintergründe der Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen im Zuge des Deutschen Kriegs von 1866 und der Bildung des Norddeutschen Bundes unter der Führung Preußens. Zu diesem Zeitpunkt waren Ostpreußen und die Region Hannover im preußischen Staat vereinigt. Neben einigen welfischen Strömungen, die eine Eigenständigkeit beziehungsweise eine engere Verbindung zu England anstrebten, gab es in der Region Hannover auch Bewegungen wie den deutschen Nationalverein (gegründet 1859), der später in der

Nationalliberalen Partei aufging, die einen einheitlichen Nationalstaat als Ziel hatten.

Im Anschluss begeisterte Heinrich Prinz von Hannover mit einem reich bebilderten und spannenden Streifzug, gespickt mit vielen Anekdoten, durch seine eigene Familiengeschichte ab 1860 die Zuhörer. Die nach der Annexion 1866 nach Österreich exilierte welfische Königsfamilie bildete durch den Familiensitz in Gmunden im Salzkammergut, der guten Beziehung zu Ludwig Windthorst von der Zentrumsparterie und Hochzeiten mit dem dänischen Königshaus über Jahrzehnte immer wieder einen Gegenpol zu Preußen. Diese verwalteten wiederum den Welfenfonds und Reichskanzler Otto von Bismarck setzte dessen Ertrag zur Bekämpfung „welfischer Umtriebe“ ein und auch der Bayernkönig Ludwig II. bekam als Gegenleistung für seine Zustimmung zur Kaiserkrönung 1871 hohe Zahlungen aus dem Fonds. Erst durch die Hochzeit von Prinzessin Viktoria Luise, einzige Tochter von Kaiser Wilhelm II., mit Ernst August von Braunschweig, dritter Sohn des letzten Kronprinzen von Hannover, Ernst August, Herzog von Cumberland, im Jahr 1913 fand die Aussöhnung zwischen Welfen und Hohenzollern statt. Als besonderes Highlight zeigte der Vortragende einen kurzen Filmausschnitt aus dem Jahre 1912, wo sich seine beiden Urgroßväter Kaiser Wilhelm II. und der Herzog von Cumberland bei einem Empfang des deutschen Kaisers durch Kaiser Franz Joseph in Wien auf dem Bahnhof unterhielten.

Die musikalische Begleitung der Veranstaltung übernahmen wie in den Vorjahren die Bömsholzer Jagdhornbläser. Nach gemeinsamen Elchbratenessen klang der erste Tag nach vielen, interessanten Gesprächen am späten Abend aus.

Am Sonntagmorgen informierte Dr. Christoph Hinkelmann detailgetreu, und mit von Walter von Sanden-Guja selbst aufgenommenen Farbfotos, über das Leben und Wirken Sanden-Gujas und das seiner Ehefrau Edith, die ein naturverbundenes, zurückhaltendes Leben führten. Der Heirat im April 1914 folgten durch den ersten Weltkrieg schwere Zeiten. Erst Ende der 1920er Jahre fand Walter von Sanden-Guja mehr Zeit für seine Natur- und Tierbeobachtungen am Nordenburger See in Ostpreußen. Er veröffentlichte viele kleine, liebevolle Geschichten, wie zum Beispiel die über sein ungewöhnliches Haustier, den Fischotter, und die weltweit erstmalige Entdeckung der Birkenmaus. Die Ehefrau Edith beschäftigte sich mit Tierplastiken und -malereien. Durch die Flucht zum Ende des zweiten Weltkrieges siedelte die Familie zunächst nach Kärnten über, um später am Dümmer See in Niedersachsen eine neue Heimat zu finden, wodurch sich der Kreis zwischen Ostpreußen und der Region Hannover wieder schloss.

Die zufriedenen Besucher sangen zum Abschluss das Ostpreußenlied und machten sich mit vielen neuen Eindrücken auf den Heimweg. Ein Wiedersehen im nächsten Jahr ist fest eingeplant.

Björn Bröcher, Stellvertretender Kreisvorsitzender



Endlich angekommen: Die Einzelstücke der Orgel haben ihren vorläufigen Lagerplatz gefunden Foto: D.W.

Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundsziern, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Odyssee einer Orgel

Es wurde schon oft in der Kreisgemeinschaft Elchniederung über eine Orgel für die Kirche in Heinrichswalde gesprochen.

Vor etwa einem Jahr meldete sich der Orgelbauer Jörg Naß aus Rheine mit der Neuigkeit, dass er eine Orgel in Hamburg zu einem symbolischen Preis von der Evangelischen Lutherischen Kirchengemeinde Sasel gekauft habe bei Peter Westphal. Naß wolle sie in der evangelischen Kirche in Heinrichswalde wieder aufbauen. Kurz darauf gab es einen Austausch zwi-

schen der Gemeinde und der Kreisgemeinschaft Elchniederung, die nachfragte, ob und wie sie helfen könne. Der inoffizielle Beschluss, die Orgel in Sasel abzubauen und nach Heinrichswalde zu verbringen, war gefasst. Naß begann die Orgel bei Eiseskälte abzubauen und benötigte dazu alle Hilfen, teilweise waren die Stücke drei Zentner schwer, sodass viele Kirchspielvertreter mit anpackten und auch deren Freunde. Nach der Delegiertenversammlung im September wurde Naß zur Sitzung eingeladen, um eine Kostenvereinbarung zu beschließen. Da die Saseler Kirche bald abgerissen werden sollte, mussten zwei Container gemietet werden, in denen die Orgelstücke nach Ostpreußen verbracht werden konnten. In Heinrichswalde waren die Arbeiten jedoch noch nicht so weit fortgeschritten, dass die Orgel bereits aufgebaut hätte werden können, aber eine Lagerung im Container war auch nicht möglich, da das Instrument auch in seinen Einzelteilen belüftet und beheizt werden



Referierten zur gemeinsamen Geschichte Ostpreußens und Hannover: Heinrich Prinz von Hannover (links) und Dr. Thomas Klingebiel (rechts) mit Kreisvertreter Wolfgang Schiemann Foto: Heinz-Wolfgang Malessa

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes sub-sections for 'Sudoku' and 'So ist's richtig'.

Sudoku

6x6 Japanese number puzzle grid with clues.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal crossword puzzle grid with clues.

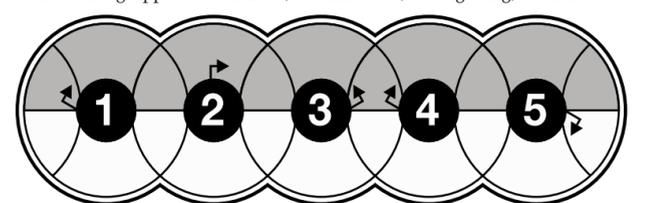
Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Vogelarten. 1 der Grille ähnliches Insekt 2 Kugelspiel, Sportart 3 Zierlatte 4 Nebenmeer des Atlantiks 5 Beleg 6 Empfindung; Gefühlsausdruck

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort aus dem Bereich Gericht, Justiz.

- 1 Richter Israels im Alten Testament, 2 Versmaß, Taktart, 3 Korbblütler, 4 Unterrichtsgruppe von Schülern; Schulzimmer, 5 Weigerung; Verzicht



Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE

muss. Da bot sich der große Gottesdienstraum der evangelischen Kirche an, der ebenfalls mit Hilfe der Kreisgemeinschaft Elchniederung hergerichtet worden war.

Nun startete die Bürokratie; Barbara Daweidt hatte in Heinrichswalde nach unserer Vereinbarung mit Naß mit den zuständigen Verantwortlichen für die Sanierung des Kulturhauses Gespräche geführt, um für den Transport der Orgel Papiere für den Zoll und die Übereignung anzufordern. Leider fehlten auf den Papieren Unterschrift und Stempel, die erst im November eingeholt werden konnten.

Nun hatte Jörg Naß die erforderlichen Unterlagen, um beim Zoll vorzusprechen, ob eine Ausfuhr der Orgel möglich sei. Wegen des Embargos der EU ist eine Ausfuhr von beweglichen Musikinstrumenten verboten. Im Münster fand Naß dann endlich einen Zollbeamten (ein Sohn ostpreußischer Eltern), der bestätigte, dass eine Orgel nicht unter das Embargo fällt. Jetzt musste ein Spediteur gefunden werden; eine einzige Spedition gab die Zusage, die Orgel bis nach Heinrichswalde zu liefern, alle anderen hätten nur bis zur russischen Grenze geliefert. Einzige Bedingung war, dass die Orgel in Kartons verpackt ist.

Im Januar haben viele fleißige Helfer der Kreisgemeinschaft die Orgelteile in 140 Kartons verpackt und mit Nummern und Anschrift versehen. Eine weitere Hürde war der Transport der Orgelkartons nach Nienburg zum Spediteur, und zwar in einem Möbeltransporter, der mit viel Muskelkraft beladen wurde. Naß, der den Transport eigentlich begleiten wollte, hatte zu diesem Zeitpunkt noch kein freigegebenes Visum. Ein weiteres Hindernis war die Farbe der Papiere, die hätten nicht in schwarz-weiß sein dürfen, weshalb der LKW an der polnischen Grenze gestoppt wurde, bis eine Farbversion zugesandt worden ist. Derweil befreite der Kirchspielvertreter von Gowarten/Kreuzingen den Weg zum Nebeneingang des Gemeindehauses vom Schnee und räumte den vorgesehenen Lagerplatz in diesem frei. Ein nächster Schrecken kam, als ein Gutachten angefordert wurde, dass es sich bei dem Instrument nicht um eine historische Orgel handele, das über Pastor Schöneberg in Hamburg eingeholt werden konnte. Dennoch ließ der polnische Zoll die Orgel nicht passieren. So ging es zurück zur polnischen Zweigstelle der Spedition, um alle Kartons in

einen litauischen LKW umzuladen. Dieser versuchte den Weg über die litauisch-russische Grenze, allerdings erst eine Woche später. Dieser Verzug hatte nur den Vorteil, dass inzwischen das Visum für den Orgelbauer Naß vorlag, der mit seiner Frau privat bis an die litauische Grenze gefahren, zu Fuß bis nach Tilsit gelaufen ist, um mit dem Bus in Heinrichswalde anzu- kommen.

Am Montag, 29. Januar, kam dann der erlösende Anruf der Spedition, dass der Lkw über die Grenze gefahren und auf russischem Gebiet auf dem Weg nach Heinrichswalde sei.

Naß und alle Helfer schleppten die nun sehr ramponierten Kartons in den Gemeineraum.

Leider war ein geordnetes Stapeln nicht möglich, es ist zu hoffen, dass nichts verloren gegangen ist, außerdem sieht der Gemeineraum nicht gerade ansehnlich aus, wie es mit der Kirchenleitung abgesprochen war. Um dem etwas abzuwehren, hat die Kreisgemeinschaft beschlossen, den Lagerbereich mit einer Leichtwand zu verkleiden.

Der Zeitpunkt, an dem die Orgel aufgebaut sein wird, steht noch nicht fest. Und dennoch ist es ein Herzenswunsch des Unterzeichners, dass sie aufgebaut und von vielen Menschen gehört werden kann. Wer einen finanziellen Beitrag dazu leisten kann, der wende sich gern an die Kreisgemeinschaft. *Dieter Wenskat*

Ostpreußenfahrt im Sommer

Die Reise über Pommern nach Ostpreußen mit Bus und Schiff findet von Donnerstag, 27. Juni, bis Sonntag, 7. Juli, statt.

1. Tag: Fahrt ab Lehrte mit Zustieg in Potsdam, Führung durch Schloss Sanssouci, Stadtführung in Stettin, Übernachtung im Schlosshotel „Bernsteinpalast“ in Pommern, dem früheren Gutshaus Strekenhain.

2. Tag: Auf den Spuren von Bismarck in Pommern: Führung in Schloss Varzin, heute eine Forstfachschule, Besuch der Villa Red in Stolpmünde, einstige Sommerresidenz des „Eisernen Kanzlers“. Übernachtung im pommerschen Ferienort Leba.

3. Tag: Halbinsel Hela und Danzig, Busfahrt über die Halbinsel Hela und anschließend Schiffsfahrt von Hela durch die Danziger Bucht nach Gdingen. Besichtigung der Dreistadt Gdingen-Zoppot-Danzig. Stadtführung und Übernachtung in Elbing.

4. Tag: Preußische Schlösser im Oberland: Wir besuchen die Ruine des Dohna-Schlusses Schlobitten, danach Fotostopp in Finckenstein und Januschau. Nach einem Fotostopp am Oberländischen Kanal werden wir in Osterode zu einem gemütlichen Kaffeetrinken bei der „Deutschen Gesellschaft Tannen“ in Osterode erwartet. Übernachtung im restaurierten einstigen Gut Gallingen südlich von Barthenstein.

5. Tag: Allenstein und Masuren: Nach einer Führung über Gut Gallingen besuchen wir die Hauptstadt des Ermlandes und Masurens – Allenstein. Neben der Stadtführung wird der Besuch in der Stiftung Prussia ein besonderer Höhepunkt dieses Tages sein. Anschließend geht es weiter nach Masuren. In der Nähe von Rastenburg besuchen wir mit Eichmedien ein weiteres einstiges deutsches Gutshaus in Ostpreußen, das vorbildlich restauriert ist und heute als Gästehaus und Firmenzentrale genutzt wird. In Zondern besuchen wir das Anwesen der Familie Dikti. Die Familie lebt hier schon seit mehr als 200 Jahren und hat Höhen und Tiefen der Geschichte Ostpreußens miterlebt. Frau Dikti erzählt aus ihrem bewegten Leben beim Rundgang durch das Bauernhofmuseum. Dazu gibt es den leckeren selbst gebackenen Kuchen der Hausfrau. Unser heutiger Übernachtsort ist Lötzen. Bei der Stadtführung hat man einen besonders schönen Ausblick vom renovierten und per Lift zugänglich gemachten Lötzenerturm.

6. Tag: Masurenrundfahrt: Wir besuchen Nikolaiken, von hier geht es per Schiff ganz in den Süden Masurens nach Niedersee [Ruciane Nida] am Rande der Johannisburger Heide. In Eckertsdorf besichtigen wir das Philliponenkloster und auf der Kruttinna werden wir zu einer romantischen Bootsfahrt erwartet. Am Abend wollen wir in Lötzen noch die Feste Boyen näher erkunden.

7. Tag: Taugoggen und Memelland: Heute geht es vom Gebiet der Republik Polen in das der Republik Litauen, in Taugoggen besuchen wir symbolisch den für Preußen so wichtigen Ort der Konvention gegen Napoleon. Danach geht es auf den Rambynas im Memelland mit einem Blick hinüber nach Ragnit und Tilsit. Unser Übernachtungs-ort wird Heydekrug sein.

8. Tag: Zur freien Verfügung. Für alle, die daran interessiert sind, wird die Reiseleitung einen fakultativen Tagesausflug zu Fuß





In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem langjährigen Vorstandsmitglied

Doris Biewald

geb. Klötzing
* 21. Dezember 1936 † 12. Februar 2024
Nordenburg, Kreis Gerdaun Leipzig

Mit ihr verlieren wir eine treue Ostpreuße, die sich durch ihren Einsatz um den Kreis Gerdaun verdient gemacht hat. Als Mitglied des Beirates (2007-2015) und des Vorstandes (seit 2015), Nordenburger Kirchspielvertreterin und Mitglied des Kreistages (seit 2007) sowie als Leiterin unserer Geschäftsstelle (seit 2009) stellte sie sich in den Dienst für unseren Heimatkreis. Dafür wurde sie 2022 mit dem Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Heimatkreisgemeinschaft Gerdaun e.V.

Walter Mogk Kreisvertreter	Hans Eckart Meyer, Monika Weppelmann Mitglieder des Vorstands
--------------------------------------	---

über die Luisenbrücke nach Tilsit und in die Elchniederung vorschlagen. Für alle anderen besteht die Möglichkeit, den Tag individuell zu gestalten oder an einem Ausflug in das Memeldelta mit der Rus-Insel teilzunehmen.

9. Tag: Nach dem Frühstück fahren wir mit dem Schiff durch das Memeldelta und vorbei am Windenburger Eck über das Kurische Haff nach Nidden. Nach einer Fahrt per Bus auf die Hohe Düne bleibt der Nachmittag in Nidden zur freien Verfügung.

10. Tag: Nidden, Memel und Polangen: Am Vormittag geht es mit unserem Gästeführer durch Nidden mit Besuch des Thomas-Mann-Hauses, des alten Friedhofs und der evangelischen Kirche. Anschließend erreichen wir Memel, bei der Stadtrundfahrt wird auch der von der deutschen Minderheit gepflegte Soldatenfriedhof besucht. Am Nachmittag wollen wir den litauischen Badeort Polangen mit einer Führung durch das sehr sehenswerte Bernsteinmuseum besuchen. Gegen Abend steht noch ein Altstadtspaziergang durch Memel und ein Abendessen in einem hübschen Restaurant in der Memeler Altstadt auf dem Programm, bevor wir unsere Außenkabinen auf der Fähre nach Kiel beziehen.

11. Tag: An diesem Seetag haben wir die Möglichkeit, die vielen Eindrücke unserer Reise gemeinsam Revue passieren zu lassen, bevor unsere Fähre gegen 19.30 Uhr

in Kiel festmacht. Von hier Heimreise mit Ausstiegsmöglichkeiten am Hauptbahnhof in Kiel, am Hauptbahnhof in Hamburg sowie in Lehrte.

Informationen zur Reise und die genaue Reisebeschreibung kann erfragt werden bei Dieter Wenskat, Telefon (04121) 85501 oder Hubert Geiger, Telefon (07462) 565.



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Treffen in Rastenburg

Rastenburg – Mittwoch, 1. Mai, Tag der Arbeit, bis Donnerstag, 9. Mai, Christi Himmelfahrt: gemeinsame Busfahrt nach Rastenburg. Als Ausgangs- und Endpunkte der Fahrt sind Magdeburg und Berlin geplant.

Wer Interesse daran hat, sollte sich umgehend bei Rita Kalmbach unter Telefon (039245) 2828 oder per E-Mail: er-kalmbach@t-online.de melden.

Alternativ gibt es noch die Möglichkeit der eigenen Anreise per Auto, Eisenbahn oder Flugzeug

und Leihwagen. Vor Ort können dann gemeinsame Unternehmungen verabredet werden.

Bitte dann individuell die Zimmer innerhalb des Zeitfensters vom 1. bis 12. Mai im Hotel Koch, ul. Sportowa 1, PL-11-400 Kętrzyn, E-Mail: kochsportowa@wp.pl, Telefon (0048 89) 7511093, bu- chen.



Forum Baltikum – Dittchenbühne

Der **Filmclub zeigt „Flug des Phönix“**, am 12. März, 15 Uhr, mit Kaffee und Kuchen ab 14 Uhr. Robert Aldrichs US-amerikanische Abenteuerfilm von 1965 unter anderem mit Hardy Krüger, Richard Attenborough und James Stewart thematisiert die Notlandung eines Flugzeuges in der nordafrikanischen Sahara und die spektakuläre Rettung. Er basiert auf dem gleichnamigen Roman von Elleston Trevor.

Nähere Informationen und Anmeldung unter Telefon (04121) 89870 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

ANZEIGEN

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

16. und 17. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)
13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)
19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Osterode
20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Joachim Strotkoetter

Dipl.-Phys., Regierungsdirektor a.D. Mitglied der Borussia Königsberg

* 7. März 1931 in Königsberg i. Pr. *aufgewachsen in Königsberg-Mittelhofen (Beethovenstraße)*
† 20. Februar 2024 in Erfstadt-Erp

Ein bekennender Preuße und aufrechter Ostpreuße ist von uns gegangen.

Er war uns ein guter Freund.

Brigitte Schüller-Kreuer geb. Jink
aufgewachsen in Königsberg-Mittelhofen (Beethovenstraße)
Wilhelm Kreuer



Wenn die Sonne des Lebens untergeht, leuchten die Sterne der Erinnerung.

Unser lieber Bruder, Vater, Opa, OpaOpa, Onkel und Freund

Hans-Ludwig Scharffenberg

28. April 1930 geboren in Königsberg
Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande
ist nach einem langen erfüllten Leben am 16. Februar 2024 verstorben.

In großer Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied:

Margot Spitzeder mit Tochter
Volker Scharffenberg mit Familie
Heike Kress mit Familie
Birgit Huber mit Familie
Dirk Scharffenberg mit Familie
Wolfgang Lautner mit Familie

Der Gottesdienst fand am 22. Februar 2024 in der Kreuzkirche Oberammergau statt, mit anschließender Beisetzung auf dem Kofelfriedhof.

Margot Spitzeder, Am Weißen Berg 7, 61476 Kronberg



GERMANIA-WERFT

Vom U-Boot zum Tanker vom Typ „Ostpreußen“

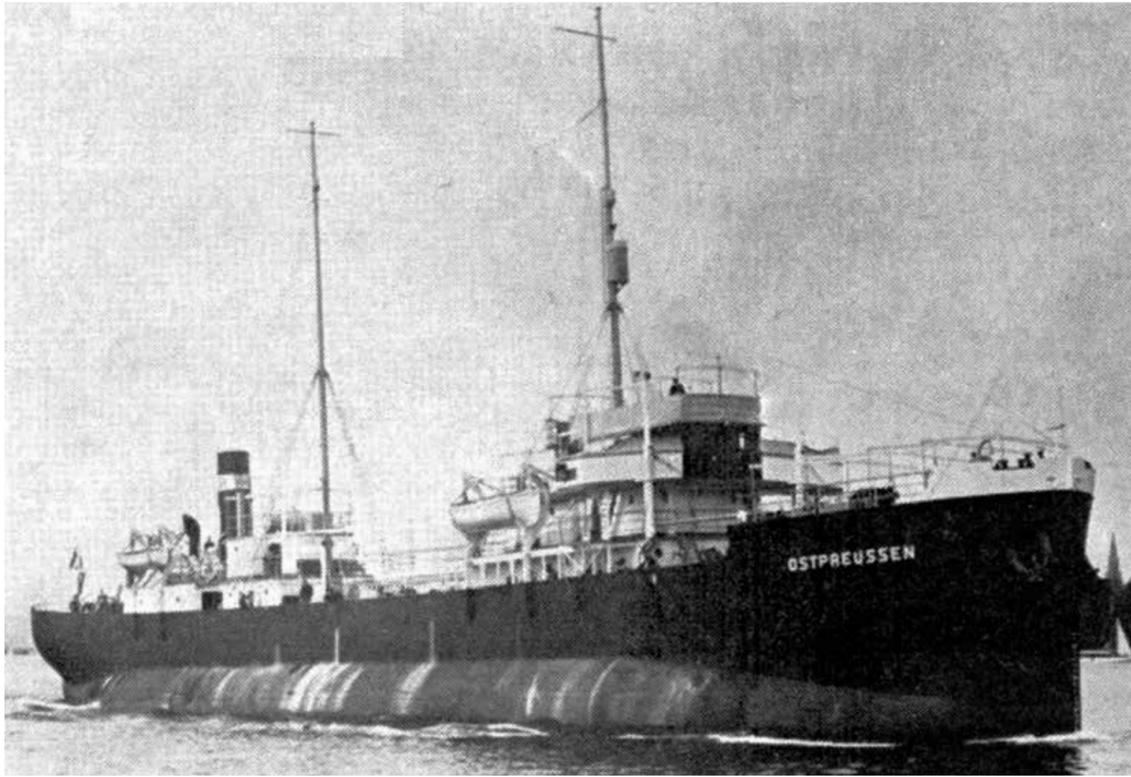
Wie nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg aus zusammengeschweißten U-Boothüllen Schiffe zur zivilen Nutzung wurden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die seit 1902 bestehende Friedrich Krupp Germania-Werft in Kiel war einer der bedeutendsten Auftragnehmer der Seestreitkräfte des deutschen Kaiserreiches. Neben Schlachtschiffen und anderen schweren Einheiten lieferte sie bis zum Ende des Ersten Weltkrieges auch um die einhundert U-Boote aus. Dazu gehörten große Unterseekreuzer wie U 139. Dieses Boot wurde im Mai 1918 in Dienst gestellt. Als Kommandant fungierte Kapitänleutnant Lothar von Arnauld de la Perrière, der erfolgreichste U-Boot-Fahrer der Seekriegsgeschichte, dem die Versenkung von insgesamt 194 Schiffen gelang. Nach U 139 baute die Germania-Werft noch weitere U-Kreuzer, von denen aber aufgrund des Kriegsendes nicht mehr alle fertiggestellt werden konnten. Das galt unter anderem für U 183, U 184, U 187 und U 188 aus der Projektreihe 46 A – vier mächtige tauchfähige Kampfmaschinen mit sechs Torpedorohren beziehungsweise drei 15-Zentimeter-Decksgeschützen.

Nach der deutschen Niederlage mussten die meisten unvollendeten U-Boote aufgrund der Bestimmungen des Versailler Diktatfriedens verschrottet werden, allerdings gelang es der Germania-Werft, die vier Druckkörper der geplanten U-Kreuzer vor der Vernichtung zu bewahren und einer zivilen Nutzung zuzuführen. Damit schlug die Geburtsstunde der marinehistorisch einmaligen Tanker-Baureihe „Ostpreußen“, zu der lediglich zwei Einheiten gehörten, nämlich das Typschiff „Ostpneußen“ und die baugleiche „Oberschlesien“.

Jeweils zwei der U-Boot-Hüllen wurden miteinander verschweißt und bildeten so das Kernstück des Rumpfes der Öltanker. Diese wiesen am Ende eine Gesamtlänge von 84 Metern bei 2083 Bruttoregister-tonnen Rauminhalt auf. Als Antriebs-



Aus zwei U-Booten zusammengesetzt: Öltanker „Ostpneußen“

Foto: Screenshot Wargaming Miscellany

maschinen baute die Germania-Werft pro Schiff zwei MAN-Sechszylinder-Dieselmotoren mit jeweils 1400 PS ein, die für die U-Boote U 129 und 130 vorgesehen waren, welche ebenfalls unvollendet blieben. Diese Aggregate verliehen den Tankern eine Geschwindigkeit von zehn Knoten.

Indienststellung durch die Hamburger Hugo Stinnes AG

Die Indienststellung der „Ostpneußen“ erfolgte im August 1921 und die der „Oberschlesien“ im Monat darauf. Beide Einheiten gingen in den Besitz der 1917 gegründeten Hugo Stinnes AG für See-

schiffahrt und Überseehandel in Hamburg über, die damals versuchte, in direkter Konkurrenz zu den drei großen Reedereien HAPAG, Norddeutscher Lloyd und Hamburg Süd zu treten. Sie besaß eine Flotte von rund 30 Schiffen, die vor allem Ziele in Mittel- und Südamerika sowie Ostasien ansteuerten.

1923 wurden die Tanker an die neu gebildete Hugo Stinnes-Riebeck Montan- und Oelwerke AG übergeben, 1926 wechselten sie in den Bestand der A. Riebeck'schen Montanwerke AG. Dieses Unternehmen wiederum mutierte 1927 zur Holdinggesellschaft der I.G. Farbenindus-

trie AG, welche die „Ostpneußen“ und die „Oberschlesien“ 1928 verkaufte. Zuvor kollidierte der letztgenannte Tanker noch vor Brunsbüttel mit dem britischen Frachtdampfer „City of Salisbury“, woraufhin er sicherheitshalber auf Grund gesetzt werden musste.

Als neuer Eigner der „Ostpneußen“ fungierte die genuesische Reederei Nereide Società di Navigazione, die das Schiff in „Caucaso“ umbenannte. Dahingegen ging die wieder seetüchtig gemachte „Oberschlesien“ an die Nautilus Società di Navigazione, deren Firmensitz ebenfalls in der italienischen Hafenstadt Ge-

nua lag. Sie erhielt den Namen „Nautilus“, den sie allerdings nur bis Anfang 1942 trug. Dann requirierte die deutsche Wehrmacht das Schiff und taufte es „Languste“.

Beide Tanker vom Typ „Ostpneußen“ unternahmen 1942 Fahrten zur Versorgung der deutsch-italienischen Panzerarmee Afrika, die unter dem Oberbefehl von Generalfeldmarschall Erwin Rommel bis nach Ägypten vorstieß, aber schließlich im November 1942 nach der verlorenen Schlacht von El Alamein den Rückzug antreten musste. Dabei gingen die zwei Schiffe kurz nacheinander verloren.

Die vormalige „Oberschlesien“, welche nun als „Languste“ firmierte, traf am 13. Oktober 1942 vier Seemeilen vor Capo Figari an der Westküste Sardinien auf das britische U-Boot „Utmost“, das unter dem Kommando von Lieutenant John Walter David Coombe stand und zehn Tage zuvor aus dem Hafen von Malta ausgelaufen war. Die „Utmost“ hatte zunächst Agenten bei Neapel abgesetzt und danach begonnen, feindliche Schiffe zu versenken. Coombe feuerte vier Torpedos auf den Tanker, von denen einer um 13.40 Uhr traf und die „Languste“ auf den Meeresgrund schickte. Drei von deren Besatzungsmitgliedern starben dabei, die anderen 29 überlebten dank der Hilfe heraneilenden italienischen Minensuchbootes „San Vincenzo“. Einen guten Monat später verschwand die „Utmost“ auf ihrer 24. Feindfahrt.

Die anfängliche „Ostpneußen“ und spätere „Caucaso“ unternahm im Sommer und Herbst 1942 mehrere Versorgungsfahrten zwischen Italien und den Häfen von Tripolis und Bengasi an der libyschen Küste, bevor sie Ende des Jahres Tunis anließ. Dort versenkten alliierte Bomber den Tanker am 14. Dezember 1942. Fünf Jahre später konnte er wieder gehoben werden, taugte jedoch nun bloß noch zum Verschrotten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Die Deutsche Minderheit will nicht mehr mit „deutsch“ anecken

Neugründung soll mehr Akzeptanz bei Polen bringen – Gleiche Ziele, aber keine Einigung auf eine gemeinsame Liste möglich

Am 7. April stehen in der Republik Polen Kommunalwahlen an. In den beiden ober-schlesischen Woiwodschaften Oppeln und Schlesien steht die anerkannte deutsche und die bislang nicht anerkannte (ober-)schlesische Minderheit in den Startlöchern. Die Deutschen ziehen Konsequenzen aus der desaströs ausgefallenen Parlamentswahl 2023, als der letzte verbliebene Abgeordnete sein Mandat einbüßte, während die oberschlesischen Regionalisten positiv auf die Kommunalwahl 2018 zurückblicken.

Letztere waren mit einer Neugründung, der „Regionalen Partei“, angetreten und nicht wie zuvor als Bewegung für die Autonomie Schlesiens (Ruch Autonomii Śląska, RAŚ). Als RAŚ regierten sie von 2010 bis 2018 im Regionalparlament (Sejmik) der Woiwodschaft Schlesien in Katowitz mit. Auch wenn alle für das Oberschlesientum kämpfenden Akteure im Kern für die gleiche Sache stehen – die Anerkennung der Oberschlesier als Nation mit Aufwertung des slawisch-oberschlesischen Idioms als Sprache – konnte man sich nicht auf eine gemeinsame Liste einigen. Nach langem Hin und Her wurden in der Woiwodschaft Schlesien zwei Listen aufgestellt, die der RAŚ und die der

Ślonzoki Razem (Schlesier Gemeinsam). Zerstritten hatte man sich wegen des Namens der gemeinsamen Liste.

Leon Swaczyna, der Vorsitzende von Ślonzoki Razem, wollte beide Gruppierungen im Namen der Liste sehen. Obwohl Swaczyna selbst Mitglied der RAŚ war, stört er sich am Wort „Autonomie“, die, wie er sagt, westlich von Ruda [Ruda Śląska] bitter aufstoße. „Der Name Ślonzoki Razem ist ein etabliertes und erfolgreiches Aushängeschild“, sagt er.

Antreten unter neuem Namen

Ślonzoki Razem wurde 2018 gegründet und eint Mitglieder der RAŚ, des Oberschlesischen Verbands (Związek Górnośląski), des Schlesischen Vereins (Ślonsko Ferajna), des Schlesischen Regionalisten, des Schlesischen Bündnisses (Przymierze Śląskie) und des Verbands der Schlesier (Związek Ślązaków). In der Legislaturperiode 2010 bis 2014 saßen drei RAŚ-Vertreter im Sejmik der Woiwodschaft Schlesien, 2014 bis 2018 waren es vier und 2018 bis 2024 erlangten sie kein einziges Mandat – eben, als sie nicht mehr unter dem Namen RAŚ antraten.

In der Woiwodschaft Oppeln regiert die Deutsche Minderheit seit Anfang an



Verschiedene Fahnen: Vertreter der Deutschen Minderheit im Wahlkampf

mit. In der Legislaturperiode 1998 bis 2002 erlangte sie 13 Mandate, 2002 bis 2006 und 2006 bis 2010 sieben, 2010 bis 2014 sechs, 2014 bis 2018 noch einmal sieben und zuletzt fünf. Da sich die Deutsche Minderheit nun quasi in einer regionalen Liste „tarn“ – und damit ihre Marke aufgibt – endet die Ära der Beteiligung der Organisation der Deutschen Minderheit

an der Regierung in der Woiwodschaft Oppeln. Nun findet das ganze unter dem Namen Śląscy Samorządowcy (Schlesische Regionalpolitiker) statt. Śląscy Samorządowcy ist ein Zusammenschluss des in Leschnitz [Leśnica] ansässigen (Ober-)Schlesischen Selbstverwaltungsverbands (Śląskie Stowarzyszenie Samorządowe) mit Bürgermeistern und

Landräten der Deutschen Minderheit. Damit möchte der Vorstand der Sozial-kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD) die Trennung seiner kulturellen und sozialen Aktivitäten von politischen Aufgaben vollziehen. „Wir führen als Organisation jedes Jahr Hunderte von Projekten durch und rechnen sie ab. Dies erfordert Zeit und das Engagement von Menschen. Politische Tätigkeit erfordert dies auch, und aus dieser Perspektive macht es Sinn, diese Funktionen zu trennen. Es ermöglicht eine effizientere Arbeit“, so Rafał Bartek, Vorsitzender SKGD Vorsitzender und des Verbandes deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) gegenüber der Zeitung „Wocheblatt.pl“.

Mit der neuen Marke möchte man „alle Bewohner der Region Oppeln, die sich unabhängig ihrer deutschen, polnischen oder schlesischen Wurzeln als Schlesier sehen und die Region positiv gestalten wollen“, vereinen. Śląscy Samorządowcy will Wähler der Mehrheitsgesellschaft mit ins Boot nehmen. Anders gesagt: Faktisch treten Akteure aus den deutschen Reihen unter einem Namen an, mit dem man meint, nicht mehr peinlich anzuecken. *Chris W. Wagner*

GESCHICHTE

Reformation bescherte „warmen Regen“

Das Schloss Pudagla auf Usedom im wechselvollen Strom der Geschichte

VON ERWIN ROSENTHAL

Nein, so prachtvoll wie das Schloss Gripsholm am Mälarsee im schwedischen Marieliefred ist es mitnichten, das Schloss im vorpommerschen Pudagla. Es ist ein recht schmuckloses Gebäude, und ist es auch weniger bekannt. Zum größeren Bekanntheitsgrad des schwedischen Schlosses hatte seinerzeit Kurt Tucholsky mit seiner Sommergeschichte „Schloss Gripsholm“ beigetragen.

Dennoch weisen beide Schlösser eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf. Das Schloss in Pudagla hatte der Pommernherzog Ernst Ludwig, Sohn von Philipp I. von Pommern-Wolgast, im Jahr 1574 als Witwensitz für seine Mutter, Herzogin Maria von Sachsen, Tochter des sächsischen Kurfürsten Johann des Beständigen, errichten lassen. Die Inschrift unter dem Renaissance-Relief mit dem herzoglichen Wappen an der Schlossfassade weist darauf hin.

Auch das Schloss Gripsholm war zeitweise ein Witwensitz. Zwischen 1632 und 1640 residierte hier die Königinwitwe Gustav II. Adolfs, Maria Eleonora von Brandenburg. Große Ähnlichkeit weist auch die Umgebung der Schlösser auf. Während das Schloss Gripsholm am idyllischen Mälarsee liegt, dem drittgrößten See Schwedens, befindet sich das Pudaglaer Schloss zwischen dem malerischen Schmollensee und dem Achterwasser, einer ausgedehnten Lagune des Peenestroms.

Mauersteine im Klosterformat

Eine weitere Besonderheit, die vor allem für Historiker interessant ist, zeichnet das Schloss in Pudagla aus: Bis zu vier Meter dicke Wände wie das Schloss Gripsholm hat es zwar nicht, aber sein Mauerwerk besteht aus Backsteinen im Klosterformat, denn das Gebäude ist mit den Mauersteinen des im Zuge der Reformation niedergerissenen Klosters Pudagla erbaut worden.

Im Jahr 1124, vor nunmehr 900 Jahren, hatte Otto von Bamberg, der „Apostel der Pommern“, auf der Nachbarinsel Wollin seine Missionsreise begonnen. Wenige Jahrzehnte später wurden die ersten pommerschen Klöster in Stolpe und in Grobe gegründet. Das Kloster Grobe war dann später im Jahr 1309 nach Pudagla verlegt worden.

Als im Zuge der Reformation das Kloster Pudagla aufgelöst wurde, war das für den Pommernherzog wie ein warmer Regen. Alle Güter des Klosters, Ländereien, Geschirr aus Silber und Gold und so weiter, die das Kloster auf die eine oder andere Art – wohl selbst durch Urkundenfälschung – erworben hatte, fielen während

gütern der schwedischen Königin Christina. Im Schloss residierte fortan der Amtshauptmann Peter Appelman, 1622 in Appelberga/Östergötland als Peder Andersson Slaghök geboren, der zeitweise den Titel eines „Gouverneurs der Domänen der Königin“ trug. Wilhelm Meinhold hatte ihn 1843 in seinem Roman „Maria

und später für den Herzog geackert und säten und ernteten nun für die neuen schwedischen Herren.

Zu Besitz und Wohlstand konnten sie erst kommen, als Preußen im Jahr 1810 die Leibeigenschaft, die im ostelbischen Deutschland oft der Sklaverei gleichgesetzt wurde, abschaffte. Die Aufsiedlung



Das zweigeschossige 1574 erbaute Schloss hat einen Grundriss von 48,70 mal 11,50 Metern. An der Südostecke ziert es ein rundes Türmchen während sich auf dem Hauptdach ein spitzhelmiger Turm befindet

Foto: Rosenthal

der Reformation in die weit geöffneten Hände des Herzogs. Die Klostermauern wurden erst endgültig niedergerissen, nachdem auch der letzte verbliebene Mönch „zu Tode gefüttert“ worden war, wie es Historiker formulieren.

Die Herzogin verweilte relativ selten in ihrer neuen Residenz. Reges Leben herrschte dort hingegen in der Schwedenzeit. Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurde die Region Vorpommern zu „Schwedisch-Pommern“. Die Skandinavier waren damit ihrem Ziel nähergekommen, die Ostsee zu einem schwedischen Binnenmeer zu machen.

Mit dem Tod Bogislaws XIV. im Jahr 1637 endet die Herrschaft der pommerschen Greifen. Deren frühere Besitzungen auf der Insel Usedom wurden nach dem Westfälischen Frieden im Jahr 1648 zum Eigentum der schwedischen Krone. Das Amt Pudagla gehörte als königlich-schwedisches Kammergut zu den Tafel-

Schweidler, die Bernsteinhexe“, dessen Handlung im nahen Koserow angesiedelt ist, als Vorbild für die Figur des Amtshauptmanns Appelman gewählt.

Meinhold stellt Appelman als Bösewicht dar. Maria Schweidler, Tochter des Pfarrers von Koserow, wird von Appelman begehrt und bedrängt. Die 15-Jährige weist ihn jedoch ab. Daraufhin bezichtigt der Verschmähte sie wegen ihrer Bernsteinfunde am Koserower Streckelsberg der Hexerei. Als sie bereits zum Scheiterhaufen geführt wird, befreit sie Rüdiger von Nienkerken (Rüdiger von Neuenkirchen, Schlossherr im nahen Mellenthin) aus ihrer Not und nimmt sie zur Frau.

Zur preußischen Krone

Die Bauern im Amt Pudagla sahen Appelman weniger negativ. Für sie hatte sich durch seine Anwesenheit wenig geändert. Sie hatten auf den Feldern des Klosters

des Pudaglaer Gutes erfolgte erst in den Jahren von 1930 bis 1934 durch Siedler aus Thüringen und Pommern sowie anderen Landesteilen.

Mit dem offiziellen Übergang der Insel Usedom an Preußen im Jahr 1720 wurde Pudagla Eigentum der preußischen Krone. Daraufhin zog die preußische Verwaltung ins Schloss ein.

Von 1731 bis zur Umwandlung in ein Rentamt im Jahr 1824 war Pudagla Sitz des Generalpächters und Amtmanns. Von 1818 bis 1945 gehörte Pudagla zum Landkreis Usedom-Wollin. Im Jahr 1943 wurde das Schloss als Nebenproduktionsanlage der Heeresversuchsanstalt Peenemünde genutzt. Und im Jahr 1945 fanden im Gebäude Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten Zuflucht.

Schon seit DDR-Zeiten dient das Gebäude als Restaurant und Wohnhaus. Heute betreiben zwei Sizilianer das Schlossrestaurant.

STETTIN

„Ohne Wasser, merkt Euch das ...“

Technische Denkmale aus deutscher Zeit – 28 historische Wasserpumpen gibt es noch im Stadtgebiet

Mit der dynamischen Entwicklung der Bevölkerung verbindet sich auch die der Wasserversorgung. In Stettin versuchte man das Problem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu lösen, indem 1866 etwa zwei Kilometer oberhalb des Hafens, bei Pommerensdorf, ein Wasserwerk zur Reinigung des Flusswassers der Oder durch Filtration errichtet wurde.

Doch bedingt durch die schnell wachsende Bevölkerung war die Abnahme so hoch, dass das Filtrat nicht mehr den hygienischen Ansprüchen entsprach. Weitere Unzuträglichkeiten verschlechterten die Qualität des Wassers noch während seines Transportes über hölzerne Kanäle. Die Folgen wurden ab 1892 im Zusammenhang mit der Ausbreitung der Choleraepidemie sichtbar.

Daher begann man damit, den hölzernen Kanal durch eine eiserne Rohrleitung zu ersetzen, die Mündung des Abwassers zu verlegen und die Filterflächen auf 9145 Quadratmeter zu vergrößern. Zudem wurde die „Keimschleuder“, die Zuckerfabrik Scheune, dazu verpflichtet, ein Klärverfahren einzurichten.

Um dem weiter steigenden Bedarf an Trinkwasser gerecht zu werden, untersuchte man auch, ob die Versorgung der Stadt durch Grundwasser sicherzustellen sei. Der Plan war, unweit des Wasserwerkes erbohrtes Grundwasser dem filtrierten Oderwasser beizumischen.

In eben jene Zeit der Erneuerung der Trinkwasserversorgung Stettins fällt auch die Errichtung der Pumpen, die heutzutage als technische Denkmale die Altstadt



FOTO: SEEGERT

prägen und die im Denkmalregister der Stadt eingetragen sind. Sie haben als kulturelles Erbe und historisches Wahrzeichen eine ganz besondere Bedeutung. Auch in Notzeiten, zum Beispiel während des Generalstreiks von 1919, als die Wasserversorgung zusammengebrochen war, konnte die Versorgung der Bevölkerung durch sie sichergestellt werden.

Die Pumpen vom sogenannten Typ II mit Drachenkopf als Wasserspeier und Typ III mit Krone und dem Stettiner Wappen mit dem Kopf des roten Greifen mit der Krone verziert, stammten einst aus dem sächsischen Lauchhammer. Sie sind allerdings nicht nur Fotomotiv, sondern auch Mahnung: „Ohne Wasser, merkt Euch das, wäre die Welt ein leeres Fass.“

Torsten Seegert

MELDUNGEN

Künstlerbund, Forum und Glückwunsch

Stettin – Unweit des Hotels Radisson Blu ist am 1. März ein PKW Ford in eine Passantengruppe gefahren, es gab 15 Verletzte – unter ihnen sechs Kinder. Im Anschluss fuhr der Fahrer weiter und beschädigte drei weitere Autos. Der Unfallverursacher wurde verhaftet, Verletzte wurden im Krankenhaus behandelt. TS

Greifswald – Am 17. Mai findet das 4. Vorpommernforum Regionalprodukte in Greifswald statt. Das Forum, das sich als Stammtisch für regionale Produzenten versteht, hatte beim vorausgegangenen Treffen im Oktober 2023 in Parow den Schwerpunkt Marketing zum Thema. TS

Stolpmünde – Alte Bestandszeichnungen der Mole aus dem 19. und 20. Jahrhundert wurden von einer privaten Gruppe an das Seeamt Gdingen übergeben, um eine Sanierung zu ermöglichen. Das Sturmtief Nadia hatte 2022 die Westmole beschädigt. Die Arbeiten sollen bis Ende Juni 2026 abgeschlossen werden. TS

Ludwigsburg – Am 18. Mai findet die traditionelle Gemeinschaftsausstellung des Pommerschen Künstlerbundes e.V. auf der Schloss- und Gutshofanlage Ludwigsburg statt. Die Eröffnung der Ausstellung ist um 10 Uhr im Torbogen des Speicherhauses. Der Eintritt ist frei. TS

Bad Fallingb. Bostel – Das 35. Patenschaftstreffen des Heimatkreises Rummelsburg findet am 7. und 8. Juni im niedersächsischen Bad Fallingb. Bostel statt. Neben der Mitgliederversammlung und der Kranzniederlegung am „Stein des Ostens“ ist eine Feierstunde im Rathaussaal geplant. TS

Stettin – Vom 22. bis 24. März findet ein Ostermarkt an der Oder unter dem Motto „Frühlingszauber“ auf dem alten Königsplatz – jetzt Blumenallee – statt. Angeboten werden in hölzernen Hütten Kunsthandwerk, Dekoration und Basteleien sowie Speisen und Getränke. TS

Gützkow – Am 4. März feierte Prof. Dr. Hans Reddemann seinen 90. Geburtstag. Der Gützkower studierte in Rostock Medizin und veröffentlichte Beiträge zur pommerschen Medizingeschichte. 2004 erhielt er den Pommerschen Kulturpreis. Wir sagen: Herzlichen Glückwunsch! TS

Sassnitz – In der Nacht vom 6. auf den 7. März 1945 wurde der mit Kriegsflüchtlingen und Soldaten überfüllte Hafen Ziel eines Bombenangriffs. Dieser jährte sich zum 79. Mal. Am Mittwoch wurde der Opfer der Bombardierung auf dem Alten Friedhof und Waldfriedhof gedacht. TS

Stralsund – Am 12. März präsentieren der Stralsunder Geschichtsverein, das Stadtarchiv der Hansestadt Stralsund, die Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen und das Druck- und Verlagshaus Kruse die neue Ausgabe der Stralsunder Hefte für Geschichte, Kultur und Alltag. Die Veranstaltung findet in der Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen, Tribseer Damm 76, statt und beginnt um 19 Uhr. Im Rahmen der Präsentation hält Restaurator Wolf-Dieter Thormeier einen Vortrag zu den Wandmalereien in der Stralsunder Nikolaikirche. BS

„Kujat erinnert an politische Möglichkeiten“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Seit Jahren bin ich von Ihrer Recherche und Ihren in alle Richtungen gehenden, anspruchsvollen Artikeln begeistert“

Renate Völkel-Hanne,
Sarstedt



Ausgabe Nr. 8

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

„RUSSISCHER“ KANT ZU: „EINER DER GRÖSSTEN DENKER UNSERER ZEIT“ (NR. 7)

Der Autor erwähnt in seinem Artikel, dass Königsbergs Philosoph Immanuel Kant laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin eigentlich russischer Bürger und einer der größten Denker seiner Zeit gewesen sei. Kants Aufruf, nach dem eigenen Verstand zu leben, sei heute sehr aktuell. Es erfüllt wahrlich mit Hoffnung, dass Putin so große Stücke auf die Gedanken des „russischen“ Aufklärers Kant hält, und es ist erfreulich, dass dies den Lesern der PAZ so getreu berichtet wird.

Georg Schirmers Köln

VÖLKERRECHTLICHE FOLGEN ZU: DER TRIUMPH DES LINKEN SPIESSERS (NR. 7)

Der Aufstand der Anständigen oder Weckruf an die demokratische Mitte, wie der Bundespräsident, hochrangige Regierungsvertreter, Politiker bis hin zur CDU/CSU-Opposition und die regierungsfreundlichen Medien die Demos „gegen Rechts“ für sich instrumentalisieren, ist eine bei „Correctiv“ und anderen vom Tropf der staatlichen Steuergelder alimentierten NGOs bestellte Inszenierung.

Rechtzeitig vor den Wahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen wird so eine rein fiktive Bedrohung durch die AfD, die Anhänger Maaßens, Spediteuren, Handwerkern, Bauern und den Russen heraufbeschworen. Auf dass sich die Wähler um das Zeichen der Ampel scharen, auf dass sie mit der ihr eigenen Führungsstärke und den Weg erleuchten möge, den heraus aus der Klimakrise, den zu einem gerechten Frieden in der Ukraine mit Russland als Verlierer und den aus der Abhängigkeit des Wohlstands von der Wirtschaftskraft unseres Landes.

Die Abkehr von fossilen russischen Brennstoffen wird uns als unvermeidlich und dem Sieg der gerechten Sache geschuldet verkauft. Dass sehr wahrscheinlich die von uns so großzügig beschenkte

Ukraine uns ihre Dankbarkeit ausgerechnet dadurch vor Augen führte, dass sie die Infrastruktur zur Versorgung unseres Landes mit Erdgas in die Luft jagen ließ – Stichwort: Nordstream-Sprengung –, wird abgetan. Dabei wird jede Fehlentwicklung bei uns nach Art einer tibetischen Gebetsmühle immer wieder mit dem russischen Angriff auf die Ukraine gerechtfertigt.

Wohlgemerkt: Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hatte die Politik schon zu Beginn der Auseinandersetzung davor gewarnt, ukrainische Soldaten in Deutschland auszubilden, weil wir damit in diesem Krieg zum Kombattanten würden. Diese rote Linie haben wir längst überschritten.

Dr. Joachim Meier zu Uphausen, Oldenburg

CHEMISCHE REAKTIONEN ZU: DIE DUNKLEN SCHATTEN DES „GRÜNEN“ WASSERSTOFFS (NR. 6)

Der „grüne“ Wasserstoff wird groß herausgestellt, und groß angelegte Produktionsstätten sollen staatlich gefördert werden, Wasserstoffgas gilt aber als besonders explosiv. Wir haben doch noch in Erinnerung, wie beim havarierten japanischen Atomkraftwerk das Dach in die Luft flog. Bekanntlich hat dieser Vorgang die frühere Kanzlerin Merkel von einer Atomkraftbefürworterin zur Atomkraftgegnerin bekehrt. Das war damals natürlich keine nukleare Wasserstoffexplosion, sondern eine chemische. Aber in meiner Wohnung will ich auch keine chemische Explosion haben.

Kommen wir nun zur Wärmepumpe. Wenn diese über das Erdreich betrieben wird, gefriert der Boden, was sich nachteilig auf das Mikroklima auswirkt. Sollte das flächendeckend betrieben werden, könnten wir womöglich eine Permafrostgegend bekommen? Das alles wird in der Öffentlichkeit kaum diskutiert.

Besonders hat man es auf CO₂ abgesehen. Kohlendioxid ist aber ein Lebensmittel, ohne den nichts auf der Erde leben könnte. Wird der Kampf gegen CO₂ nicht

übertrieben, um eine ideologische Wahnvorstellung durchzusetzen? Und wenn man CO₂ reduzieren will, dann eignen sich dafür besonders Bäume. Denn Bäume filtern CO₂ aus der Luft heraus. Ich lese aber in der Zeitung, dass in Hessen der Reinhardswald abgeholzt wird, um dort Windräder aufzustellen. Da kocht bei mir die Frage hoch, von wem wir eigentlich regiert werden?

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

NACHHILFE BEI HERRN KUJAT ZU: „WIR STEuern AUF EIN ZEITALTER GROSSER KONFLIKTE ZU“ (NR. 6)

Seit längerer Zeit schon Pensionär, spricht General a.D. Harald Kujat mit seiner Klar-sichtigkeit den meisten Menschen dieser Republik, die noch an vernunftbegabte Lösungen glauben wollen, aus dem Herzen. Legt man seine fachmännische Analyse des Weltgeschehens zugrunde, besteht kein Anlass, in Panik zu geraten. Bei der Beurteilung der militärischen Stärke Russlands und Chinas sieht er deutliche Defizite, die zwar auszugleichen wären, die momentan aber deren militärische Möglichkeiten noch begrenzen.

Im Gegensatz zur derzeit in unseren europäischen Ländern vorherrschenden (oder absichtlich geschürten) Angst vor einer weiteren kriegerischen Auseinandersetzung erinnert er an die noch gar nicht ausgeschöpften politischen Möglichkeiten, mit Verhandlungen zu vertrauensbildenden Maßnahmen zurückzukehren, wie es Anfang der 1990er Jahre der Fall war. Er sieht in der Verteidigung eines Landes in erster Linie eine nationale Aufgabe, die in den letzten Jahren nicht den Stellenwert hatte, der erforderlich gewesen wäre, um als ernsthafte Wehrkraft wahrgenommen zu werden.

Ebenso hat sich in Ermangelung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik – für Deutschland nachteilig – die zu starke Bindung an die fehlerhaften politischen Entscheidungen der USA in den letzten Jahren gezeigt. Es wird in dem Bei-

trag deutlich, dass das neue Ziel eine starke Bundeswehr sein muss, die sich auf Augenhöhe mit denkbaren Gegnern bewegt. Aus seinem Beitrag ist kein aggressives Moment gegen irgendeine politische Kraft oder ein Land zu erkennen, sondern sein Blick ist auf die weltweiten Veränderungen gerichtet, wo sich die Machtblöcke zunehmend fließend verschieben.

Hier ist er unseren derzeit die Geschicke Deutschlands leitenden Politikern meilenweit voraus, die das Wort „Verhandlungen“ aus ihrem diplomatischen Wortschatz gestrichen zu haben scheinen, und denen in Verbindung mit dem Ukrainekrieg zu dessen Lösung nur noch Waffenlieferungen in dieses Krisengebiet einfallen.

Wir können aus seinem Beitrag folgern, dass eigenverantwortliche Politik bedeutet, dass man sich eben nicht – sowohl politisch als auch militärisch – in der Hoffnung an den Rockzipfel einer Großmacht hängt, diese könne mit schützender Hand Schlimmeres verhindern. Spätestens seit der Vereinigung beider deutscher Staaten ist Souveränität gefordert und der Wille, gemeinsam mit den europäischen Nachbarn über Verteidigung nachzudenken, statt sich weltweit in Militärbündnissen zu verstricken.

Zunächst ist es die vornehmste Aufgabe der nationalen Politik, den Bedarf eines Volkes (im Weiteren der europäischen Gemeinschaft) ideologiefrei zu ermitteln. Es ist ein sinnloses Ziel, wenn man glaubt, Nachbarn ausgrenzen oder gar wirtschaftlich durch Boykotte ruinieren zu können. Die internationale Aufgabe liegt darin, über alle politischen Ausrichtungen und Regierungsformen hinweg zu einer gemeinsamen Willensbildung zu gelangen, die zur Vermeidung von Ungleichgewichten führt und damit das Existenzrecht und den Friedenswillen nach außen deutlich erkennen lässt. Hier wird dann auch der notwendige Rüstungsbedarf erkennbar und Wettrüsten vermeidbar.

Eine Nachhilfestunde bei Herrn Kujat wäre zur Auflösung der Unbedarftheit für alle unsere Politiker eine lohnende Investition. Rudolf Neumann, Ahrensburg

ANZEIGE

Weitere bahnbrechende Erfindungen – verboten, ignoriert, vergessen

Links sind zwei Schiffe zu sehen. Das erste – ein damals in Europa weitverbreitetes – ist ein schwerfälliges, kompliziert getakeltes Schiff, das viele Seeleute zum Manövrieren benötigt. Es wurde von Kaufleuten gebaut und weist eine überholte, schlecht ausgearbeitete Technik auf. Dennoch eroberten Europäer mit ihm Kontinente und kolonisierten Reiche. Das andere stammt aus dem alten China. Seine Segel ähneln den Flügeln von Vögeln. Es ist der König unter den Segelschiffen und wurde 2000 Jahre vor seinem europäischen Bruder erbaut. Es hätte die Welt erobern können, doch der damalige chinesische Kaiser verbot es ...

Die links abgebildete Maschine erzeugte weit mehr Energie, als sie für ihren Antrieb benötigte. Dieser Traum wurde im Jahr 1879 verwirklicht und dann vergessen ...

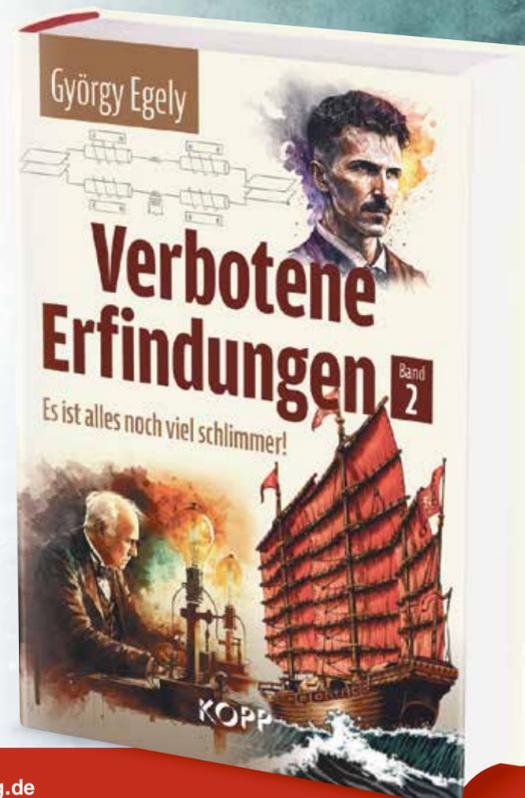
Treibstofflose Energieerzeugung Tag und Nacht ...
• Antigravitation, Teleportation ... • Unbekannte

Arten von elektromagnetischen Wellen ... • Transmutation von Materie ... • Erfindungen, die einst existierten, aber aus verschiedenen Gründen verloren gingen ...

Wir sind nicht mehr weit von der endgültigen Explosion der Energiepreise und der daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Krise entfernt. Diese selbstzerstörerische Lebensweise kann nicht mehr lange aufrechterhalten werden. Kann die Wiederentdeckung von »revolutionär alten« Erfindungen die Gefahr abwenden? Oder ist es schon zu spät?

Die mächtigsten und wohlhabendsten Reiche der Geschichte sind untergegangen, weil sie den technologischen Fortschritt ignoriert sowie die Dynamik bahnbrechender Entdeckungen und Erfindungen gebrochen haben. Die Geschichte scheint sich zu wiederholen ...

György Egely: Verbotene Erfindungen Band 2 – Es ist alles noch viel schlimmer!
gebunden • 447 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 990 970 • 22,99 €



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

NATUR

Der weite Weg zum „Grünen Abitur“

Jagdscheine auf Rekordniveau – Ein Experte erklärt, warum das Jagen in deutschen Wäldern immer beliebter wird

VON CATHRIN ASSENMACHER

In Deutschland steigt die Zahl der Menschen mit Jagdschein kontinuierlich an – ein Trend, der quer durch alle Altersgruppen und gesellschaftliche Schichten zu beobachten ist. Aktuell besitzen fast 436.000 Menschen einen Jagdschein, die höchste Zahl, die jemals verzeichnet wurde. Viele Menschen suchen den direkten Kontakt zur Natur, wollen Wildtiere in ihrem natürlichen Lebensraum erleben und legen Wert auf nachhaltig erzeugtes Fleisch.

Tatsächlich ist seit einiger Zeit das Bild des Jägers stark im Wandel. In der Gesellschaft gilt das jagdliche Handwerk als angesehen. Denn ein Jagdschein ist weit mehr als die bloße Ausübung der Jagd. Jäger haben eine hohe Verantwortung gegenüber der Natur- und Tierwelt, sie besitzen tiefgreifende Kenntnisse in Sparten wie der Ökologie, Biologie, Waldwirtschaft oder auch rechtlichen Grundlagen. Wer den Jagdschein erlangen möchte, muss demnach eine anspruchsvolle Ausbildung absolvieren. Die Herausforderung vieler offizieller Einrichtungen besteht allerdings darin, dass sie Anwärter oft nicht ausreichend auf die Prüfung vorbereiten. Die Teilnehmer fühlen sich von den Inhalten überfordert und empfinden sie als wenig praxisnah. So kommt es dazu, dass viele Anwärter die Prüfung am Ende nicht bestehen.

Jan-Philipp König kennt die Probleme der Jagdausbildung. Er selbst kommt aus einer Jagdfamilie, ist aktiver Jäger, Hegemeister und Wildtierschützer. Mit seiner Jagdakademie bereitet er Jungjäger auf die staatliche Prüfung vor – und setzt dabei auf moderne Lernmethoden in Kombination mit intensiven Praxiselementen.

Der Jagdschein, so König, ermögliche in Deutschland nicht nur das Jagen wild lebender Tiere. Er stelle auch eine Verantwortung gegenüber Flora und Fauna dar. Jäger möchten tief mit der Natur verbunden sein, sich ehrenamtlich betätigen und Naturschutz leben. Die Jagd bietet zudem die Chance, natürlich erzeugte Lebensmittel direkt zu erhalten und somit scho-



Waidmannsheil: Eine Jägerin legt auf einen Fuchs an

Foto: pa/Countrypixel

nender mit Ressourcen umzugehen. Dabei erlernen Jäger nicht nur Kenntnisse über die Jagdpraxis selbst, sondern auch die Jagd- und Waffenkunde.

Darüber hinaus ist die Jagdausbildung nach Ansicht Königs auch eine handwerkliche Ausbildung, die viele Gewerke umfasst. Sie reicht von der korrekten Handhabung und Pflege von Jagdwaffen über die Jagdhundführung bis hin zu speziellen Fähigkeiten wie dem Nachstellen von Wild, dem Ansprechen der verschiedenen Wildarten und der fachgerechten Verwertung des erlegten Wildes.

In Anbetracht der weitaus tieferen Bedeutung, die hinter dem Jagdschein steckt, ist es kaum verwunderlich, dass sich das Jagen immer größerer Begeisterung erfreut. Dabei wird die Jagd längst nicht mehr nur als traditionelles Hobby

älterer Herren angesehen. Vielmehr zieht sie Menschen aller Altersklassen an, darunter auch eine große Zahl von Frauen.

Pflege der Lebensräume von Tieren

Wie weit der Wandel schon vollzogen ist, zeigt sich unter anderem daran, dass die Branche auf vielfältige Art und Weise darauf reagiert. So gibt es mittlerweile viele weibliche Jagdjournalisten, und auch die Jagdbekleidungs- und Waffenindustrie bringt immer mehr Produkte hervor, die auf Frauen zugeschnitten sind.

Nicht zuletzt öffnet der Jagdschein den Zugang zu einer starken Gemeinschaft. Jäger teilen gemeinsam ihre Passion für die Jagd sowie den Schutz und die Erhaltung der Natur. Sie treffen sich in Jagdvereinen und -verbänden, tauschen Erfahrungen aus, unterstützen sich ge-

genseitig in der Aus- und Weiterbildung und tragen gemeinsam zur Pflege und zum Erhalt der Lebensräume wildlebender Tiere bei. Somit ist der Jagdschein ein Ausdruck für die tiefe Verbundenheit mit der Natur.

Damit das Handwerk nach Erhalt des Jagdscheins wirklich korrekt ausgeübt wird, ist nach Königs Überzeugung jedoch nicht das Alter oder Geschlecht von Bedeutung. Wichtig ist die Qualität der Jungjäger – hierfür benötigt es eine gute Ausbildung. Moderne Ausbildungsmodelle zeichnen sich dadurch aus, dass sie zeit- und ortsunabhängiges Lernen ermöglichen und intensive Praxisphasen integrieren. Solche neuen Wege eröffnen auch die Tür für Menschen, die sich zuvor gar nicht vorstellen konnten, Jäger zu werden. Durch die flexible Gestaltung der Ausbil-

dung werden Barrieren abgebaut, was besonders junge Menschen anspricht.

Eine gute Ausbildung umfasst einen Theorie- und einen intensiven Praxisteil. In der Theorieausbildung werden Themen wie Wildtierkunde, Natur- und Umweltschutz, Waffentechnik, Jagdbetrieb, Wildkrankheiten, Wildbrethygiene sowie Jagdrecht behandelt. In der praktischen Ausbildung lernen angehende Jäger das Aufbrechen und Zerwirken, also Techniken zum fachgerechten Aufbrechen und Zerlegen des Wildkörpers. Sie nehmen außerdem an realen Jagdeinsätzen teil und ergreifen Maßnahmen zum Schutz junger Wildtiere während der Mähseason. Idealerweise integriert die Ausbildung auch praktische Elemente, wie die Errichtung und Instandhaltung von Hochsitzen, Futterstellen und anderen jagdlichen Anlagen, und es werden Grundlagen der Präparation von Jagdtrophäen gelehrt.

Der letzte Bestandteil einer guten Ausbildung, erzählt König, ist die Schießausbildung. So sei es von großer Bedeutung, gleich mit dem ersten Schuss einen tödlichen Treffer zu erzielen, damit ein getroffenes Tier nicht unnötig leiden muss. Angehende Jäger trainieren unter anderem mittels Schießübungen auf bewegliche Ziele, wie Tontauben. Weitere Übungen sind das Präzisionsschießen auf Zielscheiben in der Entfernung von 100 Metern, eine Übung, welche die Genauigkeit im Anschlag fördert. Ebenso ist die Simulation von Schüssen auf bewegtes Wild eine beliebte Übung. Die Ausbildung schließt mit einer staatlichen Prüfung ab und verleiht eine bundesweit anerkannte Qualifikation, die oft als „Grünes Abitur“ bezeichnet wird.

Insgesamt ist die Jagd heute eine facettenreiche Passion, die von einer breiten und vielfältigen Gemeinschaft getragen wird. Sie umfasst zahlreiche Teilbereiche und wird immer mehr zu einer Familienpassion. Dieser Wandel hin zu einer inklusiveren Jagdkultur spiegelt sich in der steigenden Beliebtheit dieses uralten Handwerks wider.

● www.jagdakademie-koenig.de

POTSDAMER KONFERENZ

Fahrstuhl zur Geschichte

Im November beginnt die Sanierung der Hotelflächen und des Besucherempfangs im Schloss Cecilienhof

Wer das Potsdamer Schloss Cecilienhof, in dem 1945 die drei alliierten Siegermächte über die Nachkriegsordnung berieten, besichtigen möchte, muss sich beeilen. Denn vom 1. November an bleibt das unter Kaiser Wilhelm II. errichtete Gebäude für voraussichtlich drei Jahre für den Publikumsverkehr geschlossen. Grund sind Sanierungsarbeiten. Nachdem von 2014 bis 2017 die Fassaden und Dächer des Schlosses vollständig instandgesetzt wurden (die PAZ berichtete), werden die Baumaßnahmen im Hotelbereich des Schlosses fortgesetzt.

Doch bis zum Ende der Sommersaison 2024 wird Schloss Cecilienhof noch regulär geöffnet sein, und als zusätzliches Angebot sind ab dem 25. Mai Gartenführungen vom Marmorpalais zum Schloss Cecilienhof buchbar. Unter dem Titel „Zwischen Königsträumen, Großmächten und Berliner Mauer – Eine Zeitreise durch das grüne Welterbe Neuer Garten“ taucht der Spaziergang ein in die Geschichte des Parks und greift die Ereignisse rund um die Potsdamer Konferenz 1945, die sowje-

tische Besatzungszeit sowie die deutsch-deutsche Teilung auf. Von Mai bis Oktober sind zusätzlich Sonderführungen der Schlossleitung geplant, die einen Einblick in die bevorstehenden Umbauten geben.

Der von 1913 bis 1917 im englischen Landhausstil für das Kronprinzenpaar Wilhelm und Cecilie von Preußen errichtete Cecilienhof war der letzte Schlossbau der Hohenzollern. Bis zum Kriegsende war er Wohnsitz dieses letzten deutschen Kronprinzenpaares. Heute ist das Haus vor allem als Tagungsort der Potsdamer Konferenz bekannt, als vom 17. Juli bis 2. August 1945 der damalige US-Präsident Harry S. Truman, der Sowjet-Diktator Josef Stalin und der britische Premier Winston Churchill beziehungsweise dessen Nachfolger Clement Attlee über die Neuordnung Deutschlands, Europas und der Welt verhandelten. Seit den 1960er Jahren war in dem Gebäudekomplex auch ein Hotel untergebracht, das bis zum Jahr 2014 Gäste beherbergte.

Vorgesehen sind nun umfangreiche Sanierungsarbeiten im Inneren, um einen

Hotelbetrieb wieder zu ermöglichen und somit einen erheblichen Teil des Gebäudes, der aktuell noch ungenutzt ist, zu re-



Der Konferenzraum von Cecilienhof

aktivieren. Im Zuge dieses Vorhabens wird der bisherige Museumseingang verlegt, barrierefrei gestaltet und der museale Bereich um weitere Ausstellungsflächen vergrößert. Neben der Sanierung von 38 Zimmern und Suiten, der damit verbundenen Erneuerung der technischen Infrastruktur für einen energie- sowie ressourcenschonenden Betrieb und des baulichen Brandschutzes wird für das künftige Hotel ein – auch für die Öffentlichkeit zugängliches – Restaurant eingerichtet, ergänzt durch ein Imbissangebot im Hofgarten. Erstmals ist zudem ein Personenaufzug im Ostflügel des Schlosses vorgesehen.

Ein Besuch der Museumsräume wird während der Bauzeit nicht möglich sein. Die Schlossumgebung im Neuen Garten bleibt jedoch zugänglich, sodass sich das Schloss von außen weiterhin erleben lässt.

H. Teus/SPSG

● Karten für Schlossbesichtigungen zu 12 Euro sowie für Gartenführungen zu 10 Euro (ab April) unter tickets.spsg.de

BRANDENBURG

Digitalisiertes Museums-Glas

Das von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg mit dem Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte im Jahr 2018 begonnene Digitalisierungsprojekt „Brandenburgisches Glas. Produktionsvielfalt vom 16. bis zum 18. Jahrhundert“ konnte auch 2023 fortgesetzt werden. 175 historische Glasobjekte aus den Beständen der beiden Projektträger sowie aus drei Partnermuseen sind hinzugekommen. Die online frei zugängliche Bestandsaufnahme ermöglicht es, zeitgenössische Sortimente, prägnante Stilarten und individuelle Handschriften der Manufakturen und Meister zu dokumentieren. Unter den neu eingepflegten Gläsern befinden sich ein bemerkenswertes Objekt aus dem Berliner Kunstgewerbemuseum: ein aus zwei Teilen bestehender „Schraubpokal“, welcher der Potsdamer Glashütte zugeschrieben werden kann. *tws*

● www.museum-digital.de

● FÜR SIE GELESEN

Fitnesstipps vom Fachmann

Als Hauptursache für Diabetes und chronische Krankheiten gilt neben einer zu üppigen Ernährung der Bewegungsmangel. Durch regelmäßige körperliche Aktivitäten kann man Krankheiten nicht nur verhindern, sondern auch therapieren.

Der Sportmediziner Michael Braumann legt in seinem Buch „Die Heilkraft der Bewegung“ dar, wie das Bewegungsverhalten des modernen Menschen aus dem Gleichgewicht geraten ist. In der Steinzeit war ein Tagespensum des Menschen von 40 Kilometern normal, 1923 waren es noch 20 Kilometer täglich, heute kommt der Durchschnitt gerade mal auf etwa 700 Meter.

Braumann erklärt die Zusammenhänge zwischen Bewegungsmangel und chronischen Krankheiten. Sein Buch enthält keine Anleitungen für Übungen. Der Professor weist darauf hin, dass medizinische Verordnungen für Sport wünschenswert wären. Ebenso Bewegungsangebote für die Altenpflege sowie mehr Sportangebote für Kinder. Tägliche Bewegung sollte so selbstverständlich sein wie das Zähneputzen. Das äußerst interessant geschriebene Buch bietet ausführliche Therapieoptionen an.

Der Autor zählt zu den führenden Sportmedizinern Deutschlands. Er ist als Hochschullehrer an der Universität Hamburg tätig. Er betreut und berät Sportler aller Leistungsklassen sowie zahlreiche Vereine. *Angela Selke*



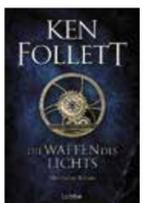
Klaus-Michael Braumann: „Die Heilkraft der Bewegung“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2023, broschiert, 233 Seiten, 16,95 Euro

Nur wenig Spannung

Ken Follets fünfter Kingsbridge-Roman „Waffen des Lichts“ spielt zur Zeit der Industrialisierung. Zu den Helden zählen die unerschrockene Arbeiterin Sal und Amos, ein junger Tuchfabrikant, der sein Unternehmen mit Unterstützung seiner Arbeiter vor dem Ruin rettet. Gegenspieler sind der unsympathische Aristokrat Will und Alderman Hornbeam, der als Friedensrichter für Ordnung sorgen soll, dabei aber rücksichtslos nur um seinen eigenen Reichtum besorgt ist.

Während in England die Weber um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen, spitzt sich die weltpolitische Lage durch den Aufstieg Napoleons zu. Dem Franzosen stellt sich eine Gruppe Kingsbridger entgegen, darunter Sals Sohn Kit – ein Schwuler – der sein Land verteidigt.

Die Rollenverteilung von gut und böse ist allzu deutlich. Die vielen Nebenstränge der Handlung stören den Lesefluss eher, als dass sie zur Spannung beitragen. Das überraschende Ende wirkt unglaublich. *MRK*



Ken Follett: „Die Waffen des Lichts“, Lübbe Verlag, Köln 2023, gebunden, 877 Seiten, 36 Euro

KAFFEE



Barista und Kaffeeduft

Michael Haller erklärt, wie der schwarze Wachmacher zubereitet, wo die Bohne angebaut wird, und welche Möglichkeiten man hat, ein Barista zu werden

FOTO: SHUTTERSTOCK

In der Reihe „für dummies“ erklärt der Wiener Barista-Trainer dem Kaffee seine Liebe. Kurzweilig und interessant gibt er Auskunft über den Kaffeegenuss vom Anbau bis zur Zubereitung. Welche Anbaugelände gibt es,

und wie schmeckt der jeweilige Kaffee, was bewirkt die Röstung, und worauf sollte man beim Wasser achten, welche Zubereitungsmethoden gibt es? Die Schwarz-Weiß-Bilder wirken dabei leider etwas trist. *CRS*



Michael Haller: „Kaffee für dummies“, Wiley-VCH, Weinheim 2024, Taschenbuch, 330 Seiten, 18 Euro

BIOGRAPHIE

Ein Teil deutscher Wirtschaftsgeschichte

Johannes Bähr zeichnet den Weg des Unternehmers Carl Friedrich von Siemens nach

VON KARLHEINZ LAU

Johannes Bährs Biographie über Carl Friedrich von Siemens (CFS) ist eine Geschichte der deutschen Elektroindustrie, streng orientiert an den Daten von CFS, der 1872 als jüngster Sohn des Firmengründers Werner von Siemens in Berlin geboren wurde und 1941 als Chef des Hauses Siemens ebenfalls in Berlin gestorben ist.

Es handelt sich um eine bemerkenswerte berufliche Karriere, die der Autor beschreibt. Er gliedert seine Arbeit in sieben Hauptkapitel, die streng dem chronologischen Gang von der Geburt bis zum Tode folgen. Die Untergliederung der Kapitel in einzelne Lebensabschnitte erleichtert die Lektüre. Beispielsweise lautet das Hauptkapitel VII „Unter dem Hakenkreuz“, zwei Unterkapitel behandeln „Die Anpassung an den NS-Staat“ und „Eines denkenden Volkes unwürdig – die Verfolgung der Juden“. Diese Überschriften zeigen bereits den Wandel der politischen Einstellung von CFS im fortgeschrittenen Alter.

Eine bemerkenswerte berufliche Karriere

Fleiß und Gründlichkeit des Autors erweisen sich in den umfangreichen Anmerkungen sowie in dem kompakten Quellen- und Literaturverzeichnis. 35 Fotos – überwiegend von CFS – und Abbildungen von Produktionsstätten der Firma Siemens geben Einblicke in die Arbeitswelt vornehmlich Anfang des 20. Jahrhunderts. Sie werden ergänzt durch Aufnahmen führender Politiker der Weimarer Republik und auch von Hitler im Dynamowerk in Siemensstadt. Alle diese Fotos folgen den Stationen des Lebens von

CFS. Aufschlussreich sind ebenfalls Personen- und Firmenregister, sie sind ein Spiegelbild des großen Netzwerks, das er sich aufgebaut hatte. Es fällt auf, dass die handelnden Personen fast ausschließlich Männer waren, und zwar, wie es in den Texten deutlich wird, allesamt Angehörige der oberen Mittelschicht, die vornehmlich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges relativ abgeschottet in ihrem Netzwerk ihre Absprachen und Geschäfte erledigten.

Abschottung bedeutet auch, nicht die realen Verhältnisse der Menschen und Arbeiter sowie die politischen Entwicklungen zu berücksichtigen, was nicht bedeutet, sie nicht zu kennen, Stichwort Sozialpolitik. Die Kontakte zur kaiserlichen, elitären Oberschicht waren allerdings erwünscht und galten als Ehre. Das änderte sich erst im Verlauf des Krieges und der Nachkriegszeit bis hinein ins Dritte Reich.

Die Wirtschaft wird zur Rüstung gebraucht und nach 1918 zur Bewältigung der Reparations-Auflagen in der Inflations- und Weltwirtschaftskrise sowie entscheidend zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Tätigkeiten und Aktionen der Gewerkschaften mussten akzeptiert und berücksichtigt, die Verbindungen zur Politik gesucht und hergestellt werden. Ab der Machtergreifung der NSDAP wurde die gesamte Wirtschaft auf Kriegsbedürfnisse umgestellt.

Als CFS 1919 alleiniger Chef des Siemenskonzerns wurde, wuchs er in bewegte Jahrzehnte der Entwicklung des ehemaligen Kaiserreiches Deutschland in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hinein. Der Autor beschreibt sehr deutlich die veränderte Situation für den Konzern nach dem verlorenen Krieg und

den Auflagen der Siegermächte. Siemens bewegte sich unaufgeregt und souverän innerhalb seines Netzwerkes an Beziehungen, Bekanntschaften, Geschäftsfreunden und auch Verwandtschaften.

Ein wichtiges Feld waren auch die Auslandsbeziehungen, hauptsächlich zu den USA und dem vorrevolutionären

700.000

Beschäftigte zählte das Unternehmen Siemens im Jahr 1924 und wurde als größter Arbeitgeber in Deutschland auch für Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg herangezogen

Russland. Der Leser findet eine oft verwirrende Zahl an Namen und Kontakten, die Kenntnisse bei ihm voraussetzen müssen und vielleicht verkürzt hätten dargestellt werden können.

Überraschend liberale Positionen für einen Erzkonservativen

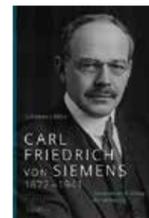
Nicht in das Bild eines damaligen und häufig erzkonservativen Unternehmers passt die überraschend liberale Position gegenüber den neuen parlamentarischen Verantwortungsträgern. CFS vertrat die Meinung, die Wirtschaft müsse sich stärker in den Parteien und auch Gewerkschaften engagieren, was bis heute aktuell ist. Er wurde Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und auch Reichstagsabgeordneter.

Nach anfänglicher Sympathie für die NS-Bewegung lehnte er das neue politische System ab. Anlass war die beginnende Hetze gegen deutsche Juden. Auch der Siemens-Konzern musste alle jüdischen Mitarbeiter entlassen. Trotz der großen Belastungen durch die Leitung des Konzerns kamen zahlreiche Ehrenämter hinzu, hervorzuheben ist 1924 die Berufung zum Präsidenten der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft als größter Arbeitgeber in Deutschland mit über 700.000 Beschäftigten und auch verantwortlich für die Reparationszahlungen. CSF begründete diese Entscheidung mit seiner Vaterlandsliebe, gleichzeitig verzichtete er auf sein Mandat im Reichstag.

Der Autor Johannes Bähr beschreibt diese persönlichen Entwicklungen vor dem Hintergrund der politischen, außenpolitischen und gesellschaftlichen Situation im Lande sehr deutlich. Eine solche Anbindung auch für die Jahrzehnte des Kaiserreiches hätte den Text erweitert und damit verständlicher gestaltet.

Das Buch kann als Teil der Wirtschaftsgeschichte gesehen werden, es ist verständlich geschrieben, hätte aber manche Kürzungen verdient. Eines bleibt, dass der Kreis führender Wirtschaftsfunktionäre bis heute eine Domäne für Männer ist, die erst jetzt Frauen akzeptiert.

Das Buch kann als Teil der Wirtschaftsgeschichte gesehen werden, es ist verständlich geschrieben, hätte aber manche Kürzungen verdient. Eines bleibt, dass der Kreis führender Wirtschaftsfunktionäre bis heute eine Domäne für Männer ist, die erst jetzt Frauen akzeptiert.



Johannes Bähr: „Carl Friedrich von Siemens 1872-1941“, Siedler Verlag, München 2023, gebunden, 447 Seiten, 40 Euro

NAWALNYJ IN KÖNIGSBERG

Eine Veranstaltung ohne Zwischenfälle

2017 trat der Oppositionelle in einer freundschaftlichen Atmosphäre auf – 2021 kam es zu Protesten gegen seine Verhaftung

VON BODO BOST

Der im berühmten Straflager Polarwolf im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen verstorbene Alexej Nawalnyj war ein Hoffnungsträger des demokratischen Russlands – er hatte auch in Königsberg viele Anhänger.

Nach dem Tod von Nawalnyj am 16. Februar legten auch viele Königsberger Bürger im Stadtzentrum auf dem Hansaplatz Blumen zum Gedenken an ihn nieder. Lange bevor die meisten Aktivisten eintrafen, erschienen sechs Polizisten sowie ein Informant in Zivil auf dem Platz, und ein Polizeiauto stand an der Kreuzung. Es kam jedoch zu keinen Festnahmen. Trotz des Regens nahmen etwa zwanzig Personen an der Aktion teil, darunter Studenten, die aus Nowosibirsk angereist waren. Die jungen Leute sagten, dass Nawalnyj für viele Menschen die Hoffnung auf einen Wandel in Russland verkörpert habe und dass sein Tod schwerwiegende Folgen haben werde.

Teilnehmer erinnern sich

„Nawalnyj war ein kluger Mann, der bei den jungen Leuten sehr beliebt war“, sagte die Aktivistin Ljudmila Zelinskaja. Sie war bei der Kundgebung 2017 dabei gewesen, als der Oppositionspolitiker in Königsberg war. „Ich bin auf den Platz gekommen, weil Nawalnyj gestern getötet wurde. Ein Held ist gestorben“, sagte Pjotr Sujew, ein Veteran der Königsberger Opposition.

Zuvor, am Abend des 16. Februar, hatten Einwohner der Stadt auf demselben Platz eine spontane Gedenkfeier abgehalten, Blumensträuße mitgebracht und Kerzen angezündet. Die Blumen wurden von der Polizei schnell entfernt, so Königsberger Bürger gegenüber „Activatika“, einer Online-Plattform der Aktivisten, die sie über Demonstrationen und Aktionen aufklärt. Auch am Zaun des Kultur- und Ge-



Nach Nawalnyjs Verhaftung: Anhänger protestieren im April 2021 vor dem Haus der Räte

Foto: imago/ITAR-TASS

schäftszentrums der Russlanddeutschen, in dessen Hof sich ein Denkmal für die „Schnitter der Repression“ befindet, wurden Blumen angebracht. Die Blumensträuße wurden jedoch bald wieder entfernt – wahrscheinlich durch den Sicherheitsdienst des Zentrums.

Am 23. Januar 2021 hatten in ganz Russland Aktionen zur Unterstützung von Nawalnyj stattgefunden, der nach seiner Rückkehr nach Russland verhaftet worden war. Auch 3000 Einwohner Königsbergs gingen damals trotz des strömenden Regens und trotz Corona auf die Straßen und forderten die Freilassung des Oppositionspolitikers. Es gab ein Dutzend Verhaftungen, aber keine Gewaltex-

zesse der Ordnungskräfte wie in anderen Städten Russlands.

Nawalnyj war nur ein einziges Mal zu einer Kundgebung in Königsberg, am Sonntag, dem 10. Dezember 2017. Damals hatten Anhänger des Oppositionellen einen Umzug durch das gesamte Stadtzentrum – von der Altstädtischen Langgasse [Moskowskij prospekt] bis zum Friedländer-Tor-Park [Juschnij Park], wo die Kundgebung stattfand, organisiert. Schon eine Stunde vor seiner Ankunft hatten sich viele Menschen auf dem Platz in der Nähe des Kaufhauses „Moskowskij“ versammelt. Die Polizisten versuchten, sich äußerst korrekt zu verhalten, und erklärten den Teilnehmern über ein Megafon,

dass die Aktion an diesem Ort verboten sei, und dass sie sich an einen vereinbarten Ort begeben sollten. Als Nawalnyj pünktlich zum versprochenen Zeitpunkt ankam, begann er über das Wetter zu reden. „Wir gehen in den Juschnij-Park!“, sagte Nawalnyj, und die Menge setzte sich in Bewegung. Die Teilnehmer der Versammlung waren Menschen unterschiedlichen Alters, von Schulkindern bis zu Rentnern, aber die große Mehrheit waren junge Menschen unter 25 Jahren.

Die Prozession begann mit einigen Hundert Teilnehmern, aber am Endpunkt der Route waren es mehr als tausend Menschen. Während des Massenmarsches fragte Nawalnyj, ob Kant hier begrä-

ben sei. Er gab zu, dass die Stadt „cool“ sei und dass er schon einmal in Königsberg und Palmnicken gewesen sei.

Der Platz reichte nicht für alle aus

Im Friedländer-Tor-Park warteten eine Bühne und ein eingezäunter Bereich auf die Teilnehmer. Polizeibeamte standen an der Absperrung, sie baten darum, die Metalldetektoren zu passieren und den Inhalt der Taschen vorzuzeigen. Doch der Platz reichte nicht für alle, und so drängten sich die Menschen von allen Seiten zur Bühne. Als Nawalnyj die Bühne betrat, waren schon 2000 Bürger anwesend, während die Königsberger Verwaltung nur 850 Personen zählte.

In seiner Rede sprach Nawalnyj über föderale Probleme, versuchte aber auch, seine Kenntnis der regionalen Agenda unter Beweis zu stellen. Er erinnerte insbesondere daran, dass die lokalen Behörden seit vielen Jahren nicht in der Lage waren, ein onkologisches Zentrum zu bauen, er zeigte auf, dass die Statistiken über die Durchschnittslöhne in der Region zu hoch angesetzt seien, und sprach über die Probleme im Gesundheitswesen und bei den Wohnungs- und Versorgungseinrichtungen.

Als mehrere Personen von außerhalb versuchten, den Politiker auszubuhnen, bat er sie auf die Bühne, doch der Vorschlag blieb unbeachtet. Königsberg erlebte eine freundliche Kundgebung. Sogar die Polizisten zeigten freundliche Gesichter. „Die gefährlichste Person auf der Kundgebung bin ich, weil ich hinter Gittern bin, wie Sie sehen können!“, sagte Nawalnyj mit seinem typischen Humor, auf den Metallzaun deutend, der die Menge von der Bühne trennte. Die Veranstaltung im Südpark dauerte etwa eineinhalb Stunden. Danach löste sie sich friedlich auf, und Nawalnyj arrangierte einen Fototermin mit allen Anwesenden, die es wollten. Es gab keine Zwischenfälle. Es war der letzte Auftritt Nawalnyjs in Königsberg.

STADTBANK KÖNIGSBERG

Wiederentdeckung nach sechs Jahrzehnten

Fund bei Bauarbeiten – „König Diggers“-Heimatforscher Jewgen Padonak veröffentlicht Fotos und Filme im Internet

Auf dem Kneiphof in Königsberg wurden vor Kurzem Kellerräume der alten Stadtbank ausgegraben. Darüber informierte der Heimatforscher Jewgen Padonak auf seiner „VKontakte“-Seite, einer russischen Entsprechung von Facebook. Der junge Mann versteht sich als eine Art Fremdenführer im Königsberger Gebiet. Unter der Bezeichnung „König Diggers“ veröffentlicht er Videos von seinen Erkundungen unterirdischer Gänge und

Keller in Königsberg sowie von Kirchen und erhaltenen deutschen Bauwerken im Gebiet.

Die Keller der Stadtbank, die sich in der Kneiphöfischen Langgasse gegenüber der Börse befand, wurden bei Erdarbeiten entdeckt. Derzeit werden auf dem Gelände in der Nähe der Brücke über den Pregel die Landschaft neu gestaltet und Pavillons errichtet. Padonak zufolge wurde das Bankgewölbe seit mehr als 60 Jahren

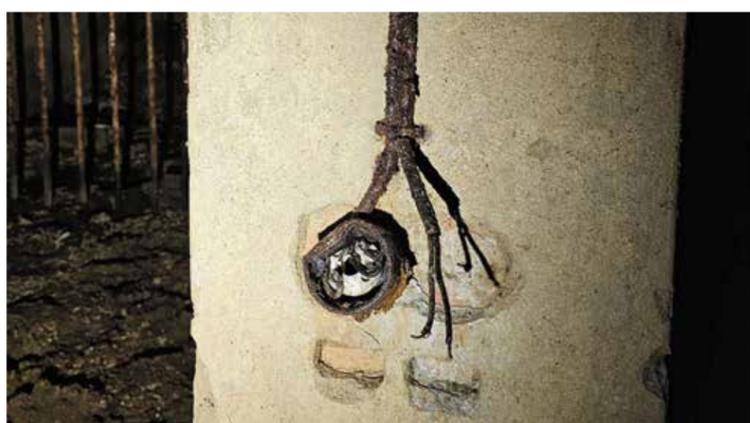


Geschäftshaus der STADTBANK-Centrale, Kneiphöfische Langgasse 60

nicht mehr betreten. Die Keller der Gebäude auf der Insel wurden zuletzt von frühen Siedlern und ihren Kindern sowie von Arbeitern auf der Suche nach Ziegelsteinen erkundet. „Die Räume im Inneren sind sehr gut erhalten. Man kann rostige Bankkisten auf dem Boden sehen. Die Gitter und die marmorfarbenen Böden sind erhalten geblieben. An der Decke befinden sich überall Stalaktiten“, schreibt er. Die Pavillons auf dem Kneiphof wurden seit Dezember 2023 aufgestellt. Gleichzeitig wurde damit begonnen, die Böschung und den Bereich unter der Brücke zu verbessern. Der Auftragnehmer soll eine neue Außenbeleuchtung installieren, die Pflasterung ausbessern und kleine Zierelemente herstellen.

Bis Ende April sollen die umfangreichen Verschönerungsarbeiten auf dem Kneiphof, die auch neue Toiletten, beleuchtete Informationsstelen, Spielgeräte, Bänke, Multimedia-Bildschirme und Fahrradparkplätze beinhalten, beendet werden. Neben Rasenflächen werden Hecken, Bäume, Sträucher und Blumenbeete zur Verschönerung angelegt. Was mit dem wiederentdeckten Keller der Stadtbank geschieht, wurde nicht erwähnt.

Manuela Rosenthal-Kappi



Überreste der Königsberger Stadtbank (r.) auf dem Kneiphof: Eine Stromleitung mit Schalter im Keller des Gebäudes

Foto: Screenshot Klops.ru/Bildarchiv Ostpreußen

● AUFGESCHNAPPT

Wie in Berlin schon 2022 soll nun auch in Mannheim die Lüderitzstraße umbenannt werden. Die Initiative ging von der Grünen-Ratsfraktion aus. Bis zum 17. März läuft nun eine Bürgerabstimmung. Neben Lüderitz stehen noch drei weitere Straßennamen auf der Abschlusliste, weil die Namen wie der des Bremer Kaufmanns Adolf Lüderitz mit der deutschen Kolonialgeschichte in Zusammenhang stünden. Pikant: In der namibischen Stadt Lüderitz prallen Vorstöße zur Umbenennung seit mehr als zehn Jahren am verbissenen Widerstand der örtlichen Bevölkerung ab. Schon 2012 billigte die Zentralregierung in Windhuk einen neuen Namen. Als dies zur offenen Empörung in der Stadt führte, zog man sich darauf zurück, die neue Bezeichnung solle nur für den bislang gleichnamigen Kreis gelten. Während der Stadtrat längst über einen neuen Namen entscheiden wollte, kommen aus der Bürgerschaft Forderungen nach einem Plebiszit – wohl in der Erwartung, dass „Lüderitz“ siegreich daraus hervorgehe. Eine Einigung ist nicht in Sicht. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Michael Wolffsohn spricht nach dem Berlinale-Skandal im „Focus“ (28. Februar) eine drastische Warnung an das linke, „woke“ Milieu aus:

„Jenes woke links-linksliberale Kultur- und Wissenschaftsmilieu ist die Truppe nützlicher Idioten der islamistischen Terroristen ... Ihre ganze Lebensart und -sicht, ihr Genderverständnis und ihre Anti- oder Areligiosität ist den Islamisten ein Dorn im Auge. Im Wortbild ausgedrückt: Sie liefern den Islamisten die Seile, mit denen sie später zumindest politisch gehängt werden.“

Der früherer ZDF-Journalist Peter Hahne benennt in der „Jungen Freiheit“ (1. März), wie der kritische Journalismus, den er einst gelernt und praktiziert hat, auf der Strecke geblieben ist:

„Der Journalismus hat sich völlig verwandelt! Er ist zum Tummelplatz vollkommen realitätsfremder Ideologen geworden, die nicht einmal mehr zum Schein so tun, als hielten sie Distanz zur Politik, sondern offen symbiotisch mit ebenso realitätsfremden Politikern in einer gemeinsamen Blase leben.“

In der „Welt“ (29. Februar) weist Jacques Schuster den Vorschlag des französischen Präsidenten Macron, mit NATO-Truppen direkt in den Krieg gegen Russland zu ziehen, entschieden zurück:

„Man hätte es nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa nicht für möglich gehalten, dass heute die Kriegsgefahr so groß ist wie nie zuvor seit der Kuba-Krise ... Nicht nur für die Deutschen wird es Zeit, erwachsen zu werden, auch die Franzosen brauchen dringend einen Reife-schub, können sich nicht mehr erlauben, den Schein vor das Sein zu setzen. Nur Halbstarke lärmern, Macht kommt auf leisen Sohlen.“

Alexander Wallasch ergründet auf seinem eigenen Blog (3. März), warum die Ampelparteien trotz aller längst offensichtlichen negativen Folgen immer noch mehr Einwanderung nach Deutschland fördern:

„Die Ampel-Regierung arbeitet auf diese Weise gegen die deutsche Bevölkerung und sie stellt sich zudem gegen eine ernst gemeinte Integration. Es geht dieser Regierung gar nicht darum, die Gemeinschaft zu fördern und Gräben zu überwinden, sie selbst sind die Grabenbauer. Denn sie fürchten nichts mehr als eine intakte Gesellschaft oder gar eine Schicksalsgemeinschaft, die sich im Zweifel gegen sie wenden könnte.“

● WORT DER WOCHE

„Es ist schwierig, eine Diskursfähigkeit herzustellen, wenn man nicht mehr frei und offen miteinander sprechen kann.“

Maximilian Wonke (SPD), Bürgermeister der brandenburgischen Gemeinde Panketal, wehrt sich in der „Welt“ vom 4. März gegen Kritik daran, dass er an einem „Bürgerdialog“ der örtlichen AfD teilgenommen hat

DER WOCHENRÜCKBLICK

Nur noch Nützliches

Wie Klaus Müller das Internet ausmistet, und wer wirklich an der Wohnungsnot schuld ist

VON HANS HECKEL

Endlich wird jetzt aufgeräumt. Seit Elon Musk Twitter, heute X, übernommen hat, ist das Portal zur Brutstätte der Meinungsfreiheit verkommen. Und seitdem hasten die ideologischen Meinungs-aufseher mit der Feuerpat-sche hinter Musk her, um diese Lücke in ihrem System wieder zu stopfen. Bislang mit wenig Erfolg.

Doch nun wird ernstgemacht, und zwar „im europäischen Gleichschritt“, verspricht Klaus Müller, der grüne Chef der Bundes-netzagentur. Auf EU-Ebene wie national blasen die Zensoren zur Attacke. Mit neuen Gesetzen wie der europäischen „Digitale-Dienste-Verordnung“, in der englischen Abkürzung DSA genannt, und einer neuen Denunziations-Bürokratie will man Musks X zur Strecke bringen. Alles, was man als „Hassrede“, „Desinformation“ oder „schädlichen Inhalt“ identifiziert oder was, wie Müller es elegant ausdrückt, nicht den „europäischen Werten“ entspricht, soll dieser Musk bitter bezahlen.

Wenn X nicht dafür sorgt, dass solche Sachen umgehend aus dem Kurznachrichtendienst wieder entfernt werden, drohen Strafen von bis zu sechs Prozent des Jahresumsatzes. Wir reden hier also von Milliarden. Und wenn er die nicht bezahlt? Dann könnten sie versuchen, Dienste wie X aus dem europäischen Netz zu schmeißen. Wunderbar, dass wir diese Macht haben, darf sich Müller freuen.

Wobei die Frage ziemlich offen bleibt, was wir unter „europäischen Werten“ zu verstehen haben oder was eine „Desinformation“ bedeutet. Anfang März 2020 beispielsweise warnte das Bundesgesundheitsministerium vor der „Falschinformation“, dass weitere Anti-Corona-Maßnahmen geplant seien. Auslöser der Warnung: Finstere „Desinformatoren“ hatten von einem möglicherweise bevorstehenden Lockdown geraunt. Wenige Tage später verwandelte sich die „Fake News“ in eine staatliche Anordnung, der Lockdown war da. Bei der angeblich nie geplanten allgemeinen Impfpflicht lief es später ganz ähnlich. Die ist nur deshalb nicht gekommen, weil sich die Parteien im Bundestag vor lauter Eifersüchtelei völlig festgefahren hatten.

Was also ist nun „Desinformation“? Eine blöde Frage! Das ist es doch, was solche Gesetze so phantastisch macht: Wegen ihrer beliebigen Dehnbarkeit kann man alles hinein-

packen, was einem einfällt, oder genauer gesagt: missfällt. Das Gleiche gilt für „Hassrede“, „europäische Werte“ und erst recht für „schädliche Inhalte“. Wir können davon ausgehen, dass ein Grünlinker wie Müller alles für schädlich hält, was seiner Weltanschauung zuwiderläuft.

Wie abgrundtief schädlich dieser Musk ist, hat der Ami ausgerechnet dieser Tage wieder unter Beweis gestellt: Wo ihm die tapferen Beschützer der Richtiginformation mit nützlichem Inhalt die Tür vor der Nase zuschlagen wollen, schlüpft er gleichsam durch die Katzenklappe wieder herein. Wie gemeldet wird, arbeitet Musks Weltraumfirma Starlink daran, ihre Satelliten so auszurüsten, dass über sie jedes handelsübliche Smartphone direkten Zugang zum Internet erhält. Damit wäre die Torwächterfunktion der Informationsbeschützer unterlaufen. Was für ein Schurke, dieser Musk.

Noch weit mehr als Müller und dessen Mitkämpfer muss die Sache mit den Satelliten die vielen Diktatoren der Welt in Aufregung versetzen. Nun, gegenüber China dürfte Musk noch gnädig sein. Dort hat er eine große Tesla-Fertigung, die er sicher nicht dadurch gefährden möchte, dass er die kommunistische Internet-Zensur aushebelt. Aber im Iran, in Nordkorea und anderen ebenfalls nicht so demokratischen Ländern hat er gar nichts.

Ein Albtraum für die Ayatollahs

Im Iran etwa kann man freies Internet bislang nur per Satellitenschüssel empfangen, was ein bisschen auffällt und durch die dortigen Informationsschützer entsprechend leicht zu unterbinden ist. Wenn aber jeder heimlich über sein Smartphone ...? Ein Albtraum für die Ayatollahs. Nach dem Muster „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ sollten sich Brüssel, Berlin, Teheran und Pjöngjang kurzschließen, um das Übel „im globalen Gleichschritt“ anzugehen.

Was auffällt ist eine gewisse Hast, mit der die Ampelregierung darangeht, unser politisches System zu optimieren. Auch das vorerst wohl gescheiterte „Demokratiefördergesetz“ von Innenministerin Nancy Faeser oder die Bestrebungen der grünen Familienministerin Lisa Paus trafen ja in eine ähnliche Richtung wie die redlichen Bemühungen von Netz-agentur-Chef Müller. Torschlusspanik?

Nun ja, die Umfragewerte sind lausig und der FDP schwant, dass ein Weitermachen in der Koalition dem Weg zum Schafott gleich-

käme. Es könnte also bald vorbei sein. Bis dahin möchte man noch so viel wie möglich unter Dach und Fach bringen. Ein wesentlicher Treiber für die Wut im Volk ist die zügellose Einwanderung und deren Folgen. Eine davon spiegelt sich in der Wohnungsnot, denn die vielen Hereinströmenden müssen ja irgendwohin. Um hier jede kritische Debatte zu ersticken, ging vor Jahren der moralische Befehl raus, man dürfe „Migranten und Wohnungssuchende nicht gegeneinander ausspielen“. Das hat eine ganze Weile auch recht gut funktioniert, keiner wagte, da jemanden „auszuspielen“.

Wer aber jahrelang vergeblich nach einer bezahlbaren Bleibe sucht, um dann in der Zeitung zu lesen, dass in seiner Stadt gerade blitzneue Wohnblocks fertiggestellt wurden, die („zunächst“) nur „Geflüchteten“ zustehen sollen, dem fällt die politmoralische Reinheit zunehmend schwerer.

In so einer Situation hilft nur noch, die Wut umzuleiten auf eine andere, vornehmlich einheimische Gruppe von vermeintlichen Halunken, die man schuldig sprechen kann für die Wohnungsmisere. Und – Tusch! – man hat sie gefunden: „Oma soll umziehen“ titelt die „Süddeutsche Zeitung“ und schlägt eine „Alleinwohnsteuer“ vor für Senioren, die nach Auszug der Kinder und dem Verlust des Ehepartners in angeblich viel zu großen Wohnungen leben, die man viel gerechter an die jüngere Generation umverteilen sollte.

In dem Vorschlag entfaltet sich die ganze Pracht des Sozialismus. Nachdem man den Wohnungsbau politisch zugrunde gerichtet hat durch ein Bürokratiemonster immer zahlreicherer Bauvorschriften sowie der Erhöhung der Grunderwerbsteuer, und das schrumpfende Angebot dann noch mit einer Flut ausländischer Neuzugänge überschwemmt, fordern die roten Zauberlehrlinge nun die sozialistische Bewirtschaftung des politisch verursachten Mangels. Kein Zufall, dass sie dabei mit traumwandlerischer Sicherheit ihren alten Erzfeind aufs Korn nehmen: den Schutz des Privateigentums.

Ganz in diesem Geiste mehren sich zufälligerweise hinreißende Reportagen über „neue Formen des Zusammenlebens“, wo sich etliche Parteien eine Küche teilen, in der man dann ganz toll „kommunizieren“ kann. In der Sowjetunion nannte man diese kollektive Wohnform „Kommunalka“. Sie galt als Inbegriff sozialistischen Elends. Bemerkenswert, was heute so alles wieder hochkommt.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de